Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk 2.50, frei ins Haus Mk 2.02, wo keine Post am Ort, Mk. 2.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Inseratenpreis beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 51. Dienstag, den 2. März 1909. 20. Jahrgang.

Große Straßendemonstrationen der niederschlesischen Kohlengräber

zugunsten eines Reichsberggesetzes fanden gestern statt. In Waldenburg beteiligten sich daran **4000** und in Gottesberg **2000** Bergarbeiter. Punkt 2 Uhr Mittags füllten sich an beiden Orten die Marktplätze. Stumm wie Leichenprozessionen zogen dann die gewaltigen Züge der Bergleute durch mehrere Straßen. Plötzlich erfolgten Hochrufe auf ein Reichsberggesetz sowie auf ein freies Wahlrecht in Preußen. Hierauf schritt die Polizei ein, die bis dahin dem [illegible] Vorkommnis ratlos zugesehen hatte. An beiden Orten wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. In Waldenburg hatte man auf telephonischem Wege Gendarmen aus den benachbarten Orten herbeigerufen. Diese ritten in die Menge hinein und insbesondere auch auf die Bürgersteige und Promenadenwege vor dem Rathause. Ein Mann wurde umgeritten und von Hufe getreten verletzt. Schließlich fuhr die Feuerwehr gegen die Demonstranten auf. Durch gewaltige Wasserstrahler wurde die Menge am Passieren verschiedener Straßen gehindert. Große Heiterkeit entstand, als ein Gendarm, der geschäftig um eine Straßenecke geritten kam, von einem Wasserstrahl ins Gesicht getroffen wurde.

Die Demonstranten von Waldenburg zogen schließlich unter dem Gesang der Arbeitermarseillaise und des internationalen Knappenliedes nach Altwasser, wo sie alsbald den Saal des „Eisernen Kreuzes" füllten, wo Genosse Darf aus Breslau über die Forderungen der Bergarbeiter referierte. Der verbleibende Rest zog von hier aus nach Bad Salzbrunn, wo Genosse Osterroth aus Waldenburg ebenfalls in einer überfüllten Versammlung referierte. Der größte Teil der Demonstranten war allerdings durch die Feuerwehr am Verlassen der Stadt verhindert worden. Sie fanden sich zum Teil noch nach Schluß der Versammlungen in den betreffenden Lokalen ein.

Die Gottesberger Demonstranten zogen zu einer Versammlung in Fellhammer, in der Genosse Tholl aus Waldenburg referierte. Nur ein geringer Bruchteil von ihnen hatten in dem weiten Saale Platz. Außerdem fanden zur gleichen Zeit noch überfüllte Versammlungen in Kunzendorf und Falkenberg im Neuroder Kreise statt, in denen die Genossen Schiller-Breslau und Schönwälder-Neurode referierten.

In Westfalen fanden am gleichen Sonntag 60 Versammlungen statt, an denen sich fast 100.000 Bergleute beteiligten.

Das Hauptergebnis der Berufszählung.

Nachdem nunmehr auch für das ganze Deutsche Reich einige Schlußziffern der Berufszählung des Jahres 1907 veröffentlicht sind, kann man sich ein Bild über die hauptsächlichen Veränderungen im sozialen Aufbau der deutschen Bevölkerung machen, wie sie sich von 1895 bis 1907 vollzogen haben.

Am stärksten in die Augen fallend ist das überaus starke Anwachsen der Arbeiterbevölkerung, das alle Erwartungen übertroffen hat. Stellen wir zunächst die gesamte Arbeiterbevölkerung in Landwirtschaft, in Bergbau und Industrie sowie in Handel und Verkehr zusammen, so erhalten wir für die drei Berufszählungen 1882, 1895 und 1907 folgende Ziffern.

Es betrug die Zahl der Arbeiter mit ihren Angehörigen und einschließlich aller Dienenden für häusliche Dienste:

1882	1895	1907
22.278.635	26.081.103	33.960.497

Von 1882 bis 1895 hat die Arbeiterbevölkerung um zirka 4, von 1895 bis 1907 aber rund 8 Millionen Köpfe zugenommen. Das Wachstum der Arbeiterbevölkerung wird noch deutlicher, wenn wir sie in Vergleich zu der übrigen Bevölkerung bringen, die den drei großen Gruppen des Erwerbslebens angehören. Die nicht zur Arbeiterbevölkerung gehörigen Schichten umfaßten nämlich Köpfe:

1882	1895	1907
18.474.274	19.727.098	19.169.205

Im Jahre 1882 war die Arbeiterbevölkerung erst zirka 3,8 Millionen Köpfe stärker. Im Jahre 1895 war sie schon um zirka 6,35 Millionen Köpfe stärker. Im Jahre 1907 aber überragte die Arbeiterbevölkerung die übrigen der Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr zugehörigen Schichten um nicht weniger als 14,80 Millionen Köpfe; statt zirka 54 Prozent wie im Jahre 1882 machte sie 64 Prozent der gesamten in Frage kommenden Bevölkerung aus. Lassen wir die Zugehörigen außer Betracht und befassen uns nur mit den Erwerbstätigen, so erhalten wir folgende Bewegung der Arbeiter nach den verschiedenen Berufsabteilungen:

	1882	1895	1907
Landwirtschaft	5.881.819	5.627.794	7.283.471
Industrie	4.096.243	5.955.711	8.593.125
Handel und Verkehr	727.262	1.233.074	1.959.525
Häusliche Dienstboten	1.373.139	1.366.223	1.274.861
Zusammen:	12.078.464	14.182.775	19.110.982

Besonders bemerkenswert ist die Zunahme der Arbeiter in der Landwirtschaft. Während ihre Zahl von 1882 bis 1895 gefallen ist, nahm sie von 1895 bis 1907 ungemein stark, nämlich um 1,65 Millionen Köpfe zu. Diese Verschiebung ist äußerst auffällig und wird noch lebhafte Erörterungen hervorrufen. Hier sei nur auf dieses merkwürdige Ergebnis der neuesten Berufszählung hingewiesen.

Um 2,64 Millionen Köpfe hat die Zahl der Arbeiter in der Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe zugenommen. Relativ recht erheblich ist auch das Anwachsen der Arbeiterschaft in Handel und Verkehr. Zurückgegangen ist dagegen die Zahl der häuslichen Dienstboten. Die industrielle Arbeiterschaft war 1882 noch um zirka 1,8 Millionen Köpfe geringer als die landwirtschaftliche. 1907 ist sie um 1,3 Millionen stärker.

Sehr wichtig ist weiter die Bewegung der Schicht der Angestellten. Auf diese verschiedenen Berufsabteilungen kamen Angestellte:

	1882	1895	1907
Landwirtschaft	66.644	96.173	98.812
Industrie	99.076	263.745	686.007
Handel und Verkehr	141.548	261.907	505.909
Zusammen:	307.268	521.825	1.290.728

Die Schicht der Angestellten hat sich von Zählungsperiode zu Zählungsperiode fast stets verdoppelt. 1882 hatte Handel und Verkehr noch die meisten Angestellten. 1895 war die Angestelltenschicht in der Industrie ziemlich gleich stark wie in Handel und Verkehr, 1907 aber war sie schon um rund 181.000 Köpfe stärker. In der Landwirtschaft hat die Schicht der Angestellten nur langsam zugenommen, gegen 1895 hat sie sich überhaupt nur wenig vermehrt.

Werfen wir nun noch einen Blick auf die selbständigen Erwerbstätigen, so erhalten wir folgendes Bild. Es wurden selbständige Erwerbstätige in den drei Berufsabteilungen gezählt:

	1882	1895	1907
Landwirtschaft	2.288.033	2.568.725	2.500.974
Industrie	2.201.146	2.061.764	1.977.122
Handel und Verkehr	701.508	843.557	1.012.192
Zusammen:	5.190.687	5.474.046	5.490.288

Von 1882 bis 1895 hat die Zahl der Selbständigen noch merklich zugenommen, da in der Landwirtschaft 1895 erheblich mehr Selbständige gezählt wurden, als 1882. Von 1895 bis 1907 ist dagegen die Zahl der Selbständigen ziemlich stabil geblieben. Das Plus gegen 1895 beträgt nur rund 16.000 und fällt nicht ins Gewicht. Dieses Plus kommt überhaupt nur dadurch zustande, daß in Handel und Verkehr die Selbständigen sich noch um fast 179.000 Köpfe vermehrt haben. Dagegen haben sie ebensowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie abgenommen. In ersterer gegen 1895 um ca. 18.000, in der Industrie um 84.000 Köpfe.

Die Schicht der Selbständigen hat sich also nicht zu vermehren vermocht, dagegen ist die Schicht der Angestellten kräftig, die Schicht der Arbeiter überaus stark gewachsen.

Dieses Ergebnis der neuesten Berufszählung muß als das weitaus wichtigste bezeichnet werden und kann nicht ohne nachhaltige Folgen auf die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches bleiben.

Ebenso bedeuten diese Zahlen einen untrüglichen Wegweiser für die politische Schädigung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Holtei.

127

Er gehört unter die geistreichen Vielwisser, welche die Welt, oft nicht mit Unrecht, verrückte Genies nennt. Gegen Spuckschulzens geniale Verrücktheit würde ich nichts einwenden; im Gegenteil, sie verleiht allem, was er spricht, eigentümlichen Reiz — nur bis zu jenem Grade der Tollheit, den man Wasserscheu nennt, dürfte sie sich nicht versteigen. Er scheint sich niemals zu waschen — und ist doch immer in schwärmerisch anbetender, nichts für sich begehrender, echt platonischer Liebe befangen. Wie verträgt sich diese mit schmutzigem Cynismus? (Ich meine mit äußerlichem, denn innerlich ist er reinlich und rein!) Wie vertragen sich die zartesten Empfindungen mit ungesäuberten Kleidern und Händen? — Das ist sein Geheimnis! Bei seiner Theatermanie kann der Gegenstand heiligster Flamme, wie sich von selbst versteht, immer nur eine Schauspielerei sein, eine dramatische, rezitierende Künstlerin. Den Sängerinnen weicht er möglichst aus. Oper und Ballett haßt er, weil sie das rezitierende Drama beeinträchtigen. Das erscheint mir ehrwürdig, und um dieser Konsequenz willen verzeih' ich ihm, daß Henriette Sonntag ihn kalt gelassen. Ueber Fanny Elßler, die ich auch gesehen, bin ich mit ihm in Streit geraten. Er nannte sie „eine Tänzerin"; ich vertrat ihre Rechte als Schauspielerin und nannte sie die größte, die ich gesehen! Da wurde er ganz Spuckschulz und brillantierte mich förmlich mit dem Sprühregen seines Eifers und — Geifers. Denn er nahm diese Behauptung für einen Seitenhieb auf die Gottheit, der er gegenwärtig dient. Einen schlechten Geschmack verrät sein Kultus nie. Es war stets die erste, anerkannteste Aktrice, welcher die Huldigungen des bescheidensten Anbeters galten. Er ist ein alter Mann, und die Geschichte seiner verschiedenen Lieben (der Ausdruck: „seiner verschiedenen Liebesgeschichten" wäre viel zu prosaisch) reicht weit zurück. Als die außerordentliche, immer noch unvergessene Unzelmann, spätere Bethmann bei ihm an der Reihe war, hatte sich Herr Schulz noch nicht gänzlich seiner Ansprüche als Weltmann entäußert und führte noch nicht sein jetziges Eremitendasein. Er soll, versichert man, Madame Bethmann befragt haben, welche Maske sie ihm für die nächste Redoute anrate, damit er gewiß nicht erkannt werde. „Waschen Sie sich!" erwiderte sie ihm. Also damals schon! ... Ich suchte ihn neulich in seiner Wohnung auf, um ein Buch abzuholen, das er mir versprochen. Ein Mensch, der gleich mir sein Leben bei reisenden Schauspielertruppen zubrachte, hat gewiß Gelegenheit gehabt, Spelunken jeder Gattung zu durchschnüffeln, und Augen wie Nase sind abgehärtet. Was ich hier fand, übertraf doch die kühnsten Erwartungen. Er war im Begriff, „Toilette zu machen". Nur ein vatermörderischer Halskragen stand ihm noch zu Gebote, und auch dieser hatte schon garstige Knisse und Büge. Schulz faßte sich kurz; er besprengte die Zier seines Halses mit einigen Tropfen Wassers aus dem daneben stehenden Glase, ergriff einen in Schweisleder gebundenen Folianten und benützte denselben als Plätteisen. Für diese außergewöhnliche auf seinen Putz verwendete Sorgfalt glaubte sich der wackere Mann bei mir entschuldigen zu müssen. Er hätte ausnahmsweise, versicherte er, eine Einladung für den Abend angenommen — bei ihr.

Seine Kritiken sind seltsam, oft einseitig und parteiisch, manchmal verbissen (letzteres nur wenn sie sehr berühmte Künstlerinnen betreffen, die ihm würdig erscheinen, in der Gunst des Publikums zu rivalisieren mit ihr! — wie zum Beispiel Amalie Heizinger-Neumann und Sophie Müller!), sonst im allgemeinen mild, wohlwollend und reich an Kenntnis der Sache, an Geist, an treffenden Bemerkungen. Sie lesen sich höchst angenehm — im Drucke nämlich. In der Handschrift sind sie unlesbar. Man zeigte mir kürzlich in der Zeitungsexpedition einen solchen Aufsatz, der aus sieben schmalen, befleckten, bekleckten, von fremdartigen Chiffern überfüllten Papierstreifen bestand. Nicht eine Zeile hätte ich herausbuchstabiert, wäre die Folter mit allen Martern darauf gestanden. In der Druckerei gibt es nur einen Setzer, der daraus klug wird. Geht der mit Tode ab, so kann Spuckschulz nicht fürder kritisieren.

Mir ist er unschätzbar. Er ist mir eine theatralische Encyklopädie, in der ich nachschlage, was ich wissen will. Auch hat er vor mir die Scheu abgelegt, die er vor den meisten Menschen hegt. Ich glaube, mein verunstaltet Angesicht hat mich ihm näher gebracht. Und wohl auch die Hinweisungen auf meine Vergangenheit, die mir bisweilen entschlüpften. Er liebt und erkennt in mir den alten Komödianten, die vergangene Zeit erwacht ihm; die Gespräche mit mir machen ihn jung. Er wird bisweilen geschwätzig und bringt dann die lustigsten Schwänke vor. Gestern traf ich ihn vor dem Schauspielhause, wie er dreimal ansetzte, um über einen Rinnstein zu schreiten und immer wieder umkehrte. Das ist eine von seinen Schrullen. Ich half ihm hinüber und fragte, damit er nicht Zeit gewinnen möge, empfindlich zu werden, nach näheren Umständen über den Brand des vorigen Theaters vom Jahre 1818 wenn ich nicht irre, der fürchterlich gewesen sein muß. Er sprudelte sogleich eine Menge [illegible] wie komischer Anekdoten heraus, die er mit seinem plastischen Darstellungstalent, unbekümmert um einige Gaffer, ausstattete. Ich schauderte und lachte abwechselnd. Als er mir aber schilderte, wie die jedermänniglich bekannte Perücke, die der alte Unzelmann ein Menschenalter hindurch als „Lutz im Dorfbarbier" getragen, sich aus dem Flammenmeer erhob, einem feurigen fliegenden Drachen gleich lange in der Luft schwebte und sich endlich mit majestätischem Fluge auf das Dach des Seehandlungsgebäudes niederließ, da malte er so lebendig, daß ich ihn für die Perücke hielt. „Sie sind ja ein kompletter Schauspieler", rief ich ihn an. „Das will ich meinen", erwiderte er; „wenn ich sonst wollte, ich würde besser spielen, wie all' die Kerls! Aber das ist man ebensoviel!"

56.

Mein Wunsch ist erfüllt: ich habe beide gesehen, Mutter und Sohn. Ludmilla hat auch mich wahrgenommen, und zu ihrer Ehre sei's gesagt, sie hat Anstalten getroffen, meiner habhaft zu werden, in der guten Absicht, mir Hilfe und Beistand aufzudrängen. Doch sie, oder vielmehr ihr Bote — wahrscheinlich in der Besorgnis, Graf Constantin könne Argwohn schöpfen — haben die Nachforschungen so vorsichtig betrieben, daß sie mir vor lauter Vorsicht und Behutsamkeit die Polizei auf den Hals zogen. Man hat sich unter anderem bei Herrn Taureau nach mir erkundigt, dieser hat mich als ein „höchst gefährliches Subjekt" geschildert; die Recherchen, nach einem sicheren Wulf angestellt, die auf einen unsicheren Tod leiteten, haben die Echtheit meiner Legitimationen und mich selbst verdächtigt; und so wurde Ludmillas beste Meinung Ursache, daß man mich, wenn auch nicht geradezu aus der Stadt verwies, doch ziemlich derb aufforderte, mich anderswo nach einem Unterkommen umzutun, wofern ich nicht nachweisen könnte, daß ich mit Subsistenzmitteln mindestens für ein Jahr versehen sei. Das konnte ich aus eigenem Vorrat unmöglich, und Ludmillas Unterstützung wollte ich nicht. Aber um eine Zusammenkunft ließ ich sie bitten. Mir ward die Antwort gebracht: Sobald der Herr Graf auf die Güter gereist sein würde (Soldat ist er nicht mehr); jetzt sei's nicht ratsam.

Das verdroß mich. Nun werd' ich gehen, ohne sie gesprochen zu haben. Wozu auch? — — —

Der wortkarge Bote ist noch einmal gekommen, während ich meinen Koffer packte. Was er wollte, sprach er nicht deutlich aus, doch schien er nur auf eine Andeutung zu warten, daß ich Reisegeld brauche! Nach vergeblichem Warten verlor er sich.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Die Krise der Reichsfinanzreform.

Ueber die Verhandlungen, die am Sonnabend zwischen den Blockführern Dietrich, von Gamp, Weber und Wiemer stattfanden, ist noch keine zuverlässige Nachricht in die Oeffentlichkeit gedrungen, doch ist nach der ganzen Sachlage klar, daß sich die Liberalen bereits vollständig auf dem Rückzug befinden. Anständiger und ehrlicher Weise müßten sich die Verhandlungen zwischen der Rechten und der bürgerlichen Linken auf einen einzigen Punkt beschränken, der sehr rasch zu erledigen ist. Die Liberalen hätten weiter nichts zu tun, als an die Konservativen die wiederholte Frage zu richten, ob sie bereit seien, die Nachlaßsteuer oder eine direkte Reichssteuer auf das Vermögen zuzugestehen. Sind die Konservativen zu einem solchen Zugeständnis nicht bereit, dann bleibt den Liberalen, wenn sie nicht wortbrüchig werden wollen, nichts anderes übrig, als zu erklären, daß damit ihr Interesse am Zustandekommen der Reichsfinanzreform erloschen sei.

Daß die Konservativen die von der Regierung vorgeschlagene Nachlaßsteuer auch in den geheimen Verhandlungen nicht zugestehen und noch weniger bereit sind, sich auf eine Reichsvermögenssteuer einzulassen, liegt auf der flachen Hand. Wenn die Nationalliberalen und Freisinnigen trotzdem die Verhandlungen tagelang fortsetzen, so ist es klar, daß es sich für sie nur noch darum handelt, ein Angebot an die Konservativen zu formulieren, das diesen noch vorteilhafter ist als das des Zentrums. Nach der „Deutschen Tageszeitung" scheint ihnen das auch schon gelungen zu sein, denn das Organ der Agrarier weiß zu melden, daß eine neue Verständigung im Block nähergerückt sei.

Hat die „Kreuzzeitung" recht, so ist diese Verständigung nun allerdings auf keiner anderen Grundlage zu erwarten, als auf jener der — Gamp-Herroldschen Vorschläge. Diese sollen entsprechend den Wünschen der Liberalen „verbessert" und dann mit Hurra von allen bürgerlichen Parteien angenommen werden. Die Liberalen bekommen die Erlaubnis mitmachen zu dürfen, wenn sie versprechen, dann auch bei der Beratung der neuen Branntweinliebesgaben recht artig zu sein. So oder nicht viel anders sieht in der Praxis der freisinnige Bürgerstolz aus, an den nach Herrn Doves pathetischer Versicherung das Junkergefühl der Konservativen nicht heranreicht.

Seit Donnerstag ist Fürst Bülow wieder in Aktion getreten. Am Donnerstag erschien er im Reichstag, veranlaßte die Unterbrechung der Kommissionsberatungen und lud die Blockführer für Freitag in sein Palais. Nach dem „Berliner Tageblatt" soll er dort gleich zu Anfang erklärt haben, daß er an der Nachlaßsteuer in der von den Regierungen vorgeschlagenen Form nicht weiter festhalte. Statt nun, was das einzig Würdige gewesen wäre, den Hut zu nehmen und nach Hause zu gehen, blieben die Liberalen ruhig weiter und schacherten mit den Konservativen um den Kaffeezoll und weitere „kleinere Steuern". Bülow weiß, was er seinen Leuten bieten darf.

Nach dem „Matin" soll der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit eine Rede gehalten haben, in der er die Lage am Balkan mit einem Pulverfaß verglich, neben dem die brennende Lunte liege, und es als eine patriotische Pflicht bezeichnete, angesichts dieser auswärtigen Lage dem gefährlichen Zustand im Inneren ein Ende zu machen. Das offiziöse Telegraphenbureau erklärt, diese Meldung sei vollständig erfunden. Für diesen Fall kann man dem „Matin" nur gratulieren zu dem ausgezeichneten Erfinder, den er in Berlin beschäftigt. Denn die Rede, die er den Reichskanzler halten läßt, klingt, als hätte der Reichskanzler sie selber auf die Platte gesprochen, so deutlich sind Stimme und Tonfall der Rhetorik wiederzuerkennen. Es ist der wohlbekannte plumpe Trick, mit dem Fürst Bülow immer arbeitet, wenn seine Reichskanzlerschaft durch innere Schwierigkeiten gefährdet ist. Und wenn das offiziöse Telegraphenbureau recht hat, wenn Bülow die im „Matin" veröffentlichte Rede nicht gehalten hat, dann wird er sie noch halten, vielleicht auf dem — parlamentarischen Diner, das heute, Montag, Abend bei ihm stattfindet. Das „parlamentarische Diner" ist nämlich das zweite Mittel, das einem deutschen Reichskanzler in allen schwierigen Lebenslagen immer wieder hilft. Es wird ein Leichenschmaus für die eben begrabene Nachlaßsteuer werden, und deshalb sind diesmal auch — zum ersten Mal wieder seit den Hottentottenwahlen — Vertreter des Zentrums mit zu Tische geladen.

Die Vertreter einiger bundesstaatlichen Regierungen, die zu den Beratungen über die Reichsfinanzreform nach Berlin kamen, sollen einigermaßen erstaunt darüber gewesen sein, wie vergnügt es sich in Berlin regieren läßt, und namentlich soll ihnen die Art, wie Bülow die Nachlaßsteuer ohne weiteres preisgab, wenig gefallen haben. Nach dem „B. T." sollen sogar die Finanzminister von Bayern und Württemberg ihrer Verstimmung über die Behandlung der Reichsfinanzreform durch den Reichskanzler offen Ausdruck gegeben haben. Die süddeutschen Regierungen werden sich aber davon überzeugen müssen, daß gegen die ostelbischen Junker nichts auszurichten ist, wenn man keine besseren Bundesgenossen hat als den Reichskanzler und den ihm ergebenen bürgerlichen Liberalismus.

Gleich interessant wie komisch ist, daß an den Verhandlungen auch Herr Sydow teilgenommen und das Fallenlassen der Nachlaßsteuer gebilligt hat, obgleich er, als er im Oktoberheft der „Deutschen Rundschau" den Feldzug eröffnete, mit dem Brustton der Ueberzeugungstreue verkündete:

„Ich für meine Person bin fest davon überzeugt, daß die Hinzufügung einer allgemeinen Nachlaßsteuer eine conditio sine qua non (unerläßliche Bedingung) des Zustandekommens der Reichsfinanzreform bildet."

Heute ist bereits diese „Ueberzeugung" erledigt. Ein recht akkomodationsfähiger Mensch, dieser Herr Reichsschatzsekretär! Er eifert, wie es scheint, seinem Chef nach.

Die vier Vertreter der Blockparteien in der Subkommission beriefen am Sonnabend über die Frage der Besitzsteuern. Sie konferierten längere Zeit mit einander. Die Nationalliberalen hielten sodann um 1 Uhr eine Fraktionssitzung ab, um den Bericht ihres Vertreters Dr. Weber über die Verhandlungen entgegenzunehmen. Von einem Ergebnis verlautet noch nichts. Die vier Herren haben den Auftrag erhalten, zu versuchen, bis Montag Mittag zu einer Verständigung zu gelangen; alsdann werden die Blockparteien zur Fraktionsberatung zusammentreten, und wenn diese sich mit den Beschlüssen der vier Herren einverstanden erklären, soll der Blockkompromiß als gemeinsamer Antrag der Finanzkommission am Dienstag eingebracht werden.

Sehr ergrimmt ist das Zentrum, daß es bei dem schönen Kuhhandel vorläufig ausgeschaltet worden ist. So schreibt beispielsweise die „Schles. Volksztg.":

„Also wieder ist auf Veranlassung des Fürsten Bülow die Reichsfinanzreform zur Blocksache gemacht. Es ist klar, daß das Zustandekommen der Reform aufs höchste gefährdet ist, nachdem eben erst sich eine Möglichkeit gezeigt hatte, über den toten Punkt hinwegzugelangen. Man greift sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich, wie es möglich sei, daß ein leitender Staatsmann, der doch über den Parteien stehen sollte, direkt unter den Parteien steht und eine Politik treibt, die jeder Unparteilichkeit ins Gesicht schlägt. Ob wohl in einem Kulturstaat Europas noch ein leitender Staatsmann existiert, der in ähnlicher Weise den Staatskarren so willkürlich und dazu so unglücklich kutschiert?

Zum Unterschiede von den übrigen Zentrumsblättern ärgert sich also die „Schles. Volksztg." darüber, daß das Zentrum diesmal nicht helfen darf, dem Volke das Fell über die Ohren zu ziehen.

Auf Grund des Antrags Gamp betreffend die Besitzsteuer wird, wie die „Post" meint, im Reichstag keine Mehrheit zu erzielen sein. Nur eine Verquickung des Antrags der Reichspartei mit demjenigen des Zentrums könnte eine Mehrheit zur Annahme finden. „Daß die Reichspartei aber", so fährt das freikonservative Organ fort, „nicht Lust verspürt, mit dem Zentrum zusammenzugehen, wird ihr niemand verübeln; denn dann hätten wir wieder den Zustand wie vor der Reichstagswahl 1907." Als ob nicht die Agrarier seit Monaten darauf hinarbeiteten!

Wieder ein Fürst als Volksvertreter. Im Reichstagswahlkreise Düren-Jülich will das Zentrum seinen Wählern bei der bevorstehenden Nachwahl den Fürsten Alfred Salm-Reifferscheidt-Dyck als Volksvertreter nennen. Fürst Salm steht in den vierziger Jahren, seit 1893 ist er erblicher Insasse des Herrenhauses und zur Zeit Vizepräsident des Vereins vom heiligen Lande. Vor etwa anderhalb Jahren hat die sozialdemokratische Presse sich mit diesem Herrn einmal eingehender befaßt. Die damaligen Mitteilungen verdienen, jetzt in die Erinnerung gerufen zu werden:

Auf Schloß Dyck im rheinischen Kreise Grevenbroich war der Verwalter Kerkmann im Alter von 78 Jahren gestorben. Er hatte fast 50 Jahre im Dienste der fürstlichen Familie gestanden. In der in den Zeitungen erlassenen Todesanzeige rühmt ihm Fürst Salm eine „rastlose, aufopfernde Tätigkeit" nach; für das Schloß Dyck habe er „bis zuletzt Schlaf und Gesundheit geopfert". Dann schreibt Fürst Salm in der Todesanzeige (!): „Wenn heute, im Zeitalter des Egoismus und der Rücksichtslosigkeit, wo jeder Herr sein will und Aufopferung ein leeres Wort geworden ist, manches Auge bange in die Zukunft blickt, in die Zukunft der eigenen Familie und des Vaterlandes, so schlägt das Herz wieder hoffnungsfreudiger bei den Gedanken an das mächtig wirkende Beispiel solcher Männer, die nur (!) Arbeit, Treue und Selbstvergessen gekannt".

Es mutet wunderlich an, einen Agrarier gegen Egoismus und Rücksichtslosigkeit donnern und für Aufopferung und Selbstvergessen schwärmen zu hören. Aber der Fürst meint ja die anderen. Uebrigens hatte die Tatsache, daß der Herr seinem gedrückten feudalen Herzen wider allen Geschmack in einer Todesanzeige Luft machte, einen realen Untergrund: Auf Schloß Dyck war nämlich kurze Zeit vorher ein Streik der Landarbeiter gewesen, weil die Leute nicht länger als Familienväter im Winter für 1,30 Mk., im Sommer für 1,50 Mk. ohne Kost arbeiten wollten. In der Tat eine unverschämte Gesellschaft, die nicht mehr für solche fürstlichen Löhne in „rastlos aufopfernder Tätigkeit" „Schlaf und Gesundheit opfern" will und die noch etwas anderes kennt als „nur Arbeit, Treue und Aufopferung". — Wie muß dieser fürstliche Zentrumsschrift bedauern, daß die Zeiten der Leibeigenschaft endgiltig vorüber sind!

Eine starke Zumutung stellt das Zentrum an den Intellekt der katholischen Arbeiter des Kreises Düren-Jülich, die für diesen Grafen den Stimmzettel zur Urne tragen sollen!

Agrarische Liebesgaben aus dem Ostmarken-Ansiedelungsfonds. Eine Deputation des „Bundes der Landwirte" wurde am Freitag bei dem Reichskanzler vorstellig, um ihm die Spezialwünsche des Bundes wegen grundsätzlicher Aenderung der Ansiedelungspolitik vorzutragen. Die Herren Bündler wollen auf Kosten des Staates eine Stärkung des deutschen Großgrundbesitzes in den Ostmarken. Der Reichskanzler kam den Bündlern in weitgehender Weise entgegen. In seiner Antwort an die Deputation führte er aus:

„Die Staatsregierung ist sich der Bedeutung eines leistungsfähigen deutschen Großgrundbesitzes in den Ostmarken voll bewußt. Wir bedürfen keiner für die Arbeiterbevölkerung in der kommunalen Selbstverwaltung in Kreis und Provinz. Er soll uns in der Ostmark die Führer stellen. Daß die Ansiedelungskommission auf die Bildung größerer Restgüter, die ihr ja erst durch Gesetz von 98 für Ausnahmefälle freigegeben wurde — bisher nur in geringem Maße Bedacht genommen hat, ist richtig. Ich erkenne auch an, daß die Frage der Erhaltung von Großbetrieben im Wege der Restgutbildung für eine Reihe von Beziirken, in denen viel deutscher, größerer Besitz aufgeteilt worden ist, in letzter Zeit erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Schon in nächster Zeit werden, das kann ich Ihnen hier mitteilen, für eine Reihe ausgelegter Restgüter die Verkaufsbedingungen nach diesen Gesichtspunkten neu festgelegt werden. Ich hoffe, daß es dann gelingen wird, dem Stande der größeren Grundbesitzer in den Erwerbern solcher Güter wirtschaftlich gesunde und politisch wertvolle neue Kräfte zuzuführen."

Trotz aller Fußtritte, mit denen das Junkertum seine Finanzvorlagen begleitet, bietet Bülow der getreue Hausknecht des Großgrundbesitzertums. „Politisch wertvolle Kräfte" will er dem Großgrundbesitz neu zuführen, als ob ihn die alte nicht schon wie einen Hampelmann tanzen ließe.

Ueber die Hinterbliebenenversicherung, die nach dem Zollgesetz am 1. Januar 1910 in Kraft treten soll, weiß das „Berl. Tagebl." mitzuteilen, daß sie an die Altersversicherung angelehnt werden soll. Das Reich zahlt wie bei letzterer zu den Renten Zuschüsse, und zwar zu jeder Witwenrente 50 Mark und zu jeder Waisenrente 30 Mark, wobei Vorsorge getroffen ist, daß die Rentenbezüge der Hinterbliebenen, ähnlich wie bei den Reliktengeldern der Beamten, bestimmte Höchstgrenzen nicht überschreiten. Die Hauptkosten werden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter aufgebracht und von beiden je zur Hälfte getragen. Die Beiträge werden mit den Invalidenbeiträgen zusammen erhoben, sodaß hier die Marken um 30—40 Prozent erhöht werden.

Ein „teurer" Statthalter. An Umzugskosten wurden dem jetzigen Statthalter von Elsaß-Lothringen 19.447,03 Mark gewährt. Die „erforderlichen" Ausführungen im Statthalter-Palais in Straßburg kosteten 37.811,81 Mk., die Renovierung der Geschäftsräume 56.026 Mark, die Repräsentationskosten wurden infolge der „Sparsamkeit" beim Statthalterwechsel um 33.333,32 Mark überschritten. Insgesamt macht das also 96.242,43 Mk., also fast 100.000 Mark muß das elsaß-lothringische Volk an einmaligen Ausgaben für die ganz unnötige Sache der Statthalterschaft infolge des Wechsels der Person blechen. Für Verbesserung der Arbeiterlöhne, der Beamten- und Lehrergehälter hat man nicht so schnell 100 000 Mark bei der Hand.

Maßregelung eines Pfarrers? Der katholische Pfarrer Tremel in Volsbach, ein Freund und Gesinnungsgenosse des Pfarrers Grandinger in Nordhalben, wurde durch den Bamberger Erzbischof Abert zur Verantwortung gezogen, weil er am 22. Januar in einer Versammlung des jungliberalen Vereins in Bayreuth einen Vortrag über den Liberalismus gehalten und sich bei dieser Gelegenheit als Mitglied dieses Vereins bekannt hatte. Tremel wurde zu einer Sitzung des Metropolitankapitels nach Bamberg geladen, um sein Unrecht einzugestehen, weil er als katholischer Priester sich nicht als einer liberalen Partei zugehörig bekennen dürfe. Der Erzbischof Abert, der zurzeit zum Kurgebrauch in Gries bei Bozen weilt, soll durch die Münchener Nuntiatur auf die Verfehlungen seines Priesters aufmerksam gemacht worden sein.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Verden-Hoya (6. hannoverscher Wahlkreis) erhielt Dr. Heiligenstadt (natl.) 5838, Davies-Hengen (freikonserv.) 3437, Dr. Lewin (freis. Volkspartei) 3155, v. Dannenberg (Welfe) 6220 und Henke (Soz.) 3892 Stimmen. Demnach dürfte Stichwahl zwischen Heiligenstadt und v. Dannenberg stattfinden. In diesem Wahlkampfe war es unseren Genossen gelungen, in einer ganzen Anzahl von Orten Lokale zu bekommen, in denen wir in früheren Wahlkämpfen eine Möglichkeit zur Abhaltung von Versammlungen nicht hatten. Die bürgerlichen Parteien haben — trotz der großen Zahl der Kandidaten — um 669 Stimmen abgenommen, während unser Genosse Henke 401 Stimme mehr erhielt. In einigen Orten war unsere Stimmenannahme ganz erheblich, so zum Beispiel in Twistringen, wo wir 1907 27 und diesmal 139 Stimmen erhielten.

Die hessische Wahlrechtsvorlage. Die erste hessische Kammer nahm einstimmig den Ausschußantrag an, dem Antrage der zweiten Kammer zuzustimmen, welcher dahin geht, daß die Regierung baldigst eine neue Wahlrechtsvorlage auf der Grundlage des direkten Wahlrechtes vorlege in Verbindung mit den Gesetzentwürfen über die Abänderung der Verfassung und der Wahlkreiseinteilung.

Arbeitslosenunterstützung in Mainz. Einer Anregung des Gewerkschaftskartells folgend, hat die Bürgermeisterei der Stadt Mainz der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der zunächst 10,000 Mark für die Gewährung von Barunterstützung an Arbeitslose gefordert wird. Die Arbeitslosen-Unterstützung soll gewährt werden an männliche Arbeiter und Privatangestellte über 18 Jahre, die mindestens ein Jahr in der Stadt Mainz wohnen und seit mindestens vierzehn Tagen arbeitslos sind. Die Unterstützung beträgt wöchentlich 3 Mark für Ledige, 4 Mark für Verheiratete ohne Kinder oder mit Kindern über 14 Jahre, 5 Mark für Verheiratete mit Kindern unter 14 Jahren. Weibliche Arbeitslose sowie Personen, die sich im Genusse einer Unfall-, Alters-, Invaliden- oder Krankenrente befinden oder die Armenunterstützung beziehen, haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Bei Streiks und Aussperrung wird Unterstützung ebenfalls nicht gewährt. Die Unterstützung soll zunächst für vier Wochen gewährt werden. Die Auszahlung wird zum ersten Male am Mittwoch, den 3. März, und sodann an den darauf folgenden drei Mittwochen vom städtischen Arbeitsamte erfolgen. Die Unterstützungsberechtigten haben sich auf dem Arbeitsamt anzumelden, wo ihnen eine Kontrollkarte ausgestellt wird. Täglich haben sich sodann die organisierten Arbeitslosen bei ihrer Gewerkschaftsleitung, die unorganisierten auf den Polizeibureaus zur Abstempelung ihrer Karte zwecks Kontrolle zu melden. Für die Tage, an welchen eine Kontrolle nicht erfolgt ist, wird ein Abzug gemacht, und zwar für Ledige von 50 Pfennig pro Tag, für Verheiratete ohne Kinder von 65 Pfennig und für Verheiratete mit Kindern von 80 Pfennig pro Tag. Arbeitslose, die bei Anmeldung des Anspruches auf Unterstützung falsche Angaben machen oder sich zur Kontrolle melden, obgleich sie an dem Tage gearbeitet haben, gehen des Anspruches auf Unterstützung dauernd verlustig und können außerdem strafgerichtlich verfolgt werden. Die Arbeitslosenunterstützung gilt natürlich nicht als Armenunterstützung.

Aehnliches wird in den nächsten Tagen die sozialdemokratische Fraktion für Breslau beantragen.

Ankauf einer Straßenbahn. Die Lübecker Bürgerschaft beauftragte mit 90 gegen 8 Stimmen den Senat, die hiesigen Linien der Berliner Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft für 3.500.000 Mk. anzukaufen.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge. Die Stadtverordneten in Offenbach bewilligten für eine Zählung der Arbeitslosen von Haus zu Haus durch städtische Beamte, denen organisierte Arbeiter als Helfer beigegeben waren, 500 Mk. Der Antrag des Gewerkschaftskartells, an Arbeitslose Barunterstützungen zu gewähren, wurde zurückgestellt. Die weitere Behandlung der Arbeitslosenfürsorge wurde dem städtischen Ausschuß für Arbeiter- und Meldewesen übertragen, und dieser zu dem Zwecke um 3 ständige Mitglieder — je ein Freiorganisierter, Christlicher und Gelber — verstärkt. Zur Ausführung von Notstandsarbeiten sollen alle angestellt werden, die sich dazu melden. An Arbeitslosenunterstützung sind von den Gewerkschaften bisher 48.000 Mk. verausgabt worden.

Frauenwahlrecht für die Kaufmannsgerichte verlangte eine Petition, mit der sich die Petitionskommission befaßte. Obgleich der Referent v. Bolko (konservativ) Uebergang zur Tagesordnung beantragte, wurde sie zwar nicht — wie Genosse Sachse vorschlug — der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, sie wurde aber doch auf Antrag Irl (Zentrum) zur Erwägung überwiesen. Genosse Sachse wies auf das Unrecht hin, das den weiblichen Angestellten durch die Vorenthaltung dieses Rechtes zugefügt wird, was umso drückender wird, je mehr weibliches Personal im Handelsgewerbe angestellt werde.

Eine Nachwahl zum Württembergischen Landtag. Durch den Tod des volksparteilichen Abgeordneten Mayer muß am 20. März cr. im Wahlkreise Ulm-Stadt eine Nachwahl stattfinden, in die die Sozialdemokratie mit nicht geringen Aussichten eintritt. Bei der Hauptwahl im Dezember 1906 entfielen auf die Sozialdemokratie 1458, auf die Volkspartei 1885, auf die Nationalliberalen 1261 und auf das Zentrum 988 Stimmen. Im zweiten Wahlgange zog die Sozialdemokratie auf Grund des getroffenen Wahlabkommens ihre Kandidatur zugunsten der Volkspartei zurück, während das Zentrum zugunsten der Nationalliberalen zurücktrat. Infolgedessen siegte der Volksparteiler Mayer mit 3357 Stimmen über die Nationalliberalen, die 2228 erhielten.

Jetzt wird nach neu aufgestellten Wählerlisten gewählt und es ist nicht ausgeschlossen, daß der sozialdemokratische Kandidat, Bürgerausschußmitglied Krüger, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, bereits im ersten Wahlgange die größte Stimmenzahl erreicht.

Statt Arbeit — — — Korrektionsanstalt. Ein auf einer Zeche im Recklinghausener Revier beschäftigt gewesener Arbeiter war — weil er keine Arbeit hatte — gezwungen, wiederholt zu betteln. Er wurde deshalb vom Amtsgericht Recklinghausen zu vier Wochen Haft verurteilt. Damit war der Vertreter der Staatsanwaltschaft aber nicht zufrieden: er legte Berufung ein und beantragte Ueberweisung an das Arbeitshaus. Die Berufungskammer des Bochumer Landgerichtes zeigte aber soviel soziales Verständnis, daß sie den Antrag der Staatsanwaltschaft ablehnte mit der Begründung, daß der Mann durch die durch die Krise hervorgerufene Arbeitslosigkeit gezwungen war zu betteln.

Ausland.

Die Fortsetzung der Azew-Debatte in der Reichsduma.

Die Reichsduma setzte in ihrer Sitzung am Freitag die Debatte über die Azew-Affäre fort. Die Redner der Partei der friedlichen Erneuerung, der Arbeitsgruppe und der Sozialisten erklärten sich von den Ausführungen Stolypins nicht befriedigt und hielten an der Behauptung fest, Azew habe die Provokation mit Wissen der Regierung geübt. Namens der Kadettenpartei griff Maklakow die Regierung auf das Heftigste an und behauptete, sie stütze sich auf Verräter und auf Bedrückung, aber nicht auf das Land und die Freiheit. Für den Ministerpräsidenten traten der Oktobrist Graf Bobrinski und der Echrusse Purischkewitsch ein. Letzterer hielt jedoch die Verbindung des Grafen Witte mit den politischen Mordtaten für erwiesen und bemerkte, die extreme Rechte lehne deshalb die Interpellation der Kadettenpartei und der Linken ab und verlange ein Vorgehen gegen den Grafen Witte, des Casanova des 20. Jahrhunderts. Weiterhin verteidigten die Redner der Rechten und des Zentrums die Regierung gegen die Angriffe der Opposition. Der Kadett Roditschew behauptete, Stolypin sei zwar durchaus aufrichtig und ehrlich, aber mit Blindheit geschlagen. Abends brachten 50 Abgeordnete der Rechten eine Interpellation ein, in der die Regierung aufgefordert wird, gegen den Kadettenführer Miljukow gerichtlich einzuschreiten, weil dessen Zusammenhang mit den Revolutionären erwiesen sei. In der Abendsitzung nahm dann Miljukow zur Abwehr der gegen ihn erhobenen Angriffe das Wort. Nach längerer Debatte nahm die Duma eine von der Mehrheit — der äußersten Rechten, den Nationalisten, der gemäßigten Rechten und den Oktobristen — eingebrachte Tagesordnung an, in der es heißt, daß sie die Erklärungen der Regierung als genügend und erschöpfend anerkenne und zugleich die Ueberzeugung ausspreche, die Regierung werde alle gesetzlichen Mittel zur Bekämpfung des Terrors anwenden.

Die Krisis im Orient.

Nach einer Meldung der „Agence Havas" haben sich die Mächte, einschließlich Rußlands, im Prinzip über die von Deutschland vorgeschlagene freundschaftliche Intervention in Belgrad geeint, wenn auch noch Verhandlungen über die Modalitäten ihrer Durchführung geführt werden müssen. Nach einer Pariser Meldung der Wiener „Neuen Freien Presse" will Frankreich in dieser Hinsicht an die Mächte mit folgendem Programmvorschlag herantreten:

1. Serbien wird aufgefordert werden, auf die Erhebung aller Territorialansprüche zu verzichten. 2. Die Mächte versprechen Serbien, seine Bemühungen für das Zugeständnis wirtschaftlicher Vorteile seitens Oesterreich-Ungarns zu unterstützen. 3. Serbien wird dringend aufgefordert, seine Rüstungen nicht weiter fortzusetzen. 4. Wenn Serbien auf diese Vorschläge der Mächte eingeht, sollen ihm gute Dienste derselben bei weiteren Verhandlungen zugesichert werden. Endlich wird erklärt, daß, falls Serbien auf eine Gebietserweiterung unumwunden verzichtet und von Rüstungen Abstand nimmt, die Bereitwilligkeit Oesterreich-Ungarns, mit Serbien zu verhandeln, zugesichert werden könne.

„Da man voraussetzen darf," — fügt die erwähnte Meldung hinzu — „daß die französische Staatskanzlei bei Aufstellung dieses Programms sich bereits die Zustimmung der Hauptbeteiligten, nämlich Oesterreichs und Rußlands, gesichert hat, so wird sich die Einstimmigkeit der Mächte für die die Verständigung vorbereitende Aktion in Belgrad unschwer erzielen lassen. Was Deutschland betrifft, können wir versichern, daß es die französischen Anschauungen über den modus procedendi in dieser Frage vollständig teilt. Deutschland hat, indem es zur Intervention in Belgrad riet, nicht an eine nur einseitige Aktion gedacht. Deutschland möchte, daß, nachdem die Serben die notwendigen Verzichterklärungen abgegeben und sich zu einer friedlichen Haltung bequemt haben werden, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Wien und Belgrad seitens der Mächte angeregt werde."

Nach einer Meldung aus Paris ist eine offizielle Erklärung Rußlands über seine Bereitwilligkeit, sich an der Intervention in Belgrad zu beteiligen, hier noch nicht eingetroffen. Es ist jedoch seit gestern bekannt, daß Rußland im Prinzip einverstanden ist. Die Form für das gemeinsame Vorgehen wird voraussichtlich in Berlin ausgearbeitet und dann zunächst in Paris mitgeteilt werden, damit Frankreich diese Formel prüft, bevor es sie an das verbündete Rußland weitergibt. In gleicher Weise wird Deutschland die Formel in Wien präsentieren, so daß die verbündeten Mächte in voller Einigkeit handeln.

„Petit Parisien" meldet sogar, daß ein im Ministerium des Aeußern eingegangenes Telegramm große Enttäuschung hervorgerufen habe. Die Entscheidung Rußlands in der Orientfrage ist nach diesem Telegramm noch nicht erfolgt. Das Petersburger Kabinett soll den deutschen Vorschlägen mit Mißtrauen gegenüberstehen. Die Haltung Rußlands wird verschiedentlich dahin gedeutet, daß sie eine Verzögerung in der Lösung der Orientfrage herbeiführe, während die Pessimisten in ihr bereits die Ablehnung Rußlands, sich an dem geplanten Schritt der Mächte zu beteiligen, erblicken.

In Serbien werden die Kriegsvorbereitungen fieberhaft fortgesetzt. Der Kriegsminister, der vom Ministerrat und der Skupschtina vollständig freie Hand in allen militärischen Fragen erhalten hat, bat denjenigen ausländischen Firmen, denen Munitionslieferungen übertragen sind, die notwendigen Summen angewiesen, damit diese Lieferungen beschleunigt werden. Auch wurden Maßregeln zur Verstärkung des Grenzwachdienstes getroffen. Abteilungen des 18. und 7. Regiments sind aus verschiedenen Städten an die Grenze abgegangen. Wie es heißt, wird man Belgrad so viel als möglich militärisch räumen, um alle Streitkräfte des Landes im gebirgigen Innern des Landes in starken Verteidigungsstellungen zu konzentrieren.

Wie gefährlich die Situation schon aussah, bestätigt ein Telegramm aus Prag: Die „Bohemia" will aus authentischer Quelle die für den Fall eines Krieges zu ernennenden Armeebefehlshaber erfahren haben. Es ist dies der General der Infanterie Eugen Freiherr von Alpori, der momentan die Stelle eines Generaltruppeninspektors bekleidet, und mit den Verhältnissen in Bosnien und in Karst ausgezeichnet vertraut ist. Als sein Generalstabschef wurde der Generalmajor Andreas Feil-Griesler genannt. Wegen dieser Nachricht verfiel das Blatt in Konfiskation und die Regierung bestätigte mit dieser Konfiskation in tölpelhafter Weise die Angaben der „Bohemia".

* * *

Die sozialistischen Kandidaturen in Italien. Aus Rom wird geschrieben: Bis zur Stunde sind in 159 Wahlkreisen sozialistische Kandidaten proklamiert worden. Da uns aber noch fast zwei Wochen von dem Wahltag trennen, ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sich diese Liste noch verlängert. In den meisten Wahlkreisen scheint doch ein Einvernehmen zwischen den drei Parteien der äußersten Linken zustande zu kommen. In Rom, Genua, Florenz, und vielen anderen Städten ist es bereits eine vollendete Tatsache, dagegen wird in Mailand die Partei ohne Wahlbündnisse vorgehen, ebenso in Turin und in den meisten Wahlkreisen des Piemont. Alle sozialistischen Abgeordneten werden wieder in ihren Wahlkreisen kandidieren, mit alleiniger Ausnahme des Genossen Borciani, der in Montecchio (Emilia) aus Familienrücksichten auf seine Wiederwahl verzichtet hat. An seine Stelle tritt Genosse Zibordi, Chefredakteur der „Giustizia" dessen Wahl für sicher gilt. Der unlängst eroberte Wahlkreis von Blandrate, in dem der Beamte Campanozzi zum Protest gegen seine Maßregelung gewählt wurde, dürfte unserer Partei kaum erhalten bleiben. Trotzdem hat sie beschlossen, wieder auf den Namen Campanozzi den Wahlkampf aufzunehmen. Doppelkandidaturen scheint man diesmal nur in beschränkter Zahl aufzustellen. So kandidiert Genosse Bissolati gleichzeitig in seinem alten Wahlkreise Pescarolo und in Rom II, Nofri gleichzeitig in Turin IV und in Siena, Pietro Chiesa in Genua I und in Sampierdarena und Tasca di Cuto in Palermo und in seinem alten Wahlkreise Sciacca. Möglich erscheint eine Doppelwahl nur für Bissolati und Nofri.

Im allgemeinen sind in Italien die Landwahlkreise für die Genossen günstiger als die großen Städte.

* * *

Die Christen in Jerusalem. Infolge der Untätigkeit der türkischen Behörden dauern die Zusammenstöße zwischen Griechen und Araberchristen ohne Unterlaß fort. Die griechischen Kleriker werden überall bedroht. Der Archimandrit Jakowes wurde, als er im Begriffe stand aus Jerusalem abzureisen, durch Knüttelhiebe niedergeschlagen. Der Vorstand des Klosters Sankt Spyridion wurde durch Revolverschüsse verwundet und die Metropoliten von Nazareth als Gefangene in den Klöstern von einer wütenden Menge belagert. — Bischof Meletios wurde vom Synod als provisorischer Gegenpatriarch ernannt gegen den als Rebellen abgesetzten Jerusalemer Patriarchen Damianos. Dieser ist gestern plötzlich gestorben. Wie es heißt wurde er vergiftet.

Hat es je eine größere Schändung des Christentums gegeben, als sie hier „am Grabe des Erlösers" durch die Prügeleien der Frommen verübt wird?

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. März.

Die Raubritter im Zirkus Busch

und ihre dreiste Art, ihre Volksfeindlichkeit vor aller Welt zynisch zu enthüllen, stehen trotz der Block-Krisis und trotz der deutschen Verlegenheiten wegen der Balkan-Geschehnisse noch im Vordergrunde des öffentlichen Interesses. So wie man im Harden-Eulenburg-Prozesse die Ratgeber Wilhelms II. splitternackt hat gesehen, so diesmal im Zirkus Busch bei der Bündlerparade die Beherrscher und Feinde Preußens. Die für **heute Montag** Abend 8 Uhr ins **Gewerkschaftshaus** einberufene

öffentliche Volksversammlung

soll ein **Protest** sein gegen diese „Rotte von Menschen, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen", und soll zugleich die Gemeingefährlichkeit der Junker als Volksvertreter, als Diplomaten, als Regierungsgenossen und als Ratgeber aufs neue illustrieren.

Referenten sind die Genossen Albert und Clement. Wir bitten, überall auf diese Volksversammlung hinweisen zu wollen.

* **In der Sitzung der Stadtverordneten,** die am Donnerstag dieser Woche stattfindet, stehen außer alten Vorlagen 84 Einzeletats auf der Tagesordnung, also schon die Hälfte aller Spezialetats. Für einen neuen Schwemmkanal in die städtischen Rieselfelder werden 150.000 Mark gefordert. Die Häuser Weidenstraße Nr. 9—13 sind abgebrochen worden und soll das vor der Fluchtlinie liegende Gelände zum Preise von 29.850 Mark vom städtischen Elektrizitätswerk übernommen werden. Eine ähnliche Zurückziehung der Straßenfront erfordert der Ankauf der Vorgartenparzelle Feldstraße Nr. 30 zum Preise von 2415 Mark.

* **Die nächste Volksvorstellung des Sozialdemokratischen Vereins** wird den Besuchern endlich wieder eine schon lang entbehrte Opern-Aufführung bringen: des glutvollen, melodiereichen Italieners Rossini „Barbier von Sevilla". Billets zu dieser am Sonntag, den 7. März, im Thalia-Theater geplanten Vorstellung sind zum Preise von 100, 75, 60, 50, 40, 25 und 15 Pf. von Dienstag ab in der Expedition zu haben.

* **Eine Karambolage,** die sehr leicht hätte schwere Folgen haben können, gab es heute Montag Vorm. 11½ Uhr auf der Gräbschenerstraße. Aus der Holteistraße kam ein mit Kürassieren besetzter Wagen gefahren, dessen Pferde plötzlich scheu zu werden schienen und geradenwegs in den gerade vorüberfahrenden Wagen der elektrischen Straßenbahn hineinliefen. Durch die Wucht des Anpralls wurde der Kürassier, der auf dem Kutschbocke saß, in großem Bogen auf die Gabel des Wagens geschleudert, glücklicherweise ohne erheblichen Schaden zu nehmen. Einem schnell und beherzt hinzuspringenden Arbeiter, der wuchtig und die Gefahr des unter die Räder kommens nicht achtend mit starker Hand zugriff, konnte er verdanken, daß er mit blauem Auge davonkam. Die Insassen der Straßenbahn kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

* **Ein schwarzer Filzhut** wurde gestern Abend im Gewerkschaftshause an der Kasse vertauscht. Der jetzige Besitzer wird ersucht, sich am Buffet zu melden.

§ **Feuer.** Am Montag früh in der neunten Stunde eilte die Feuerwehr nach Posenerstraße 40; hier war in einem Holzwarengeschäft durch aus dem Ofen gefallene brennende Späne eine Menge in der Nähe lagernder Gardinenstangen in Brand geraten. Die Feuerwehr löschte das Feuer in wenigen Minuten und der verursachte Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, ist nur ein unbedeutender.

† **Gefunden** wurden ein Reichskassenschein, ein silberner Kettenring mit Anhänger, ein ledernes Portemonnaie, ein Lederköfchen mit Inhalt, eine Nerzboa, ein Paket Wäschestücke, ein Revolver mit 19 Patronen, 22 Stück Briefmarken, ein Korbwagen, ein Schnürschuh, Invalidenversicherungspapiere und ein Portemonnaie mit Inhalt. — Zugelaufen ist dem Möbelhändler Hoffmann Fischergasse 7, ein schwarzer Dobermannpinscher.

† **Vermißt** wird der 30 Jahre alte Restaurateur Willi Hübner, Gloaauerstr. 2, pt. wohnhaft, seit dem 16. d. Mts.; der 16jährige Kellnerlehrling Herbert Siegert von Ohlauerstr. 8 seit einigen Tagen.

Neueste Nachrichten.

Bergarbeiter-Demonstration in Westfalen.

Bochum, 1. März. (H. T.-B.) Im ganzen Ruhrgebiet fanden gestern über 50, vom alten Bergarbeiter-Verband einberufene von vielen tausend Bergleuten besuchte Versammlungen statt, in denen Stellung genommen wurde zur Berggesetz-Novelle und dem Vorschlage für Einführung einer Kohlen-Steuer. Die größte Versammlung, in welcher der sozialdemokratische Landtags-Abgeordnete Leinert als Haupt-Redner auftrat, hatte auf dem hiesigen Hütten-Hofe stattgefunden. In einer Versammlung in Essen-West, wo der Reichstagsabgeordnete Sachse sprach, kam es zu zeitweisen lärmenden Szenen und stürmischen Auseinandersetzungen mit christlichen Gewerkschaftlern, die versuchten, die Versammlung zu sprengen. In allen Versammlungen wurde zur Berggesetznovelle eine Resolution angenommen, in welcher ein Reichs-Berggesetz verlangt wird.

Die Balkankrisis.

Petersburg, 1. März. Die russische Regierung teilt dem serbischen Kabinett mit, daß eine Erklärung Serbiens über territoriale Erwerbungen bei den Mächten weder Sympathie noch Unterstützung finden würde, und daß Serbien ihre Zuneigung sich nur erhalten könne, wenn es auf den erwähnten Forderungen nicht bestehe, die einen bewaffneten Konflikt mit Oesterreich-Ungarn hervorrufen könnten. Im Hinblick auf die von der serbischen Regierung ausgesprochene Absicht, den Wünschen der Großmächte Rechnung zu tragen, riete ihr Rußland, kategorisch zu erklären, daß sie auf Territorialforderungen nicht bestehe und in allen auf der Tagesordnung stehenden Fragen sich vollständig auf die Entscheidung der Mächte verlasse.

Schon wieder eine Englandreise.

Berlin, 1. März. (H. T.-B.) Nach dem Vorschlage des Oberbürgermeisters Kirschner soll der an die Stadt Berlin ergangenen Einladung des Lordmajors von London zum Besuche Londons von 20 Stadtverordneten und 10 Magistratsmitgliedern Folge geleistet werden. Der Besuch findet entweder in der Woche vor oder nach Pfingsten statt.

Mord im Eisenbahnzuge.

Dirschau, 1. März. (H. T.-B.) Der Wirtschaftseleve van der Velden, der den Rechnungsführer Ehlert im Eisenbahnabteil zweiter Klasse erschoß, gab bei seiner Vernehmung an, daß er von Ehlert beschimpft und aufs äußerste verletzt worden sei. In der Erregung habe er Ehlert erschossen. Als er dann an die geringen Geldmittel dachte, die er besaß, mit denen er nicht weit kommen konnte, habe er dem Erschossenen 70 Mk. abgenommen.

Schiffszusammenstoß.

Paris, 1. März. (H. T.-B.) Aus Marseille wird hierher telegraphiert, daß der aus Algier kommende Schnelldampfer Ville d'Alger zwischen dem Schloß If und dem Marineleuchtturm von dem gleichfalls aus Algier kommenden Passagierdampfer Orleans an Backbord getroffen wurde. Ville d'Algier sank mit dem ganzen Warenvorrat. Die Passagiere wurden bis auf einen, der über Bord stürzte, gerettet. Der Dampfer Orleans befindet sich noch nicht außer Gefahr.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

W. H. 19. Die der Frau gehörigen Sachen können wegen Schulden des Mannes überhaupt nicht gepfändet werden. Der Ehevertrag auf Gütertrennung war deshalb nicht nötig.

Montenr. 1. Die Ehefrau hat in diesem Falle nach dem Gesetz Unterstützung nicht zu fordern, wohl aber die Kinder. 2. Die Frau und die Verwandten müßten auf Herausgabe der Sachen verklagt werden. 3. Ja, beim Amtsgericht. 4. Nein. 5. und 6. Der Bruder ist in jedem Falle verpflichtet, für seine Kinder zu sorgen und das Krankengeld kann ihm gepfändet werden; aber ersuchen Sie Magistrat und Kasse, daß sie angesichts der schlimmen Lage des Bruders das Krankengeld nicht sperren. 7. Nein, beantragen Sie gerichtliche Entscheidung. 8. Lassen Sie diese Angelegenheit auf sich beruhen.

R. Ferdinand Lassalle'sche Stiftung in Breslau, Blücherplatz 14 (Magistrats-Bureau IX).

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 1. März:

Volksversammlung.
Zimmerer. Versammlung Zimmer 2.
Bildhauer-Verband. Bibliotheksabend von 5—7 Uhr. Zimmer 5.

Dienstag, den 2. März:

Steinsetzer. Versammlung Zimmer 1.
Metallarbeiterverband. Gaukassierer-Versammlung Zimmer 2.

Mittwoch, den 3. März:

Handlungsgehilfen. Versammlung Zimmer 3 u. 4.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der nächste Zahlabend ist Montag, den 8. März.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land) Neumarkt.

Land-Distrikt 9.

Groß-Tschansch. Mittwoch, den 3. März, Abends 8 Uhr, bei Bajung in Rothkretscham. Vortrag des Genossen Schütz.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schütze. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Gerlach G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.

Politische Uebersicht.

Die Krise der Reichsfinanzreform.

Ueber die Verhandlungen, die am Sonnabend zwischen den Blockführern Dietrich, von Gamp, Weber und Wiemer stattfanden, ist noch keine zuverlässige Nachricht in die Oeffentlichkeit gedrungen, doch ist nach der ganzen Sachlage klar, daß sich die Liberalen bereits vollständig auf dem Rückzug befinden. Anständiger und ehrlicher Weise müßten sich die Verhandlungen zwischen der Rechten und der bürgerlichen Linken auf einen einzigen Punkt beschränken, der sehr rasch zu erledigen ist. Die Liberalen hätten weiter nichts zu tun, als an die Konservativen die wiederholte Frage zu richten, ob sie bereit seien, die Nachlaßsteuer oder eine direkte Reichssteuer auf das Vermögen zuzugestehen. Sind die Konservativen zu einem solchen Zugeständnis nicht bereit, dann bleibt den Liberalen, wenn sie nicht wortbrüchig werden wollen, nichts anderes übrig, als zu erklären, daß damit ihr Interesse am Zustandekommen der Reichsfinanzreform erloschen sei.

Daß die Konservativen die von der Regierung vorgeschlagene Nachlaßsteuer auch in den geheimen Verhandlungen nicht zugestehen und noch weniger bereit sind, sich auf eine Reichsvermögenssteuer einzulassen, liegt auf der flachen Hand. Wenn die Nationalliberalen und Freisinnigen trotzdem die Verhandlungen tagelang fortsetzen, so ist es klar, daß es sich für sie nur noch darum handelt, ein Angebot an die Konservativen zu formulieren, das diesen noch vorteilhafter ist als das des Zentrums. Nach der „Deutschen Tageszeitung" scheint ihnen das auch schon gelungen zu sein, denn das Organ der Agrarier weiß zu melden, daß eine neue Verständigung im Block nähergerückt sei.

Hat die „Kreuzzeitung" recht, so ist diese Verständigung nun allerdings auf keiner anderen Grundlage zu erwarten, als auf jener der — Gamp-Heroldschen Vorschläge. Diese sollen entsprechend den Wünschen der Liberalen „verbessert" und dann mit Hurra von allen bürgerlichen Parteien angenommen werden. Die Liberalen bekommen die Erlaubnis mitmachen zu dürfen, wenn sie versprechen, dann auch bei der Beratung der neuen Branntweinliebesgaben recht artig zu sein. So oder nicht viel anders sieht in der Praxis der freisinnige Bürgerstolz aus, an den nach Herrn Doves pathetischer Versicherung das Junkergefühl der Konservativen nicht heranreicht.

Seit Donnerstag ist Fürst Bülow wieder in Aktion getreten. Am Donnerstag erschien er im Reichstag, veranlaßte die Unterbrechung der Kommissionsberatungen und lud die Blockführer für Freitag in sein Palais. Nach dem „Berliner Tageblatt" soll er dort gleich zu Anfang erklärt haben, daß er an der Nachlaßsteuer in der von den Regierungen vorgeschlagenen Form nicht weiter festhalte. Statt nun, was das einzig Würdige gewesen wäre, den Hut zu nehmen und nach Hause zu gehen, blieben die Liberalen ruhig weiter und schacherten mit den Konservativen um den Kaffeezoll und weitere „kleinere Steuern". Bülow weiß, was er seinen Leuten bieten darf.

Nach dem „Matin" soll der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit eine Rede gehalten haben, in der er die Lage am Balkan mit einem Pulverfaß verglich, neben dem die brennende Lunte liege, und es als eine patriotische Pflicht bezeichnete, angesichts dieser auswärtigen Lage dem gefährlichen Zustand im Inneren ein Ende zu machen. Das offiziöse Telegraphenbureau erklärt, diese Meldung sei vollständig erfunden. Für diesen Fall kann man dem „Matin" nur gratulieren zu dem ausgezeichneten Erfinder, den er in Berlin beschäftigt. Denn die Rede, die er den Reichskanzler halten läßt, klingt, als hätte der Reichskanzler sie selber auf die Platte gesprochen, so deutlich sind Stimme und Tonfall der Rhetorik wiederzuerkennen. Es ist der wohlbekannte plumpe Trick, mit dem Fürst Bülow immer arbeitet, wenn seine Reichskanzlerschaft durch innere Schwierigkeiten gefährdet ist. Und wenn das offiziöse Telegraphenbureau recht hat, wenn Bülow die im „Matin" veröffentlichte Rede nicht gehalten hat, dann wird er sie noch halten, vielleicht auf dem — parlamentarischen Diner, das heute, Montag, Abend bei ihm stattfindet. Das „parlamentarische Diner" ist nämlich das zweite Mittel, das einem deutschen Reichskanzler in allen schwierigen Lebenslagen immer wieder hilft. Es wird ein Leichenschmaus für die eben begrabene Nachlaßsteuer werden, und deshalb sind diesmal auch — zum ersten Mal wieder seit den Hottentottenwahlen — Vertreter des Zentrums mit zu Tische geladen.

Die Vertreter einiger bundesstaatlichen Regierungen, die zu den Beratungen über die Reichsfinanzreform nach Berlin kamen, sollen einigermaßen erstaunt darüber gewesen sein, wie vergnügt es sich in Berlin regieren läßt, und namentlich soll ihnen die Art, wie Bülow die Nachlaßsteuer ohne weiteres preisgab, wenig gefallen haben. Nach dem „B. T." sollen sogar die Finanzminister von Bayern und Württemberg ihrer Verstimmung über die Behandlung der Reichsfinanzreform durch den Reichskanzler offen Ausdruck gegeben haben. Die süddeutschen Regierungen werden sich aber davon überzeugen müssen, daß gegen die ostelbischen Junker nichts auszurichten ist, wenn man keine besseren Bundesgenossen hat als den Reichskanzler und den ihm ergebenen bürgerlichen Liberalismus.

Gleich interessant wie komisch ist, daß an den Verhandlungen auch Herr Sydow teilgenommen und das Fallenlassen der Nachlaßsteuer gebilligt hat, obgleich er, als er im Oktoberheft der „Deutschen Rundschau" den Feldzug eröffnete, mit dem Brustton der Ueberzeugungstreue verkündete:

„Ich für meine Person bin jetzt davon überzeugt, daß die Hinzufügung einer allgemeinen Nachlaßsteuer eine conditio sine qua non (unerläßliche Bedingung) des Zustandekommens der Reichsfinanzreform bildet."

Heute ist bereits diese „Ueberzeugung" erledigt. Ein recht akkomodationsfähiger Mensch, dieser Herr Reichsschatzsekretär! Er eifert, wie es scheint, seinem Chef nach.

Die vier Vertreter der Blockparteien in der Subkommission beriefen am Sonnabend über die Frage der Besitzsteuern. Sie konferierten längere Zeit mit einander. Die Nationalliberalen hielten sodann um 1 Uhr eine Fraktionssitzung ab, um den Bericht ihres Vertreters Dr. Weber über die Verhandlungen entgegenzunehmen. Von einem Ergebnis verlautet noch nichts. Die vier Herren haben den Auftrag erhalten, zu versuchen, bis Montag Mittag zu einer Verständigung zu gelangen; alsdann werden die Blockparteien zur Fraktionsberatung zusammentreten, und wenn diese sich mit den Beschlüssen der vier Herren einverständen erklären, soll der Blockkompromiß als gemeinsamer Antrag der Finanzkommission am Dienstag eingebracht werden.

Sehr ergrimmt ist das Zentrum, daß es bei dem schönen Kuhhandel vorläufig ausgeschaltet worden ist. So schreibt beispielsweise die „Schles. Volksztg.":

„Also wieder ist auf Veranlassung des Fürsten Bülow die Reichsfinanzreform zur Blocksache gemacht. Es ist klar, daß das Zustandekommen der Reform aufs höchste gefährdet ist, nachdem eben erst sich eine Möglichkeit gezeigt hatte, über den toten Punkt hinwegzugelangen. Man greift sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich, wie es möglich sei, daß ein leitender Staatsmann, der doch über den Parteien stehen sollte, direkt unter den Parteien steht und eine Politik treibt, die jeder Unparteilichkeit ins Gesicht schlägt. Ob wohl in einem Kulturstaat Europas noch ein leitender Staatsmann existiert, der in ähnlicher Weise den Staatskarren so willkürlich und dazu so unglücklich kutschiert?

Zum Unterschiede von den übrigen Zentrumsblättern ärgert sich also die „Schles. Volksztg." darüber, daß das Zentrum diesmal nicht helfen darf, dem Volke das Fell über die Ohren zu ziehen.

Auf Grund des Antrags Gamp betreffend die Besitzsteuer wird, wie die „Post" meint, im Reichstag keine Mehrheit zu erzielen sein. Nur eine Verquickung des Antrags der Reichspartei mit demjenigen des Zentrums könnte eine Mehrheit zur Annahme finden. „Daß die Reichspartei aber", so fährt das freikonservative Organ fort, „nicht Lust verspürt, mit dem Zentrum zusammenzugehen, wird ihr niemand verübeln; denn dann hätten wir wieder den Zustand wie vor der Reichstagswahl 1907." Als ob nicht die Agrarier seit Monaten darauf hinarbeiteten!

Wieder ein Fürst als Volksvertreter. Im Reichstagswahlkreise Düren-Jülich will das Zentrum seinen Wählern bei der bevorstehenden Nachwahl den Fürsten Alfred Salm-Reifferscheidt-Dyck als Volksvertreter zumuten. Fürst Salm steht in den vierziger Jahren, seit 1893 ist er erblicher Insasse des Herrenhauses und zur Zeit Vizepräsident des Vereins vom heiligen Lande. Vor etwa anderhalb Jahren hat die sozialdemokratische Presse sich mit diesem Herrn einmal eingehender befaßt. Die damaligen Mitteilungen verdienen, jetzt in die Erinnerung gerufen zu werden:

Auf Schloß Dyck im rheinischen Kreise Grevenbroich war der Verwalter Kersmann im Alter von 78 Jahren gestorben. Er hatte gut 50 Jahre im Dienste der fürstlichen Familie gestanden. In der in den Zeitungen erlassenen Todesanzeige rühmt ihm Fürst Salm eine „rastlose, aufopfernde Tätigkeit" nach; für das Schloß Dyck habe er „bis zuletzt Schlaf und Gesundheit geopfert". Dann schreibt Fürst Salm in der Todesanzeige (!): „Wenn heute, im Zeitalter des Egoismus und der Rücksichtslosigkeit, wo jeder Herr sein will und Aufopferung ein leeres Wort geworden ist, manches Auge bange in die Zukunft blickt, in die Zukunft der eigenen Familie und des Vaterlandes, so schlägt das Herz wieder hoffnungsfreudiger bei den Gedanken an das mächtig wirkende Beispiel solcher Männer, die nur kannten Arbeit, Treue und Selbstvergessen."

Es mutet wunderlich an, einen Agrarier gegen Egoismus und Rücksichtslosigkeit donnern und für Aufopferung und Selbstvergessen schwärmen zu hören. Aber der Fürst meint ja die anderen. Uebrigens hatte die Tatsache, daß der Herr seinem gedrückten feudalen Herzen wider allen Geschmack in einer Todesanzeige Luft machte, einen realen Untergrund: Auf Schloß Dyck war nämlich kurze Zeit vorher ein Streik der Landarbeiter gewesen, weil die Leute nicht länger als Familienväter im Winter für 1,30 Mk., im Sommer für 1,50 Mk. ohne Kost arbeiten wollten. In der Tat eine unverschämte Gesellschaft, die nicht mehr für solche fürstlichen Löhne in „rastlos aufopfernder Tätigkeit" „Schlaf und Gesundheit opfern" will und die noch etwas anderes kennt als „nur Arbeit, Treue und Aufopferung". — Wie muß dieser fürstliche Zentrumschrist bedauern, daß die Zeiten der Leibeigenschaft endgiltig vorüber sind!

Eine starke Zumutung stellt das Zentrum an den Intellekt der katholischen Arbeiter des Kreises Düren-Jülich, die für diesen Grafen den Stimmzettel zur Urne tragen sollen!

Agrarische Liebesgaben aus dem Ostmarken-Ansiedelungsfonds. Eine Deputation des „Bundes der Landwirte" wurde am Freitag bei dem Reichskanzler vorstellig, um ihm die Spezialwünsche des Bundes wegen grundsätzlicher Aenderung der Ansiedelungspolitik vorzutragen. Die Herren Bündler wollen auf Kosten des Staates eine Stärkung des deutschen Großgrundbesitzes in den Ostmarken. Der Reichskanzler kam den Bündlern in weitgehendster Weise entgegen. In seiner Antwort an die Deputation führte er aus:

„Die Staatsregierung ist sich der Bedeutung eines leistungsfähigen deutschen Großgrundbesitzes in den Ostmarken voll bewußt. Wir bedürfen seiner für die Aemterbesetzung in der kommunalen Selbstverwaltung in Kreis und Provinz. Er soll uns in der Ostmark die Führer stellen. Daß die Ansiedelungskommission auf die Bildung größerer Restgüter, die ihr ja erst durch Gesetz vom 96 für Ausnahmefälle freigegeben wurde — bisher nur in geringem Maße Bedacht genommen hat, ist richtig. Ich erkenne auch an, daß die Frage der Erhaltung von Großbetrieben im Wege der Restgüterbildung für eine Reihe von Bezirken, in denen viel deutscher, größerer Besitz aufgeteilt worden ist, in letzter Zeit erhöhte Bedeutung gewonnen hat. Schon in nächster Zeit werden, das kann ich Ihnen hier mitteilen, für eine Reihe ausgelegter Restgüter die Verkaufsbedingungen nach diesen Gesichtspunkten neu festgelegt werden. Ich hoffe, daß es dann gelingen wird, dem Stande der größeren Grundbesitzer in den Erwerbern solcher Güter wirtschaftlich gesunde und politisch wertvolle neue Kräfte zuzuführen."

Trotz aller Zuktritte, mit denen das Junkertum seine Finanzvorlagen behandelt, bleibt Bülow der getreue Knecht des Großgrundbesitzertums. „Politisch wertvolle Kräfte" will er dem Großgrundbesitz neu zuführen, als ob ihn die alte nicht schon wie einen Hampelmann tanzen ließe.

Ueber die Hinterbliebenenversicherung, die nach dem Zollgesetz am 1. Januar 1910 in Kraft treten soll, weiß das „Berl. Tagebl." mitzuteilen, daß sie an die Altersversicherung angelehnt werden soll. Das Reich zahlt wie bei letzterer zu den Renten Zuschüsse, und zwar zu jeder Witwenrente 50 Mark und zu jeder Waisenrente 30 Mark, wobei Vorsorge getroffen ist, daß die Rentenbezüge der Hinterbliebenen, ähnlich wie bei den Reliktengeldern der Beamten, bestimmte Höchstgrenzen nicht überschreiten. Die Hauptkosten werden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeiter aufgebracht und von beiden je zur Hälfte getragen. Die Beiträge werden mit den Invalidenbeiträgen zusammen erhoben, sodaß hier die Marken um 30—40 Prozent erhöht werden.

Ein „teurer" Statthalter. An Umzugskosten wurden dem jetzigen Statthalter von Elsaß-Lothringen 19.447,93 Mark gewährt. Die „erforderlichen" Ausführungen im Statthalter-Palais in Straßburg kosteten 37.811,81 Mk., die Renovierung der Geschäftsräume 56.026 Mark, die Repräsentationskosten wurden infolge der „Sparsamkeit" beim Statthalterwechsel um 33.333,32 Mark überschritten. Insgesamt macht das also 96.242,43 Mk., also fast 100.000 Mark muß das elsaß-lothringische Volk an einmaligen Ausgaben für die ganz unnötige Sache der Statthalterschaft infolge des Wechsels der Person blechen. Für Verbesserung der Arbeiterlöhne, der Beamten- und Lehrergehälter hat man nicht so schnell 100 000 Mark bei der Hand.

Maßregelung eines Pfarrers? Der katholische Pfarrer Tremel in Volsbach, ein Freund und Gesinnungsgenosse des Pfarrers Grandinger in Nordhalben, wurde durch den Bamberger Erzbischof Abert zur Verantwortung gezogen, weil er am 22. Januar in einer Versammlung des jungliberalen Vereins in Bayreuth einen Vortrag über den Liberalismus gehalten und sich bei dieser Gelegenheit als Mitglied dieses Vereins bekannt hatte. Tremel wurde zu einer Sitzung des Metropolitankapitels nach Bamberg geladen, um sein Unrecht eingestehen, weil er als katholischer Priester sich nicht als einer liberalen Partei zugehörig bekennen dürfe. Der Erzbischof Abert, der zurzeit zum Kurgebrauch in Gries bei Bozen weilt, soll durch die Münchener Nunziatur auf die Verfehlungen seines Priesters aufmerksam gemacht worden sein.

Bei der Reichstagsersatzwahl in Verden-Hoya (5. hannoverscher Wahlkreis) erhielt Dr. Heiligenstadt (natl.) 5838, Davies-Hengen (freikonserv.) 3437, Dr. Lewin (freis. Volkspartei) 3155, v. Dannenberg (Welfe) 6220 und Henke (Soz.) 3892 Stimmen. Demnach dürfte Stichwahl zwischen Heiligenstadt und v. Dannenberg stattfinden. In diesem Wahlkampfe war es unseren Genossen gelungen, in einer ganzen Anzahl von Orten Lokale zu bekommen, in denen wir in früheren Wahlkämpfen eine Möglichkeit zur Abhaltung von Versammlungen nicht hatten. Die bürgerlichen Parteien haben — trotz der großen Zahl der Kandidaten — um 669 Stimmen abgenommen, während unser Genosse Henke 401 Stimme mehr erhielt. In einigen Orten war unsere Stimmenannahme ganz erheblich, so zum Beispiel in Twistringen, wo wir 1907 27 und diesmal 139 Stimmen erhielten.

Die hessische Wahlrechtsvorlage. Die erste hessische Kammer nahm einstimmig den Ausschußantrag an, dem Antrage der zweiten Kammer zuzustimmen, welcher dahin geht, daß die Regierung baldigst eine neue Wahlrechtsvorlage auf der Grundlage des direkten Wahlrechts vorlege in Verbindung mit den Gesetzentwürfen über die Abänderung der Verfassung und der Wahlkreiseinteilung.

Arbeitslosenunterstützung in Mainz. Einer Anregung des Gewerkschaftskartells folgend, hat die Bürgermeisterei der Stadt Mainz der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der zunächst 10,000 Mark für die Gewährung von Barunterstützung an Arbeitslose gefordert wird. Die Arbeitslosen-Unterstützung soll gewährt werden an männliche Arbeiter und Privatangestellte über 18 Jahre, die mindestens ein Jahr in der Stadt Mainz wohnen und seit mindestens vierzehn Tagen arbeitslos sind. Die Unterstützung beträgt wöchentlich 3 Mark für Ledige, 4 Mark für Verheiratete ohne Kinder oder mit Kindern über 14 Jahre, 5 Mark für Verheiratete mit Kindern unter 14 Jahren. Weibliche Arbeitslose sowie Personen, die sich im Genusse einer Unfall-, Alters-, Invaliden- oder Krankenrente befinden oder die Armenunterstützung beziehen, haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Bei Streiks und Aussperrung wird Unterstützung ebenfalls nicht gewährt. Die Unterstützung soll zunächst für vier Wochen gewährt werden. Die Auszahlung wird zum ersten Male am Mittwoch, den 3. März, und sodann an den darauf folgenden drei Mittwochen vom städtischen Arbeitsamte erfolgen. Die Unterstützungsberechtigten haben sich auf dem Arbeitsamt anzumelden, wo ihnen eine Kontrollkarte ausgestellt wird. Täglich haben sich sodann die organisierten Arbeitslosen bei ihrer Gewerkschaftsleitung, die unorganisierten auf den Polizeibureaus zur Abstempelung ihrer Karte zwecks Kontrolle zu melden. Für die Tage, an welchen eine Kontrolle nicht erfolgt ist, wird ein Abzug gemacht, und zwar für Ledige von 50 Pfennig pro Tag, für Verheiratete ohne Kinder von 65 Pfennig und für Verheiratete mit Kindern von 80 Pfennig pro Tag. Arbeitslose, die bei Anmeldung des Anspruches auf Unterstützung falsche Angaben machen oder sich zur Kontrolle melden, obgleich sie an dem Tage gearbeitet haben, gehen des Anspruches auf Unterstützung dauernd verlustig und können außerdem strafgerichtlich verfolgt werden. Die Arbeitslosenunterstützung gilt natürlich nicht als Armenunterstützung.

Aehnliches wird in den nächsten Tagen die sozialdemokratische Fraktion für Breslau beantragen.

Ankauf einer Straßenbahn. Die Lübecker Bürgerschaft beauftragte mit 90 gegen 8 Stimmen den Senat, die hiesigen Linien der Berliner Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft für 3.500.000 Mk. anzukaufen.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge. Die Stadtverordneten in Offenbach bewilligten für eine Zählung der Arbeitslosen von Haus zu Haus durch städtische Beamte, denen organisierte Arbeiter als Helfer beigegeben waren, 500 Mk. Der Antrag des Gewerkschaftskartells, an Arbeitslose Barunterstützungen zu gewähren, wurde zurückgestellt. Die weitere Behandlung der Arbeitslosenfürsorge wurde dem städtischen Ausschuß für Arbeiter- und Meldewesen übertragen, und dieser zu dem Zwecke um 8 ständige Mitglieder — je ein Freiorganisierter, Christlicher und Gelber — verstärkt. Zur Ausführung von Notstandsarbeiten sollen alle angestellt werden, die sich dazu melden. An Arbeitslosenunterstützung sind von den Gewerkschaften bisher 42.000 Mk. verausgabt worden.

Frauenwahlrecht für die Kaufmannsgerichte verlangte eine Petition, mit der sich die Petitionskommission befaßte. Obgleich der Referent v. Bolko (konservativ) Uebergang zur Tagesordnung beantragte, wurde sie zwar nicht — wie Genosse Sachse vorschlug — der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, sie wurde aber doch auf Antrag Irl (Zentrum) zur Erwägung überwiesen. Genosse Sachse wies auf das Unrecht hin, das den weiblichen Angestellten durch die Vorenthaltung dieses Rechtes zugefügt wird, was umso drückender wird, je mehr weibliches Personal im Handelsgewerbe angestellt werde.

Eine Nachwahl zum Württembergischen Landtag. Durch den Tod des volksparteilichen Abgeordneten Mayer muß am 20. März cr. im Wahlkreise Ulm-Stadt eine Nachwahl stattfinden, in die die Sozialdemokratie mit nicht geringen Aussichten eintritt. Bei der Hauptwahl im Dezember 1906 entfielen auf die Sozialdemokratie 1458, auf die Volkspartei 1885, auf die Nationalliberalen 1261 und auf das Zentrum 983 Stimmen. Im zweiten Wahlgange zog die Sozialdemokratie auf Grund des getroffenen Wahlabkommens ihre Kandidatur zugunsten der Volkspartei zurück, während das Zentrum zugunsten der Nationalliberalen zurücktrat. Infolgedessen siegte der Volksparteiler Mayer mit 3357 Stimmen über die Nationalliberalen, die 2228 erhielten.

Jetzt wird nach neu aufgestellten Wählerlisten gewählt und es ist nicht ausgeschlossen, daß der sozialdemokratische Kandidat, Bürgerausschußmitglied Göhring, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreut, bereits im ersten Wahlgange die größte Stimmenzahl erreicht.

Statt Arbeit — — — Korrektionsanstalt. Ein auf einer Zeche im Recklinghausener Revier beschäftigt gewesener Arbeiter war — weil er keine Arbeit hatte — gezwungen, wiederholt zu betteln. Er wurde deshalb vom Amtsgericht Recklinghausen zu vier Wochen Haft verurteilt. Damit war der Vertreter der Staatsanwaltschaft aber nicht zufrieden: er legte Berufung ein und beantragte Ueberweisung an das Arbeitshaus. Die Berufungskammer des Bochumer Landgerichtes zeigte aber soviel soziales Verständnis, daß sie den Antrag der Staatsanwaltschaft ablehnte mit der Begründung, daß der Mann durch die durch die Krise hervorgerufene Arbeitslosigkeit gezwungen war zu betteln.

Ausland.

Die Fortsetzung der Azew-Debatte in der Reichsduma.

Die Reichsduma setzte in ihrer Sitzung am Freitag die Debatte über die Azew-Affäre fort. Die Redner der Partei der friedlichen Erneuerung, der Arbeitsgruppe und der Sozialisten erklärten sich von den Ausführungen Stolypins nicht befriedigt und hielten an der Behauptung fest, Azew habe die Provokation mit Wissen der Regierung geübt. Namens der Kadettenpartei griff Maklakow die Regierung auf das Heftigste an und behauptete, sie stütze sich auf Verräter und auf Bedrückung, aber nicht auf das Land und die Freiheit. Für den Ministerpräsidenten traten der Oktobrist Graf Bobrinski und der Echtrusse Purischkewitsch ein. Letzterer hielt jedoch die Verbindung des Grafen Witte mit den politischen Mordtaten für erwiesen und bemerkte, die extreme Rechte lehne dieserhalb die Interpellation der Kadettenpartei und der Linken ab und verlange ein Vorgehen gegen den Grafen Witte, des Casanova des 20. Jahrhunderts. Weiterhin verteidigten die Redner der Rechten und des Zentrums die Regierung gegen die Angriffe der Opposition. Der Kadett Roditschew behauptete, Stolypin sei zwar durchaus aufrichtig und ehrlich, aber mit Blindheit geschlagen. Abends brachten 50 Abgeordnete der Rechten eine Interpellation ein, in der die Regierung aufgefordert wird, gegen den Kadettenführer Miljukow gerichtlich einzuschreiten, weil dessen Zusammenhang mit den Revolutionären erwiesen sei. In der Abendsitzung nahm dann Miljukow zur Abwehr der gegen ihn erhobenen Angriffe das Wort. Nach längerer Debatte nahm die Duma eine von der Mehrheit — der äußersten Rechten, den Nationalisten, der gemäßigten Rechten und den Oktobristen — eingebrachte Tagesordnung an, in der es heißt, daß sie die Erklärungen der Regierung als genügend und erschöpfend anerkenne und zugleich die Ueberzeugung ausspreche, die Regierung werde alle gesetzlichen Mittel zur Bekämpfung des Terrors anwenden.

Die Krisis im Orient.

Nach einer Meldung der „Agence Havas“ haben sich die Mächte, einschließlich Rußlands, im Prinzip über die von Deutschland vorgeschlagene freundschaftliche Intervention in Belgrad geeinigt, wenn auch noch Verhandlungen über die Modalitäten ihrer Durchführung geführt werden müssen. Nach einer Pariser Meldung der Wiener „Neuen Freien Presse“ will Frankreich in dieser Hinsicht an die Mächte mit folgendem Programmvorschlag herantreten:

1. Serbien wird aufgefordert werden, auf die Erhebung aller Territorialansprüche zu verzichten. 2. Die Mächte versprechen Serbien, seine Bemühungen für das Zugeständnis wirtschaftlicher Vorteile seitens Oesterreich-Ungarns zu unterstützen. 3. Serbien wird dringend aufgefordert, seine Rüstungen nicht weiter fortzusetzen. 4. Wenn Serbien auf diese Vorschläge der Mächte eingeht, sollen ihm gute Dienste derselben bei weiteren Verhandlungen zugesichert werden. Endlich wird erklärt, daß, falls Serbien auf eine Gebietserweiterung unumwunden verzichtet und von Rüstungen Abstand nimmt, die Bereitwilligkeit Oesterreich-Ungarns, mit Serbien zu verhandeln, zugesichert werden könne.

„Da man voraussetzen darf,“ — fügt die erwähnte Meldung hinzu — „daß die französische Staatskanzlei bei Aufstellung dieses Programms sich bereits die Zustimmung der Hauptbeteiligten, nämlich Oesterreichs und Rußlands, gesichert hat, so wird sich die Einstimmigkeit der Mächte für die die Versöhnung vorbereitende Aktion in Belgrad unschwer erzielen lassen. Was Deutschland betrifft, können wir versichern, daß es die französischen Anschauungen über den modus procedendi in dieser Frage vollständig teilt. Deutschland hat, indem es zur Intervention in Belgrad riet, nicht an eine nur einseitige Aktion gedacht. Deutschland möchte, daß, nachdem die Serben die notwendigen Verzichterklärungen abgegeben und sich zu einer friedlichen Haltung bequemt haben werden, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Wien und Belgrad seitens der Mächte angeregt werde.“

Nach einer Meldung aus Paris ist eine offizielle Erklärung Rußlands über seine Bereitwilligkeit, sich an der Intervention in Belgrad zu beteiligen, hier noch nicht eingetroffen. Es ist jedoch seit gestern bekannt, daß Rußland im Prinzip einverstanden ist. Die Form für das gemeinsame Vorgehen wird voraussichtlich in Berlin ausgearbeitet und dann zunächst in Paris mitgeteilt werden, damit Frankreich diese Formel prüft, bevor es sie an das verbündete Rußland weitergibt. In gleicher Weise wird Deutschland die Formel in Wien präsentieren, so daß die verbündeten Mächte in voller Einigkeit handeln.

„Petit Parisien“ meldet sogar, daß ein im Ministerium des Aeußern eingegangenes Telegramm große Enttäuschung hervorgerufen habe. Die Entscheidung Rußlands in der Orientfrage ist nach diesem Telegramm noch nicht erfolgt. Das Petersburger Kabinett soll den deutschen Vorschlägen mit Mißtrauen gegenüberstehen. Die Haltung Rußlands wird verschiedentlich dahin gedeutet, daß sie eine Verzögerung in der Lösung der Orientfrage herbeiführe, während die Pessimisten in ihr bereits die Ablehnung Rußlands, sich an dem geplanten Schritt der Mächte zu beteiligen, erblicken.

In Serbien werden die Kriegsvorbereitungen fieberhaft fortgesetzt. Der Kriegsminister, der vom Ministerrat und der Skupschtina vollständig freie Hand in allen militärischen Fragen erhalten hat, hat denjenigen ausländischen Firmen, denen Munitionslieferungen übertragen sind, die notwendigen Summen angewiesen, damit diese Lieferungen beschleunigt werden. Auch wurden Maßregeln zur Verstärkung des Grenzwachdienstes getroffen. Abteilungen des 18. und 7. Regiments sind aus verschiedenen Städten an die Grenze abgegangen. Wie es heißt, wird man Belgrad so viel als möglich militärisch räumen, um alle Streitkräfte des Landes im gebirgigen Innern des Landes in starken Verteidigungsstellungen zu konzentrieren.

Wie gefährlich die Situation schon aussah, bestätigt ein Telegramm aus Prag: Die „Bohemia“ will aus authentischer Quelle die für den Fall eines Krieges zu ernennenden Armeebefehlshaber erfahren haben. Es ist dies der General der Infanterie Eugen Freiherr von Alpori, der momentan die Stelle eines Generaltruppeninspektors bekleidet, und mit den Verhältnissen in Bosnien und in Karst ausgezeichnet vertraut ist. Als sein Generalstabschef wurde der Generalmajor Andreas Feil-Griesler genannt. Wegen dieser Nachricht verfiel das Blatt in Konfiskation und die Regierung bestätigte mit dieser Konfiskation in tölpelhafter Weise die Angaben der „Bohemia“.

* * *

Die sozialistischen Kandidaturen in Italien. Aus Rom wird geschrieben: Bis zur Stunde sind in 159 Wahlkreisen sozialistische Kandidaten proklamiert worden. Da uns aber noch fast zwei Wochen von dem Wahltag trennen, ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sich diese Liste noch verlängert. In den meisten Wahlkreisen scheint doch ein Einvernehmen zwischen den drei Parteien der äußersten Linken zustande zu kommen. In Rom, Genua, Florenz, und vielen anderen Städten ist es bereits eine vollendete Tatsache, dagegen wird in Mailand die Partei ohne Wahlbündnisse vorgehen, ebenso in Turin und in den meisten Wahlkreisen des Piemont. Alle sozialistischen Abgeordneten werden wieder in ihren Wahlkreisen kandidieren, mit alleiniger Ausnahme des Genossen Barciani, der in Montecchio (Emilia) aus Familienrücksichten auf seine Wiederwahl verzichtet hat. An seine Stelle tritt Genosse Zibordi, Chefredakteur der „Giustizia“ dessen Wahl für sicher gilt. Der unlängst eroberte Wahlkreis von Biandrate, in dem der Beamte Campanozzi zum Protest gegen seine Maßregelung gewählt wurde, dürfte unserer Partei kaum erhalten bleiben. Trotzdem hat sie beschlossen, wieder auf den Namen Campanozzi den Wahlkampf aufzunehmen. Doppelkandidaturen scheint man diesmal nur in beschränkter Zahl aufzustellen. So kandidiert Genosse Bissolati gleichzeitig in seinem alten Wahlkreise Pescarolo und in Rom II, Nofri gleichzeitig in Turin IV und in Siena, Pietro Chiesa in Genua I und in Sampierdarena und Tasca di Cuto in Palermo und in seinem alten Wahlkreise Sciacca. Möglich erscheint eine Doppelwahl nur für Bissolati und Nofri.

Im allgemeinen sind in Italien die Landwahlkreise für die Genossen günstiger als die großen Städte.

* * *

Die Christen in Jerusalem. Infolge der Untätigkeit der türkischen Behörden dauern die Zusammenstöße zwischen Griechen und Araberchristen ohne Unterlaß fort. Die griechischen Kleriker werden überall bedroht. Der Archimandrit Jakowos wurde, als er im Begriffe stand aus Jerusalem abzureisen, durch Knüttelhiebe niedergeschlagen. Der Vorstand des Klosters Sankt Spyridion wurde durch Revolverschüsse verwundet und die Metropoliten von Nazareth als Gefangene in den Klöstern von einer wütenden Menge belagert. — Bischof Meletius wurde vom Synod als provisorischer Gegenpatriarch ernannt gegen den als Rebellen abgesetzten Jerusalemer Patriarchen Daminos. Dieser ist gestern plötzlich gestorben. Wie es heißt wurde er vergiftet.

Hat es je eine größere Schändung des Christentums gegeben, als sie hier „am Grabe des Erlösers“ durch die Prügeleien der Frommen verübt wird?

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. März.

Die Raubritter im Zirkus Busch

und ihre dreiste Art, ihre Volksfeindlichkeit vor aller Welt zynisch zu enthüllen, stehen trotz der Block-Krisis und trotz der deutschen Verlegenheiten wegen der Balkan-Geschehnisse noch im Vordergrunde des öffentlichen Interesses. So wie man im Harden-Eulenburg-Prozesse die Ratgeber Wilhelms II. splitternackt hat gesehen, so diesmal im Zirkus Busch bei der Bündlerparade die Beherrscher und Feinde Preußens. Die für **heute Montag** Abend 8 Uhr ins **Gewerkschaftshaus** einberufene

öffentliche Volksversammlung

soll ein **Protest** sein gegen diese „Rotte von Menschen, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen“, und soll zugleich die Gemeingefährlichkeit der Junker als Volksvertreter, als Diplomaten, als Regierungsgenossen und als Ratgeber aufs neue illustrieren.

Referenten sind die Genossen Albert und Clement. Wir bitten, überall auf diese Volksversammlung hinweisen zu wollen.

* **In der Sitzung der Stadtverordneten,** die am Donnerstag dieser Woche stattfindet, stehen außer allen Vorlagen 84 Einzeletats auf der Tagesordnung, also schon die Hälfte aller Spezialetats. Für einen neuen Schwemmkanal in die städtischen Rieselfelder werden 150.000 Mark gefordert. Die Häuser Weidenstraße Nr. 9—13 sind abgebrochen worden und soll das vor der Fluchtlinie liegende Gelände zum Preise von 29.850 Mark vom städtischen Elektrizitätswerk übernommen werden. Eine ähnliche Zurücklegung der Straßenfront erfordert der Ankauf der Vorgartenparzelle Feldstraße Nr. 30 zum Preise von 2415 Mark.

* **Die nächste Volksvorstellung des Sozialdemokratichen Vereins** wird den Besuchern endlich wieder eine schon lang entbehrte Opern-Aufführung bringen: des glutvollen, melodiereichen Italieners Rossini „Barbier von Sevilla“. Billets zu dieser am Sonntag, den 7. März, im Thalia-Theater geplanten Vorstellung sind zum Preise von 100, 75, 60, 50, 40, 25 und 15 Pf. von Dienstag ab in der Expedition zu haben.

* **Eine Karambolage,** die sehr leicht hätte schwere Folgen haben können, gab es heute Montag Vorm. 11¼ Uhr auf der Gräbschenerstraße. Aus der Holteistraße kam ein mit Kürassieren besetzter Wagen gefahren, dessen Pferde plötzlich scheu zu werden schienen und geradenwegs in den gerade vorüberfahrenden Wagen der elektrischen Straßenbahn hineinliefen. Durch die Wucht des Anpralls wurde der Kürassier, der auf dem Kutschbocke saß, in großem Bogen auf die Gabel des Wagens geschleudert, glücklicherweise ohne erheblichen Schaden zu nehmen. Einem schnell und beherzt hinzuspringenden Arbeiter, der mutig und die Gefahr des unter die Räderkommens nicht achtend mit starker Hand zugriff, konnte es der Verunglückte danken, daß er mit blauem Auge davonkam. Die Insassen der Straßenbahn kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

* **Ein schwarzer Filzhut** wurde gestern Abend im Gewerkschaftshause an der Kasse vertauscht. Der jetzige Besitzer wird ersucht, sich am Buffet zu melden.

§ **Feuer.** Am Montag früh in der neunten Stunde eilte die Feuerwehr nach Posenerstraße 40; hier war in einem Holzwarengeschäft durch aus dem Ofen gefallene brennende Späne eine Menge in der Nähe lagernder Gardinenstangen in Brand geraten. Die Feuerwehr löschte das Feuer in wenigen Minuten und der verursachte Schaden, der durch Versicherung gedeckt ist, ist nur ein unbedeutender.

† **Gefunden** wurden ein Reichskassenschein, ein silberner Kettenring mit Anhänger, ein ledernes Portemonnaie, ein Ledertäschchen mit Inhalt, eine Nerzboa, ein Paket Wäschestücke, ein Revolver mit 19 Patronen, 22 Stück Briefmarken, ein Korbwagen, ein Schnürschuh, Invalidenversicherungspapiere und ein Portemonnaie mit Inhalt. — Zugelaufen ist dem Möbelhändler Hoffmann Fischergasse 7, ein schwarzer Dobermannpintscher.

† **Vermißt** wird der 30 Jahre alte Restaurateur Willi Hübner, Glogauerstr. 2, pt. wohnhaft, seit dem 16. d. Mts.; der 16jährige Kellnerlehrling Herbert Siegert von Ohlauerstr. 8 seit einigen Tagen.

Neueste Nachrichten.

Bergarbeiter-Demonstration in Westfalen.

Bochum, 1. März. (H. T.-B.) Im ganzen Ruhrgebiet fanden gestern über 50, vom alten Bergarbeiter-Verband einberufene von vielen tausend Bergleuten besuchte Versammlungen statt, in denen Stellung genommen wurde zur Berggesetz-Novelle und dem Vorschlage für Einführung einer Kohlen-Steuer. Die größte Versammlung, in welcher der sozialdemokratische Landtags-Abgeordnete Leinert als Haupt-Redner auftrat, hatte auf dem hiesigen Hüller-Hofe stattgefunden. In einer Versammlung in Essen-West, wo der Reichstagsabgeordnete Sachse sprach, kam es zu zeitweilig lärmenden Szenen und stürmischen Auseinandersetzungen mit christlichen Gewerkschaftlern, die versuchten, die Versammlung zu sprengen. In allen Versammlungen wurde zur Berggesetznovelle eine Resolution angenommen, in welcher ein Reichs-Berggesetz verlangt wird.

Die Balkankrisis.

Petersburg, 1. März. Die russische Regierung teilt dem serbischen Kabinett mit, daß eine Erklärung Serbiens über territoriale Erwerbungen bei den Mächten weder Sympathie noch Unterstützung finden würde, und daß Serbien ihre Zuneigung sich nur erhalten könne, wenn es auf den erwähnten Forderungen nicht bestehe, die einen bewaffneten Konflikt mit Oesterreich-Ungarn hervorrufen könnten. Im Hinblick auf die von der serbischen Regierung ausgesprochene Absicht, den Wünschen der Großmächte Rechnung zu tragen, rate ihr Rußland, kategorisch zu erklären, daß sie auf Territorialforderungen nicht bestehe und in allen auf der Tagesordnung stehenden Fragen sich vollständig auf die Entscheidung der Mächte verlasse.

Schon wieder eine Englandreise.

Berlin, 1. März. (H. T.-B.) Nach dem Vorschlage des Oberbürgermeisters Kirschner soll der an die Stadt Berlin ergangenen Einladung des Lordmajors von London zum Besuche Londons von 20 Stadtverordneten und 10 Magistratsmitgliedern Folge geleistet werden. Der Besuch findet entweder in der Woche vor oder nach Pfingsten statt.

Mord im Eisenbahnzuge.

Dirschau, 1. März. (H. T.-B.) Der Wirtschaftseleve van der Velden, der den Rechnungsführer Ehlert im Eisenbahnabteil zweiter Klasse erschoß, gab bei seiner Vernehmung an, daß er von Ehlert beschimpft und aufs äußerste verletzt worden sei. In der Erregung habe er Ehlert erschossen. Als er dann an die geringen Geldmittel dachte, die er besaß, mit denen er nicht weit kommen konnte, habe er dem Erschossenen 70 Mk. abgenommen.

Schiffszusammenstoß.

Paris, 1. März. (H. T.-B.) Aus Marseille wird hierher telegraphiert, daß der aus Algier kommende Schnelldampfer Ville d'Algier zwischen dem Schloß If und dem Marineleuchtturm von dem gleichfalls aus Algier kommenden Passagierdampfer Orleans an Backbord getroffen wurde. Ville d'Algier sank mit dem ganzen Warenvorrat. Die Passagiere wurden bis auf einen, der über Bord stürzte, gerettet. Der Dampfer Orleans befindet sich noch nicht außer Gefahr.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags.
Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

W. H. 19. Die der Frau gehörigen Sachen können wegen Schulden des Mannes überhaupt nicht gepfändet werden. Der Ehevertrag auf Gütertrennung war deshalb nicht nötig.

Monteur. 1. Die Ehefrau hat in diesem Falle nach dem Gesetz Unterstützung nicht zu fordern, wohl aber die Kinder. 2. Die Frau und die Verwandten müßten auf Herausgabe der Sachen verklagt werden. 3. Ja, beim Amtsgericht. 4. Nein. 5. und 6. Der Bruder ist in jedem Falle verpflichtet, für seine Kinder zu sorgen und das Krankengeld kann ihm gepfändet werden; aber ersuchen Sie Magistrat und Kasse, daß sie angesichts der schlimmen Lage des Bruders das Krankengeld nicht sperren. 7. Nein, beantragen Sie gerichtliche Entscheidung. 8. Lassen Sie diese Angelegenheit auf sich beruhen.

R. Ferdinand Lassalle'sche Stiftung in Breslau, Blücherplatz 14 (Magistrats-Bureau IX).

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 1. März:

Volksversammlung.
Zimmerer. Versammlung Zimmer 2.
Bildhauer-Verband. Bibliotheksabend von 5—7 Uhr. Zimmer 5.

Dienstag, den 2. März:

Steinsetzer. Versammlung Zimmer 1.
Metallarbeiterverband. Gaukassierer-Versammlung Zimmer 2.

Mittwoch, den 3. März:

Handlungsgehilfen. Versammlung Zimmer 3 u. 4.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der nächste Zahlabend ist Montag, den 8. März.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Neumarkt.

Land-Distrikt 9.

Groß-Tschansch. Mittwoch, den 3. März, Abends 8 Uhr, bei Pajung in Kohlretscham. Vortrag des Genossen Schütz.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky A.-G. — Sämtlich in Breslau.

Am 26. v. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden die Frau unseres Mitarbeiters und Kollegen, 985

Elisabeth Weidlich.

Ihr lebensfroher, heiterer Sinn sichert ihr bei uns ein dauerndes Andenken.

Sämtliche Organisierte der Union-Brauerei Grüneiche

Beerdigung: Dienstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Josephstiftes nach dem Laurentius-Kirchhof.

Am 27. Februar, abends 8 Uhr, verschied nach langem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenen Leiden unsere innig geliebte Tochter und Schwester

Frl. Anna Gans

im 22. Lebensjahre. 989

Dies zeigen tiefbetrübt um stille Teilnahme bittend an

Josef Gans u. Frau, nebst Geschwistern.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbschener Kirchhofes.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Gattin und Mutter sage ich allen, insbesondere den Herren Paradeuren, meinen herzlichsten Dank.

Der trauernde Gatte

Traugott Kahlert,

986 nebst Angehörigen.

Residenz-Theater

Tonbild-Variété

Breslau, Gartenstraße 53, Liebichs Vorderhaus, r. Gesellsch.-Saal

Direktion: **Georg Chemise.**

Uebertrifft Alles.

Angenehmer Aufenthalt für Damen, Herren und Kinder.

Hochinteressantes Programm.

Unter Anderem:

Die Tochter des Seemanns.

Großes Drama mit wunderbaren Naturaufnahmen sowie

Die Geschenke der Fee.

Koloriert, in herrlicher Farbenpracht.

Täglich von 4—11 Uhr abends.

Grosse Vorstellung.

Einlaß fortwährend.

Jeden Montag: 983

Programmwechsel.

Stamm-Seidel.

Vereins-Seidel, [987

Geburtstags-Seidel,

Hochzeits-Seidel,

Jubiläums-Seidel,

in großer Auswahl empfiehlt

Otto Miksch,

Kupferschmiedestraße 17.

Die öffentliche Beleidigung, die ich gegen Fräulein **Elfriede Kahnt** im [illegible] Restaurant, Schmiedebrücke [illegible] ausgesprochen habe, nehme ich, da ich falsch unterrichtet war, nach [illegible] Vergleich zurück und leiste hiermit Abbitte.

Breslau, den 27. Februar 1909.

984 **Georg Wegener.**

Tüchtige Nähterinnen

zur Konfektion sucht 984

Wutke, Humboldtstraße 16, III.

Ordentliches sauberes Mädchen

z. Dienst. u. zu 2 Kindern kann sich [illegible] meld.

Biller, [illegible] 979

Tücht. Lederfärber

finden dauernde und lohnende Beschäftigung.

Fr. Arnold & Hasenstrauch,

Handschuhfabrik,

990 **Hameln.**

Schneider-

Gesellen und Mädchen

[illegible] **Aversbach,** Lessnerstraße 81 S3.

Billiger

Möbel-Ausverkauf

wegen Aufgabe des Ladens **Kurze Gasse 30.**

Tischlermeister **Bartsch.** 981

---

ff. Batavia-Arrak,

„ Jamaica-Rum,

„ französische und deutsche Kognaks,

„ Punsche u. Tafelliköre

empfiehlt 3172

Edwin Delahon

Breslau, Neumarkt 6.

Flaschenverkauf

im Comptoir, Hof, part.

Pfänder-Auktion

Mitte März 1909 579

Pfandleih-Institut

Matthiasstraße 113, 1. Etage.

Möbel

Anzahlung Nebensache!

Einzelne Stücke, ganze Einrichtungen.

Auf bequemste

Teilzahlung

Anzüge

Ueberzieher,

Max Biermann,

52 Ring 52, 1. Etg.,

neben der Stockgasse.

Filiale:

Waldenburg i. Schl.

Auch nach auswärts.

987

Ausverkauf

von Haarschmuck, Pfeilen, Seitenkämmen, Nadeln etc. etc.

[illegible] wegen Aufgabe dieser Artikel

zu herabgesetzten Preisen.

London & Co., Oderstr. 5,

zweites Viertel vom Ringe.

Feuerversicherung

sowie **Lebensversicherung** auch für **Kinder,** vermittelt 1744

Ernst Zahn,

Ritterplatz 5, III.

Solidaria Fahrräder.

Das beste Rad der Gegenwart.

Lieferung auf Wunsch gegen

Teilzahlung.

Anzahlung 20—40 M. Abzahlung monatlich M. 8—10. Reichsräder bei Barzahlung v. M. 56.— an. Zubehör billigst. Katalog umsonst.

J. Jendrosch & Co.

Charlottenburg No. 54.

Ich kaufe gebr. Möbel bei plötzl. Fortreise, Todesfall, Umzug. Kaufe ganze Wohnungs-Einrichtg. gegen sofortige Zahlung. 982

Wahler, Gartenstr. 36.

Gebr. billige Möbel 982

Schränke, Vertikows, Bettstell., Sofas, Kommoden, Spiegel, Tische, ganze Stuben-Einrichtungen zu verkaufen.

Friedrichstraße 66, am Luisenplatz.

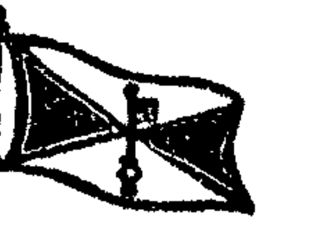
Die Volksschule wie sie ist

von **Otto Rühle**

Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Riesige Fänge — Billige Preise



Cabliau und Goldbarsch

von diesen beiden Fischarten traf heute Nacht eine große

Waggonladung

hier ein. Wir verkaufen **beide Sorten** 081

Montag früh von 8 Uhr ab

per Pfd. mit 20 Pf.

D. D.-F.-G. „Nordsee".

Oeffentliche politische Versammlung.

Mittwoch, den 3. März 1909, abends 8 Uhr,

im „Deutschen Kaiser" zu Altwasser:

Große öffentliche Protest-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Das Steuer-Attentat auf den Tabak".
   Referent: Gauleiter **Clement,** Breslau.
2. „Die Raubritter im Zirkus Busch".
   Referent: Arbeiter-Sekretär **Osterroth.**
3. Freie Diskussion. 989

Der Einberufer

Paul Hirche, Neu-Weißstein, Bergstraße 10.

---

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren

prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack

100 Stück 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.

empfiehlt gegen Nachnahme 2636

Zigarren-Fabrik E. Lampke.

Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:

Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.

Filialen: **Matthiasstraße 16,** Ecke Schrotgasse,

Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77.

Jeder Leser einmal **Extra-Vergünst.** 30 schöne Bückl. u. 40 Delikatess- u. Brathr. u. 20 Rollmöpse und Bismarckheringe, 20 grösste schönste Ia. M Fettheringe u. 1 f. Anchovis u. 1 f. Aal u. 1 f. Lachs u. 1 Fischkochbuch. — 10 Sorten mit Verpackung nur 2,75. **H. Degener, Swinemünde 552.**

Wir empfehlen:

— Gute Remittenden-Exemplare! —

Die Geschichte der glänzenden Ebene,

von William Morris,

gbd., anstatt Mk. 4.00 **Mk. 1.50**

Der Meister von Bayreuth,

von Dr. A. Kohut,

Neues und Intimes aus dem Leben Richard Wagners,

anstatt Mk. 3.00 **Mk. 1.00**

Die Eroberung der Luft,

Luftschiffer-Roman von Oskar Hoffmann,

anstatt Mk. 1.80 **Mk. 0.70**

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht.

„Der wahre Jakob".

Sozialdemokratisches Witzblatt.

Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Stadt-Theater.

Montag 7½ Uhr: Zum 2. Male:

„Tantris der Narr".

Dienstag, 7½ Uhr:

„Martha"

oder Der Markt zu Richmond.

Mittwoch, 7 Uhr:

„Lohengrin".

Donnerstag, 7½ Uhr:

„Ein Wintermärchen".

Freitag, 7½ Uhr:

„Tannhäuser".

Lobe-Theater.

Montag 7½ Uhr:

„Die Dollarprinzessin".

Dienstag, 7½ Uhr:

„Das Glücksschweinchen".

Mittwoch, 7½ Uhr:

„Moral".

Donnerstag, 7½ Uhr:

„Das Glücksschweinchen".

Freitag, 7½ Uhr:

„Moral".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Dienstag:

Humboldt-Verein: (Abonnem.-Vorstellung)

„Die Rabensteinerin".

Mittwoch

Humboldt-Verein

Volks-Vorstellung:

„Bruder Straubinger".

Donnerstag:

Gruppe J 1. Vorstellung:

„Die Haubenlerche".

Freitag:

Gruppe K 1. Vorstellung:

„Die Haubenlerche".

Schauspielhaus

Montag 8 Uhr:

„Der König".

Dienstag, 8 Uhr:

„Die Förster-Christel".

Mittwoch, 8 Uhr:

„Der neue Dirigent".

Donnerstag, 8 Uhr:

„Die Förster-Christel".

Freitag, 8 Uhr:

„Der König".

Liebich's Etablissement.

Schneider-Duncker

Pariser Luft-Ballet

und das neue Programm.

Anfang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater.

Gastspiel Leonhardy

Haskel.

Dazu das brillante

März-Programm.

Anfang 7½ Uhr.

Bons wochentags gültig.

Zeltgarten.

Dir. **H. Krsinsik.**

W. Hasse

mit seinem berühmten

Burlesken-

Ensemble.

Außerdem neue Spezialitäten.

Palmengarten

Dir. **H. Krsinsik.**

Heute Montag:

Urgemütliches

Bockfest

mit Geschenkverteilung:

Jubel und Trubel!

2 Kapellen!

---

8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Bezugsquellen-Verzeichnis der „Volkswacht" für das niederschlesische Industriegebiet.

Erscheint 3mal wöchentlich. — Erscheint 3mal wöchentlich.

Central-Annonce, Waldenburg.

Abzahlungsgeschäfte.

Grüner, O., Waldbg., [illegible] 6 u. [illegible]
Demisch, F., Waldenburg, [illegible] 1.

Bäckereien u. Konditoreien.

[illegible], A., Waldenburg.
Böhm, Robert, Fellhammer.
[illegible], Hermann, Neu-Salzbrunn.
[illegible], O., Fellhammer, [illegible]
Enderlein, Bruno, Freiburg i. Schl.
Frenzel, A., [illegible]
Hoffmann, Robert, Dittersbach 172.
Jung, Carl, Fellhammer.
[illegible]berg, Heinrich, Gottesberg.
Köhler, Gustav, [illegible] 64.
[illegible], Paul, N.-Hermsdorf.
Siegner, C., Ob.-Waldenbg., [illegible] 16.
[illegible], B., Ob.-Waldenbg., [illegible] 1.
[illegible] A., Altwasser I, 21 (a. 1. 1. 09 [illegible])

Bier-Brauereien.

[illegible]-Brauerei, Gottesberg.
[illegible] & Sohn, N.-Waldenburg.
[illegible] & Co., Freiburg i. Schl.
[illegible] Ob.-Waldenburg.
[illegible], F., Freiburg i. Schl.
Stadtbrauerei, Freiburg i. Schl.
[illegible] Brauerei (R. [illegible]), Striegau.

Cigarrenhandlungen.

[illegible], Freiburg i. Schl., [illegible]
[illegible], Gustav, Neu-Waldenburg.
[illegible], Heinr., Dittersbach 18.

Damen-Konfektion.

Milke, G. A., Hirschberg, Mäntel, Blusen, Röcke, [illegible]

Drogen u. Farben.

Drogerie „Glück auf", Fellhammer.
Germania-Drogerie, Gottesberg.
„Glück auf"-Drogerie, Gottesberg.
[illegible], Ernst, Freiburg i. Schl.
Ringel, Arthur, Altwasser I, 21 a.

Eisen- u. Stahlwaren.

[illegible], Romanus, Gottesberg.
Thäsler, Hermann, Gottesberg.

Fahrräder u. Nähmaschinen.

Böhe, Ferd., Freiburg i. Schl.
Demisch, F., Neu-Weißst., Gottesberg.
Kahl, Bernh., Freiburg i. Schl., [illegible]
Kahlert, J., Gottesberg.

Fleischereien.

[illegible], Hermann, Altwasser II, 10.
[illegible], W., Fellhammer, [illegible]
Schäler, Gustav, Fellhammer, [illegible]

Galanterie-, Leder- u. Spielwaren.

[illegible], C., Freiburg, [illegible]
Peters, Paul, Waldenburg, Schenkstr. 1, Ecke Freiburger.
Schmiedel, Altwasser, vis-à-vis Apotheke.

Gemischt-Waren.

Brand & Name, Weißstein.
[illegible], Heinr., Dittersbach Nr. 4.
[illegible], W., Dittersbach, [illegible]
Schilbert, A., Weißstein, [illegible] 86.

Haus- u. Küchengeräte.

[illegible], O., Gottesberg.
[illegible]
[illegible], G., Fellhammer, [illegible]
[illegible]mann, Karl, Gottesberg.

Herrengarderobe.

Andrich, Emanuel, [illegible]
Behrendt, W., Hirschberg, [illegible] 12
Bittner, F., [illegible] Striegau, [illegible]
Conrad, Franz, Gottesberg.
Deutsches Kaufhaus, Altwasser, Herr.-Art.
[illegible], Hirschberg, [illegible] 10, [illegible]
Lachmann, Louis, Freiburg i. Schl.
Lipper, B., Jauer, [illegible] 35.

Konfektionshaus „Merkur"
Fellhammer Nr. 68.
Größtes Spezialgeschäft am Platze.

Meyer, Karl, Hirschberg, Langstr. 19, Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Hirschberg.
Danisch, H., Waldenbg., Charlottenstr. 16, [illegible]
Pohl, A., Dittersbach 177, [illegible]
Bulsch, Adolf, [illegible]
Semper Nachf., M., Inh.: G. Riebel, Schenkstr. 16, (Kranz).
Silbermann, M., Waldenbg., Gottesberg.
[illegible]feld, M., Jauer, [illegible]
[illegible], M., Hirschberg, [illegible]

Hüte, Mützen, Pelzwaren.

Cyr, Arth., Waldenburg, [illegible], [illegible] 33, [illegible]
[illegible], [illegible], Gottesberg.
[illegible], Oskar, Freiburg.
[illegible], Freiburg i. Schl.
[illegible], C., [illegible]
[illegible], Waldenburg, Friedl. Str. 27.

Kaufhäuser.

Barnett, M., Freiburg i. Schl.
Knappe, Altwasser, [illegible]
Pförtner, Reinh., Gottesberg.
Pinoff, Georg, Hirschberg i. Schl.
Reiß, Paul, Nieder-Hermsdorf 125/127.

Kleiderstoffe u. Seidenwaren.

Becker, Theodor, Freiburg i. Schl.
Haacke, Hermann, Freiburg i. Schl.

Kolonialwaren.

Beer, C., Dittersbach 148 a, Drogen.
Bergmann, Ernst, Dittersbach, Destillat.
Bergmann, R., Altwasser I, 7, Email.-W.
Feige, Paul, Gottesberg.
Hänel, [illegible], Dittersbach, Email.-, Manuf.
Hanschild, Fellhammer, Haus- u. Küchenger.
Heinze, Fellhammer, Haus- u. Küchg., Bür.
Kalms, Ad., Freiburg i. Schl., Zigarr. u. Zigaretten.
Krügel, A., Altwasser, [illegible]
Kubat, Franz, Altwasser, [illegible]
Leonhardt, J., Fellhammer, [illegible]
Martin, Fellhammer, [illegible]
Rittner, Altwasser, [illegible], Email.-W. etc.
Schäfer, Fellhammer, [illegible]
Schokoladenhaus Reichmann, Waldbg.
Scholz, Fellhammer, Spirit., Küchenger.
Steiner, O., Fellhammer, Drog., Spirit.
Taubig, Gust., Fellhammer, Spirituosen.
Wachsmann, Paul, Gottesberg.
Walter, O., Weißstein, [illegible]
Weinhold, O., Altwasser, Haus- u. Küchenger.

Manufaktur- u. Modewaren.

Gottwald, Hirschberg, [illegible] 10, [illegible]
[illegible]
Nerger, (Kräsig), Freiburg, [illegible]
Pfortner, P., [illegible], Waldenbg., [illegible] 2.

Schröter, C., Fellhammer, auch Schuhw.
Sindermann, P. H., Altwasser, Fahrr. Nähm.
Waldenb. Warenh., A. Hecht, Friedl. Str.

Möbel-Magazine.

Bartsch, J., Waldenburg, Gottesbergerst. 24.
Bittner, C. M., Altwasser, Möbel u. Särge, billigste Preise.
Hoffmeister, O., (H. Förster), Striegau.
Kadur, F., Gottesberg.
Minde, Herm., Freiburg.
Mücke, Alfons, Gottesberg.
Rößler, C., Weißstein, Hauptstr. 43.
Rutsch, Fellhammer, auch gebr. Kldg., Stiefel.
Springer, C., Altwasser, Tischlermeister.

Musik-Instrumente.

Bartsch, F., Waldenbg., Gottesbergerst. 2, Freiburgerst. 21 u. Neurode, Schuhmst. 151.
Seifert's Musikwarenhaus, Hirschberg.

Papier- u. Schreibwaren.

Deutschel, Aug., Altwasser, Promenade.
Hötzel, G., Altwasser III, 12, Glas u. Porz.
Schiedeck, Max, Gottesberg.
Schöpert, Bruno, Freiburg.
Welz, Gebr., Ob.-Waldenburg, Kirchstr. 27.

Photogr. Ateliers.

Anlauf, Aug., Gottesberg.
Abel, B., Altwasser, Nieder-Salzbrunn.
Neugebauer, A., Gottesberg.
Stricker, Paul, Altwasser, Waldenburg.

Schuhwaren u. Schuhmacher.

Alscher, Gebr., Freiburg i. Schl.
Burger, Schuhfabrik Waldenbg., Ring 21.
Förster, Paul, Gottesberg.
Jüptner, A., Waldenburg, Friedl. Str. 7.
Kabbler, Herm., Altwasser 1, 29 a.

Laute, O., Altwasser, Mech. Betrieb-Anst.
Maibaum, Oskar, Altwasser, ev. Kirche.
Pusch, Ad., Waldenburg, Ring 12.
Renner, Herm., Altwasser III, 21 D.
Reusemann, R., Gottesberg, Landeshutst.
Schnabb, D., Jauer, Königstr. 23.
Schreiber, Emil, Freiburg i. Schl.
Simon, Karl, Gottesberg.
Tödtmann, Gust., Waldenburg, Markt 5.
Tscherkich, C., Fellhammer, Grenze.
Wendland, J. A., Hirschberg, Langst. 1.
Wollner, F., Charlottenbrst. 18, Kais.-Wilhpl. 9.

Uhren u. Goldwaren.

Büttner, Fritz, Gottesberg.
Ertner, Alfred, Striegau, Ring 2, Musikw.
Fehst, Alfred, Gottesberg.
Güttler, O., Fellhammer, Musikw., Fahrr.
Hanke, G., Ob.-Waldbg. Chausseest. 29, Opt.
Hornig, Fr., Altwasser, vis-à-vis Bahnhof.
Kästner, Herm., N.-Hermsdorf.
Reischer, Rich., Waldenbg., Schlußstr. 1.
Mende, H., Waldenburg, Mühlenstr. 21.
Nerger, H., Waldenburg, Charlottenbgstr.
Schmidt, E., Hirschberg i. Burgst. 19, Opt.
Siegel, H., & Sohn, Freiburg i. Schl.
Strauch, Carl, Gottesberg.
Thyroll, M., N.-Hermsdorf 141.
Zinnecker, H., Gottesberg.

Putz, Wäsche u. Wollwaren.

Degwert, C., N.-Hermsdorf, Putz, Tapisserie.
Dinter, A., Schürzenfabrik, Waldenburg.
Heinz, E., (Inh. M. Sentag), Altwasser.
Hesse, Max, Waldenbg., Freiburgerst. 4, Trikotagen, Strümpfe etc.
Pewin, Martin, Waldbg., Gottbgst. 26, Wäsch., Trikotg., Kurzw.
Mer, Oskar, Sortimentsgesch., Hut-Fellh.
[illegible]
Sortiment, O. Finke, Jauer, Mode-Pelzw.
Zeiner, M., Altwass., Damenputz, Herrenart.

Beilage zu Nr. 51 der „Volkswacht".

Dienstag, den 2. März 1909.

Ein dreister Gewaltakt gegen die Schauspieler.

Bekanntlich ist zwischen dem deutschen Bühnenverein, der Unternehmerorganisation im Deutschen Theaterwesen, und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, der Vereinigung der Schauspieler und Schauspielerinnen, ein erbitterter Kampf ausgebrochen, der seine äußere Veranlassung in der Ablehnung des vielgenannten Vertragsentwurfes durch die Generalversammlung der Genossenschaft am 10. Dezember 1908 hatte. Die rücksichtslose, freimütige Sprache der Künstler auf ihrem Delegiertentage hat den Bühnenver[illegible] die Herren Direktoren, arg verschnupft und sie zu einer Aktion veranlaßt, die ganz im Stile der bekannten Unternehmerwillkür ist und brutal den Herrenstandpunkt herauskehrt. So ist auch die anmaßende Veröffentlichung zu erklären, die der Präsident des Bühnenvereins, der Berliner Hofintendant von Hülsen-Häseler, am 30. Januar erließ, und die jetzt den Kampf von größter Bedeutung machen wird. Diese Bekanntmachung lautet:

„Es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn die gewissenhaften Delegierten bei sachlicher Prüfung des Vertrages nach Pflicht und Gewissen und auf Grund ihres Mandats die Ablehnung vollert hätten, sie trotzdem unserer vollen Achtung sicher gewesen wären. [illegible] die Annahme des Vertrages vorwiegend in dem Interesse des deutschen Schau[illegible]ndes, nicht in dem der Bühnenleiter.

Und was ist nun geschehen? Statt überhaupt diese ernste Sache in sachlicher Diskussion ernst zu behandeln, wird die Vorlage in einer Hetzversammlung schlimmster Art niedergeschrien, die mühevolle Arbeit langer Jahre ohne ein Wort der Anerkennung verständnislos beiseite gestoßen und ein Präsidium fortgefegt, das, wie ich hier ehrenhalber öffentlich konstatieren will, lange Jahre hindurch im Verkehr mit mir in aufrechter, zäher und kluger Weise die Interessen der Genossenschaft dem Bühnenverein gegenüber vertreten hat. Eine Versammlung von derartiger parlamentarischer Unreife, von einem derartigen Mangel an parlamentari[illegible]chem Takt und Anstandsgefühl, ist weder umgangs- noch verhandlungsfähig. Und ich meine, wir sind es nicht nur der eigenen Würde, nein, vor allem der Würde des gesamten deutschen Schauspielerstandes schuldig, diese Delegiertenversammlung und damit die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger als die Vertreter des deutschen Schauspielerstandes nicht anzuerkennen."

Um zu der so geschaffenen Lage Stellung zu nehmen, hatte die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger für Freitag Nacht eine

Protestversammlung

nach dem Mozart-Saal in Berlin einberufen. Der Einladung waren die Berliner Schauspieler und Schauspielerinnen beinahe vollzählig gefolgt, und auch von auswärts hatten sich viele Mitglieder der Genossenschaft eingefunden. Von Reichstags-Abgeordneten wohnten der Verhandlung bei: Dr. Pfeiffer, Dr. Piper und Racken vom Zentrum und Dr. Südekum, Heine und Hildenbrand von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Das Präsidium der Genossenschaft war durch seine beiden Präsidenten, Hermann Nissen und Emanuel Reicher, vertreten.

Laurence vom Berliner Trianon-Theater eröffnete die nächtliche Versammlung mit einer scharfen Kritik der Beschlüsse des Bühnen-Vereins. Wenn der Bühnenverein unsere Delegiertenversammlung eine Rabauversammlung genannt hat, so können wir darüber mit Achselzucken zur Tagesordnung übergehen. (Sehr richtig!) Es braucht uns auch nicht sonderlich aufzuregen, wenn er uns parlamentarische Unreife vorgeworfen hat. Wenn er aber beschlossen hat, künftig seine Erlaubnis zur Veranstaltung von Wohltätigkeitsvorstellungen für unsere Pensionskasse zu versagen, so fordert das zum schärfsten Protest heraus. (Lebhafter Beifall.) Dieser Beschluß ist nicht gefaßt worden in der Hitze des Kampfes, sondern er ist das Ergebnis tagelang vorhergegangener geheimer Vorbesprechungen. (Hört, hört!) Trotzdem hat man den Beschluß als den einstimmigen Beschluß sämtlicher Direktoren bezeichnet. Der Beschluß ist ein

Verbrechen an der Humanität.

Wir können ihn nicht ruhig hinnehmen, sondern wollen zu der neuen Lage nunmehr Stellung nehmen. (Beifall.)

Das Hauptreferat hielt Gustav Rickelt vom Leipzigtheater. Er war bereits der Vorführer der Opposition auf der Delegiertenversammlung gewesen und fuhr auch heute schweres Geschütz gegen den Bühnenverein auf:

Wir wollen dem Bühnenverein heute die Antwort geben, die ihm gebührt. Solange der deutsche Schauspielerstand sich seiner sozialen Lage noch nicht bewußt, solange er noch nicht erwacht war, waren wir die Freunde des Bühnenvereins. Jetzt hat er uns den Fehdehandschuh hingeworfen, nur weil wir von unserem Recht der Ablehnung der neuen Vertragsregeln Gebrauch gemacht haben. Dabei hat der Bühnenverein selbst auf seiner vorletzten Generalversammlung in Stuttgart die Vertragsregeln abgelehnt. (Hört, hört!) Der Bühnenverein hat uns in seinem bekannten Beschluß das Verständnis für die Lage des deutschen Theaters abgesprochen. (Lachen.)

Wo ist das Verständnis des Bühnenvereins,

das er für sich in Anspruch nimmt? Der Bühnenverein ist nicht imstande, uns zu verstehen, sonst hätte er so unglaubliche Beschlüsse nicht fassen können. (Lebhafter Beifall.) Im § 1 der Statuten des Bühnenvereins steht, daß er auch die Interessen der Theaterangestellten zu wahren hat. Ich klage die leitenden Männer im Bühnenverein an, daß sie ihre Statuten nicht halten. (Sehr richtig!) Eine obligatorische Humanität lehnt der Bühnenverein ab, er will freiwillig human sein. (Gelächter.) Von der humanen Gesinnung der Mitglieder des Bühnenvereins

einige Proben.

Der Hofrat Pollini hatte einen Schauspieler deshalb entlassen, weil er den Kontrakt nicht mit seinem richtigen Vornamen Baruch, sondern mit seinem Theaternamen Bernhard unterschrieben hatte. (Lebhaftes Hört, hört!) Das ging aber selbst dem Bühnenverein zu weit der dem Herrn Hofrat zu bedenken gab, daß er seinerseits ebenfalls seinen richtigen Vornamen nicht unterschrieben hatte; der war nämlich auch Baruch. (Stürmische Heiterkeit.) Der Direktor Adalbert Stefan in Hanau engagierte eine Dame als Schauspielerin und Sängerin für 40 Mark monatlich. (Stürmisches Hört, hört! Pfuirufe.) Vom 14. bis 25. August mußte sie in Putbus auf Rügen und vom 26. August bis 26. September in Homburg v. d. Höhe ohne Bezüge spielen. (Stürmische Pfuirufe.) Die Reisekosten mußte die Dame selbst tragen. (Erneute Pfuirufe.) Nachmittagsvorstellungen wurden nicht extra vergütet. Außerdem mußte sich die Dame verpflichten, einen Monat vor, während und nach der Spielzeit auf keiner Bühne oder sonst öffentlich auf Rügen aufzutreten. (Lebhafte Pfuirufe!) So sieht ein Vertrag des Bühnenvereins aus! Nach dem Statut muß jedes Mitglied des Bühnenvereins unbescholten sein. Ist das ein unbescholtener Mann, der einen solchen Vertrag ausstellt? (Stürmische Rufe: Nein, nein!) Direktor Bergmann in Köln hat einem Schauspieler erlaubt, seine Wohnung in Düsseldorf beizubehalten, später entließ er ihn wegen einer Reise nach außerhalb ohne Urlaub. Diese Reise bestand darin, daß der Schauspieler wie alle Tage seine Wohnung aufgesucht hatte. (Lebhaftes Hört, hört!) Der Intendanzrat Liebig gab über einen talentierten Sänger, der sich verbessern wollte, eine schlechte Auskunft und machte mit ihm, nachdem das neue Engagement dadurch verpfuscht war, einen neuen dreijährigen Vertrag. (Lebhaftes Hört, hört!) Der Hofrat Richardts in Halle, Mitglied des Direktorialausschusses, im Bühnenverein hat eine Sängerin, die auf der Bühne zusammengebrochen war, nach einigen Wochen entlassen und ihr für den Krankenwagen und eine zerbrochene Glasscheibe sechs Mark abgezogen. (Lebhafte Pfuirufe.) Trotzdem sitzt der Herr

noch heute im Direktorialausschuß.

(Hört, hört!) Wenn solche Handlungen geduldet werden, dann muß man an der Ehrlichkeit der Absichten des Bühnenvereins zweifeln. (Stürmischer Beifall.)

Möge der Bühnenverein doch endlich einmal auf die vielen Anklagen Rede und Antwort stehen. Es gibt gewiß hochachtbare und verehrungswürdige Männer in seinen Reihen, aber die leitenden Personen klagen wir an. Will der Bühnenverein leugnen, daß 90 Prozent der Direktoren zu Wohlstand und Reichtum gelangen, während 90 Prozent der Schauspieler darben müssen? Nur 10 Prozent unserer Kollegen bringen es zu einem gewissen Wohlstand, 50 Prozent haben unter tausend Mark Einkommen. Der Bühnenverein hat sich eine Ueberhebung angemaßt und einen so rückständigen Beschluß gefaßt, daß man sich schämen muß, solche Leute an deutschen Theatern wirken zu sehen. (Großer Beifall.) Ich habe den Notschrei eines Kollegen aus Graz in der Hand der typische Fälle dafür anführt, daß der Weg der Schauspielerinnen zum Erfolg

durch die Schlafstube des Direktors

führt. Will der Bühnenverein das leugnen, er möge die Stirn haben! Wir haben Sympathie für jeden, der sozial fühlt und denkt, aber jeden Ausbeuter und Unterdrücker werden wir rücksichtslos bekämpfen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Reichstagsabgeordneter Dr. Pfeiffer (mit lautem Beifall begrüßt) konstatierte dann mit Genugtuung, daß die Wahrheit auf dem Marsche sei. (Lebhafter Beifall.) Die Stunde, in der der Bühnenverein das Sterbeglöcklein der Genossenschaft läutete, war nicht die Sterbestunde, sondern die Geburtsstunde eines neuen Geistes. (Großer Beifall.) Was die besten Redner nicht vermocht haben, das hat der Bühnenverein fertiggebracht mit seinem Beschluß, den Brotkorb höher zu hängen und

die Hungerpeitsche knallen zu lassen.

Er will Ihnen Gnade und nicht Rechte geben. Nun, Sie werden auf seine Gnade verzichten. (Lebhafte Zustimmung.) Dankbar anerkennen müssen Sie die Unterstützung, die Sie bei der gesamten deutschen Presse gefunden haben. Mit Freuden begrüße ich die Aufhebung des Schiedsgerichts und die Unterbreitung Ihrer Rechtsstreitigkeiten unter die ordentlichen Gerichte. (Sehr richtig!) Die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die guten Sitten müssen endlich auch auf Sie Anwendung finden. (Sehr richtig!)

Das Vorgehen des Magistrats von Frankfurt a. M., der die Beschlüsse des Bühnenvereins für seine Theater als nichtig erklärt hat, kann nicht hoch genug geschätzt werden. (Lebhafter Beifall.) Straßburg und Graz sind dem Vorbilde Frankfurts gefolgt. (Erneuter Beifall.) Herr v. Bethmann-Hollweg hat bereits die offizielle Zusage für ein

Reichstheatergesetz

gemacht. (Stürmischer Beifall.) In viel Paragraphen darf es nicht enthalten, denn Ihr Beruf ist nicht Handwerk, sondern Kunst, und es müssen alle Härten vermieden werden, die die Kunst knebeln könnten. (Lebhafter Beifall.) Ich wünsche Ihrem Kampfe den besten Erfolg. (Minutenlanger Beifall.)

Reichstagsabgeordneter **Wolfgang Heine** (Sozialdemokrat) gleichfalls stürmisch begrüßt, überbrachte die Sympathie der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. (Stürmischer Beifall.) Ihre Klagen sind nichts Neues. Ein Teil der Presse hat immer schon darauf hingewiesen. Aber es bedurfte erst des Versuchs eines

neuen dreisten Gewaltaktes,

um die gesamte Oeffentlichkeit auf Ihre Seite zu bringen. Die vorgetragenen Vertragsbrüche beweisen, daß es unter Ihren Gegnern Leute gibt die denken: wer sich nicht schämt, wird nicht zuschanden! Schämen Sie sich auch nicht, dann werden Sie nicht zuschanden werden. (Lebhafter Beifall.) Schämen Sie sich nicht, Hetzer genannt zu werden, denn zu allen Zeiten hat man die, die für die Freiheit und Ehre ihres Berufes, gegen wirtschaftliche Nöte für eine Besserung ihrer Lage gekämpft haben, als Hetzer bezeichnet. (Sehr richtig!) Sie haben ja schon einen Erfolg gehabt. Sie haben selbst die zögernde und ängstliche Regierung bewogen, ein Versprechen abzugeben. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Ihrem Wunsche nach gesetzlicher Regelung der Arbeits- und Dienstverhältnisse aller Bühnenangehörigen will man nachkommen. Man will ein Theatergesetz erlassen. Wir haben schon 1896 im Reichstage den Versuch gemacht, wenigstens das Schlimmste zu beseitigen und dem Schauspieler wenigstens das zu verschaffen, was ihm die Gewerbeordnung jedem Arbeiter gibt, nämlich daß die Kündigungsbedingungen für beide Teile gleich sein sollen. (Lebhafter Beifall.) Man hat das damals aber abgelehnt und gesagt, das gehöre nicht zur Sache. (Hört, hört!) Wenn Sie jetzt nicht ruhig bleiben, wenn Sie weiter „hetzen", wenn Sie das Eisen schmieden, solange es warm ist, dann werden Sie auch etwas erreichen. Aber erwarten Sie nicht allzuviel von der Gesetzgebung. Das liegt in der Natur Ihres Berufes. (Sehr richtig!) Verträge, wie sie hier vorgelesen worden sind, würde sich

kein Arbeiter gefallen lassen.

Ihre Arbeit ist nicht leicht, sie erfordert den ganzen Menschen und frißt den ganzen Menschen auf. Darum können Sie verlangen, daß die Gesetzgebung Sie schützt vor unbilligen, ehrenrührigen, Ihre Arbeitskraft lähmenden und Ihre Arbeitslust tötenden Zumutungen. (Stürmischer Beifall.) Wenn Sie sich solche Verträge gefallen lassen, dann liegt das daran, daß Sie zu spät angefangen haben, sich zu organisieren. (Sehr richtig!) Ihr Kampf steht auf einer hohen Warte. Sie kämpfen auch für die

Freiheit der geistigen Arbeit

in Deutschland überhaupt. Denn die geistige Arbeit ist bei uns noch rechtlos. Sie hat die Rechte, die sich die Hand-

Lobe-Theater.

„Das Glücksschweinchen". Operette in 4 Bildern von Leo Stein und Karl Lindau. Musik von S. Eysler.

Nach einer Idee von D. Jonnda! Die „Idee" ist garnicht übel, wenn sie auch nicht gerade neu ist. Schon in „Girofle-Girofla" und in „Tata-Toto" ist das Motiv der Zwillingsgeschwister und der Geschwister-Aehnlichkeit zu wirksamen Doppelrollen verwertet worden, nur mit dem großen Unterschied, daß jene Vorbilder weit geistreicher erfunden sind und die betreffenden Rollen weniger anstrengend und dafür bedeutend dankbarer erscheinen. Prinzessin Bébé, die Tochter des Großherzogs von Sirien — dieses Wort muß unbedigt mit dem österreichen Ausdruck „Stier" = blöde zusammenhängen —, soll den ebenso reichen wie blödsinnigen Prinzen Jerome — der Prinz ist sehr reich — heiraten, geht aber mit dem Grafen Stello — er nichts, ihm nichts — durch. Eine Blumenhändlerin, namens Bibi, eine uneheliche Tochter des Großherzogs, die der Braut den Myrtenkranz bringt, wird für die durchgegangene Venus ausgegeben. Bibi liebt den Kammerherrn Passepoile, die Liebenden sind zum Schluß vereint und Jerome erhält den Laufpaß, da er sich in seinem Liebeshunger hat dazu verleiten lassen, Bébés Freundin öffentlich zu küssen. Wie man sieht, ist die „Handlung" sehr durchsichtig und die Verfasser haben nichts getan, um ihr Textbuch auf ein höheres Niveau zu heben. Der Komponist auch nichts. Wenn den Textdichtern nichts einfällt, wird ein Duett gesungen oder man springt auf der Bühne umher mit Trommelbegleitung und das Publikum, wahllos wie es ist, klatscht wütend und läßt sich diejenigen Nummern, in denen bis zur Atemlosigkeit gehopst wird, zweimal vormachen. Die Musik ist auch wahllos, paßt also zu dem Publikum. Die Melodien sind banal, nur zum geringsten Teil sorgsam instrumentiert (daher dirigierte wohl auch Herr Rosenberg aus einem Klavierauszug und nicht aus einer Partitur) und klingen alle Augenblicke an längst Bekanntes an. Von Schlagern, die Anspruch auf eine Beachtung oder Popularität hätten, ist keine Spur.

Nur durch die gute Vertretung der Hauptpartien kam der äußere Erfolg zustande, eine innere Berechtigung hierzu liegt nicht vor. Frau Mayerhofer erfang und ertanzte sich einen Bombenbeifall, Herr Brod und Herr Fröhlich waren hochkomisch und Herr Horsten machte gute Figur und sang auch recht schön. Herr Siewert hatte am Tage vorher die wenig markante Rolle des erkrankten Herrn Siege übernommen und führte sie gesanglich sehr schlagfertig durch; im Dialog wußte er sich gut zu helfen. Die Inszenierung war, wie immer in der Operette des Lobetheaters, eine splendide und geschmackvolle. Wenn es möglich ist, daß eine so überaus feine komische Oper wie „Der tapfere Soldat" nach wenigen Aufführungen spurlos in die Versenkung fällt, dann ist es auch leicht möglich, daß das „Glücksschweinchen" — borstig wie diese Tiere nun einmal sind, ein Jubiläum feiert, ehe aus ihm Wurst gemacht wird.

Die Orchestervorspiele gingen wieder in einem wüsten Lärm der Unterhaltung unter und die Zuspätkommenden machten sich im Parkett sogar während der ersten Szenen dadurch unangenehm bemerkbar, daß sie unbescheidenerweise ihre Plätze aufsuchten, anstatt bescheiden bis zum Schlusse des Aktes im Gang zu stehen. Warum klopft Herr Rosenberg nicht zum Beginn der Ouvertüre und warum öffnet man die Türen während der Musik? Wer zu spät kommt, muß es sich gefallen lassen, erst nach Beendigung eines Musikstückes hineingelassen zu werden. Die Direktion degradiert ihr Theater zu einem Varietee, wenn sie solche Ungehörigkeiten duldet. H. M.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die „Elektra" macht die Kapellmeister invalid. Unfallverhütungsvorschriften für Kapellmeister und Musiker werden die Fortschritte der modernen Opernkompositionen bald erforderlich machen. Wie dem „Berl. Tagebl." aus Dresden berichtet wird, wurde Generalmusikdirektor Schuch, unter dessen Leitung Richard Strauß' „Elektra" auf der Dresdener Hofbühne die Feuertaufe erhielt, von einem Unfall betroffen. Als die dritte Wiederholung der „Elektra" stattfand, erlitt der Dirigent infolge der Ueberanstrengung eine Muskelzerreißung im rechten Arme. Trotz des Schmerzes wich er nicht von seinem Dirigentenplatz. Das begeisterte Publikum hatte keine Ahnung von dem Unfall. Aber am andern Tage mußte Schuch ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Shakespeares Handschrift. Zu den vielen Rätseln, die die Persönlichkeit Shakespeares umgeben, gehört unzweifelhaft das Problem seiner Handschrift. Ist es schon an und für sich höchst merkwürdig, daß wir nicht das geringste autographische Fragment weder von seinen 37 Dramen, noch von seinen ziemlich zahlreichen Gedichten (Sonetten) besitzen, so mußte die Abwesenheit von irgendwelchen sonstigen Autographen aus seiner Hand geradezu frappieren. Freilich ist dieser Mangel an Briefen oder sonstigen Manuskripten nichts Verwunderliches, wenn man sich vor Augen hält, daß Shakespeares Zeitgenossen und unmittelbare Nachfolger nicht jenes Gewicht auf Handschriftliches legten wie unsere Zeit. Wir besitzen von des Dichters Hand als authentisch nachgewiesen im ganzen sechs Unterschriften seines Namenszuges. Das ist alles, was wir von diesem Größten als eigenhändig geschrieben kennen. Zwei dieser Signaturen befinden sich auf einer Kaufs- und einer Verpfändungsurkunde, eine steht in Florios Uebersetzung der „Essays" von Montaigne, und die übrigen Unterschriften gehören zu dem aus mehreren Bogen bestehenden Testamente des Dichters. Es sind im Laufe der Jahrhunderte wohl noch mehrere Namensfertigungen Shakespeares aufgetaucht, die sich aber als Falsifikate erwiesen. Nunmehr versucht eine Dame, Fräulein Thumm-Kintzel, den Nachweis, daß nicht nur die Unterschriften auf dem Testamente, das sich in London befindet, von Shakespeare herrühren, sondern daß er das ganze Schriftstück eigenhändig geschrieben habe. Die vorletzte Nummer der „Illustrated London News" bringt die genauen Reproduktionen der vorhandenen Unterschriften und mehrere Teile aus dem Testamente, und tatsächlich sind überraschende Gemeinsamkeiten in den beiden Schriften nicht zu verkennen. Man nahm bisher an, daß Shakespeares Testament von der Hand des Schreibers Francis Collins und des Notars William Bryde stamme, doch sind die Züge dieser beiden, wie aus den Reproduktionen hervorgeht, nicht mit der des Testamenttextes identisch. In den kleinen und großen Buchstaben der Shakespeareschen Unterschriften finden sich Eigenheiten, die das Testament ebenfalls konsequent aufweist, was allerdings sehr zu Gunsten der Hypothese Fräulein Thumm-Kintzels spräche. Wenn dem so ist, dann wird wieder eines der Hauptbollwerke der Baconianer zertrümmert, die da unter anderem gegen die Autorschaft Shakespeares an den berühmten Dramen ins Treffen führten, daß der Schauspieler kaum die Feder zu führen vermochte und so unmöglich die Stücke verfaßt haben konnte.

Aus aller Welt.

Ein Idyll aus dem Polizeistaat. Am 20. August 1908, Abends nach 10 Uhr, saß der Schankwirt Welle mit seiner Frau friedlich in der Küche seiner Wohnung in Tegel. Plötzlich hörten sie an der Korridortür ein Poltern. Die Frau ging mit der Lampe hinaus, öffnete die Tür und erhielt sofort einen Schlag ins Gesicht — wie sich später herausstellte, von dem Polizeisergeanten Megow, der eine Treppe höher wohnte. Auf die Hilferufe der Frau eilte ihr Mann herbei, der noch mit ansehen konnte, wie Megow die Frau mit den Füßen bearbeitete und den Degen ziehen wollte. Welle versuchte den Polizeibeamten hinauszudrängen, dieser aber hielt den Fuß zwischen die Tür, folgte dem Welle und schlug ihn mit einem Revolver mehrmals auf den Kopf, so daß er blutete, bis die Welleschen Eheleute in die Küche flüchteten. Während die Eheleute gemeinsam die Tür zuhielten, stemmte Megow sich gegen die Tür — vergeblich. Als er erkannte, daß er so nicht eindringen könne, zog er dann nochmals den Revolver und mit dem Rufe: „Macht auf oder ich schieße!" gab er aufs Geratewohl einen

mählich erkämpft hat, noch nicht. Und doch ist der Geist erst das, was das Leben lebenswert macht. Darum rufe ich Ihnen zu dem Kampf, den Sie führen, für sich, für die geistige Arbeit und Deutschland und für unser ganzes deutsches Volk meine herzlichsten Wünsche zu. Mögen Sie siegreich bleiben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ein Brief des Reichstagsabgeordneten Träger, der mit Rücksicht auf sein hohes Alter bedauert, der Versammlung nicht beiwohnen zu können, wurde unter stürmischem Beifall verlesen. Stempel vom Allgemeinen deutschen Musikerverband und Ingenieur Timm vom Bund der technisch-industriellen Beamten gaben kurze Sympathieerklärungen ab. Dann wurde eine endlose Reihe von Sympathietelegrammen verlesen, darunter solche von den Hoftheatern in Petersburg und Moskau. Kirch (Frankfurt a. M.) schilderte sein erfolgreiches Arbeiten auf Nichtanerkennung der Beschlüsse des Bühnenvereins für die Frankfurter städtischen Bühnen. Schließlich gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die im Mozartsaal versammelten Angehörigen der deutschen Bühnen weisen die gegen die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger gerichteten Beleidigungen des Deutschen Bühnenvereins auf das energischste zurück. Sie bedauern vor allem auf das lebhafteste, daß Bühnenleiter sich dazu verstehen konnten, gegen unsere humanen Einrichtungen Maßregeln zu ergreifen, die den Zweck haben sollen, die Invaliden und die in ihrer Berufstätigkeit alt gewordenen Mitglieder sowie deren Witwen und Waisen zu schädigen. Die Versammlung erkennt die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger nach wie vor als die einzige berufene Vertreterin unseres Standes an. Sie spricht dem Präsidium ihr Vertrauen aus und hegt die Ueberzeugung, daß auf dem von ihr beschrittenen Weg unserer guten und gerechten Sache der Sieg werden wird."

Dann wurde in der vierten Morgenstunde die Versammlung geschlossen.

Deutscher Reichstag.

215. Sitzung vom Sonnabend, den 27. Februar, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische Dernburg.

Präsident Graf Stolberg: Am Donnerstag hat der Abg. Kulerski einen beleidigenden Zwischenruf gemacht. Hätte ich ihn gehört, hätte ich den Abgeordneten zur Ordnung gerufen. (Heiterkeit.) Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Etats der Schutzgebiete und des Kolonialamts.

Abg. Eichhorn (Soz.): Herr Lattmann hat die kindische Bemerkung gemacht, die Sozialdemokratie sei in der Kolonialpolitik auf dem Wege nach Damaskus.

Präsident Graf Stolberg: Es ist unzulässig zu sagen, ein Abgeordneter habe eine kindische Bemerkung gemacht. Ich rufe Sie zur Ordnung. (Gr. Heit. b. d. Soz.)

Abg. **Eichhorn** (Soz.) fortfahrend: Wir stehen der Kolonialpolitik, wie sie betrieben wird, und voraussichtlich auch in Zukunft betrieben wird, genau so ablehnend gegenüber wie früher, wenn wir auch nicht bei jedem Gehalt eines schwarzen Politikers es für nötig halten, unsere grundsätzliche Ablehnung zu wiederholen. Das hätte Herr Lattmann wissen können.

Weshalb sollten wir auch unsere Stellung ändern? Freilich, hört man den Staatssekretär, so hat sich sehr viel geändert. Als er von Ostafrika zurückkam, war das Fazit seiner Berichte die eigentliche Wertlosigkeit der Kolonien. Er schilderte auch rücksichtslos die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der Eingeborenen. Es war ein Bild, dessen Treue wir aufs Wort glaubten, zumal sie von anderer sachverständiger Seite bestätigt wurde. Es handelte sich eben im vorigen Jahr darum, einen dunklen Untergrund zu malen, um die Kolonialbahnen hier durchzusetzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man sagte, das Elend besteht bloß, solange keine Bahnen da sind. Die Bahnen und die Gelder wurden auch dann bewilligt, sie sind aber natürlich heute noch nicht gebaut. Und jetzt soll die ganze Misere in ein Paradies umgewandelt sein. Der Optimismus ist obenauf, genau wie damals, als der Kolonialsekretär, bevor er Afrika gesehen hatte, seine berühmte Bilanz vorlegte. Wie kommt denn das? Entweder hat man ihm in Südwest Potemkinsche Dörfer gezeigt oder, was näher liegt, es sind keine Eisenbahnen mehr notwendig und daher braucht man nicht mehr so schwarz zu malen wie im Vorjahr. Man muß wieder rosa malen, um den Wert der Kolonien in der Meinung der Völker zu heben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Selbst die „Kreuzzeitung" hat Wasser in den Wein dieses übertriebenen Optimismus gegossen. Der gesamte Handel der Kolonien beträgt 130 Millionen, das kommt für Deutschlands Entwicklung nicht irgendwie in Betracht. Umsoweniger als der deutsche Anteil an diesem Handel nur wenig über 60 Proz. beträgt. Man hat auf die Baumwollprodukte der Kolonien hingewiesen. Wir Sozialdemokraten würden es mit Freuden begrüßen, wenn die deutsche Textilindustrie sich von Amerika unabhängig machen könnte. Aber selbst wenn unsere kolonialen Produktion sich verhundertfachte, würde unser Bedarf noch nicht gedeckt sein. (Hört, hört! b. d. Soz.) Genau so liegt es mit den anderen Ausfuhrwerten und ebenso liegt es mit der Einfuhr. Einen erheblichen Bestandteil der Einfuhr macht allerdings der Alkohol aus. Die 7000 dort befindlichen Männer haben 35.000 Hektoliter Bier konsumiert, also

5 Hektoliter pro Mann und Jahr.

Von einer überraschenden Aufwärtsentwickelung der Kolonien kann also nicht die Rede sein.

Die Zahl der weißen Ansiedler hat in der Tat in allen Kolonien von 12 300 auf 13 850 Personen zugenommen. Aber hierunter sind nur 9400 Deutsche, wovon 1100 Beamte und 567 Missionare, die mit der Entwickelung nichts zu tun haben. Die amtlichen Berichte haben nur den Zweck der Stimmungsmache, wie auch Herr v. Gamp hervorhob. Aber trotzdem leugnen sie nicht, daß die gesundheitlichen Verhältnisse nicht besser geworden.

Daß in Südwest Diamanten vorhanden sind, bestreite ich nicht. Aber selbst wenn man die allerhöchste Schätzung der Funde annimmt, so würde das Ergebnis noch nicht einmal die Kosten des südwestafrikanischen Aufstandes decken. Als wir vor einigen Jahren die Grausamkeit und die Greuel in der Unterdrückung dieses Aufstandes hier brandmarkten, warf man uns Verhetzung vor, jetzt hat der Staatssekretär selbst von dieser Stelle aus von einer der Eigenart des Landes nicht angepaßten Kriegsführung sprechen müssen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der oberste Kriegsherr muß diesen Rüffel ruhig einstecken, denn es war allerdings ein Vernichtungskrieg. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Präsident Graf Stolberg: Sie haben gesagt, der oberste Kriegsherr habe einen Rüffel einstecken müssen. Ich rufe Sie dafür zur Ordnung.

Abg. **Eichhorn** (Soz., fortfahrend:) Die Diamantenfunde kommen nicht dem Mutterlande zugute. Es ist vielmehr das internationale Großkapital, das den Löwenanteil sich sichert, um sich mühelos und rasch zu bereichern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Vorerst ist ein wildes Börsenspiel die Konsequenz. Die Otavigesellschaft ist fast ganz in englischem Besitz, arbeitet aber neuerdings stark mit der nationalen Phrase. Der Fall Tippelskirch hat ja gezeigt, wie leicht die Reichsbehörden zu überlisten sind. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Kolonien sind nichts als Schauplatz großkapitalistischer Ausbeutung, aus der die Großbanken den Vorteil ziehen. Dabei sind laut vorliegenden Berichten und Klagen von Arbeitern und Beamten der Otavigesellschaft über die Hälfte, sogar der höheren Beamten, nicht Deutsche, sondern Italiener, Kroaten, Ungarn, Tschechen, Spanier usw. (Rufe b. d. Soz.: Nationale Politik!) Jedes Schiff bringt billige Arbeitskräfte, die sich um jeden Preis anbieten. Die alten werden dann auf die Straße geworfen. (Hört, hört!) Ohne alle Subsistenzmittel müßten sie den 75 Kilometer langen Weg nach Swakopmund zu Fuß zurücklegen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Wir hatten gestern ein interessantes

Duell zwischen dem Staatssekretär und den Herren von Liebert,

Dr. Arendt und Lattmann. Es handelt sich darum, ob in Ostafrika die weiße Bevölkerung die Eingeborenenausbeutung schrankenlos betreiben darf, oder ob man diese Ausbeutung eindämmen muß. Auch Herr Schwarze-Lippstadt hat erklärt, geprügelt muß werden, nur nicht zu Unrecht. Wenn man sich aber nicht entschließt, das Prügeln überhaupt zu lassen, dann wird man niemals auf eine höhere Kulturstufe gelangen. Das erreicht man nur, indem man die Eingeborenen als Menschen behandelt. Herr Dr. Arendt geriet nun über den Staatssekretär gestern vollständig aus dem Häuschen. Er hat uns vorgejammert, wie notwendig der Schutz der unterdrückten weißen Bevölkerung sei. Er hat sich bei dieser Gelegenheit einen alten Artillerie genannt. Ich habe aber bisher immer angenommen, die Wiege der Ahnen des Herrn Dr. Arendt habe in Klein-Asien gestanden. (Stürm. Heit.)

Herr Dr. Arendt, der sich als Schutzengel der unterdrückten Weißen aufgeworfen hat, hätte hier im Reichstage und im Landtage genügend Gelegenheit, als Schutzengel unterdrückter deutscher Staatsangehöriger aufzutreten, versäumt aber leider hartnäckig jede solche Gelegenheit. (Heit und Sehr gut! b. d. Soz.) Dafür verteidigt er die afrikanische Pflanzerfreiheit der Ausbeutung. Herr v. Liebert sprach von Abhärtung im Wankampfe. Er ist allerdings sehr abgehärtet gegen die wiederholte Anfrage, wo gewisse unter seiner Verwaltung

verausgabte Gelder geblieben sind.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren Liebert und Genossen sehen sich augenscheinlich nach dem alten Polizeiregiment zurück. Wir schwärmen nicht für die Politik des Herrn Dernburg, aber wir ziehen sie immerhin entschieden der sogenannten heroischen Kolonialpolitik der Arendt und Liebert vor. Von jeher bekränzte sich das Brigantentum mit dem Schimmer des Heroismus. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir wünschen, so entschiedene Freunde der Selbstverwaltung wir sonst sind, die sogenannte Selbstverwaltung in Ostafrika so schnell als möglich beseitigt. Diese karikierte Selbstverwaltung bedeutet nur das Verfügungsrecht der Pflanzer über die Eingeborenen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dagegen sind wir bereit, an einer Selbstverwaltung für die Kolonien mitzuwirken, an der auch die Eingeborenen teilnehmen. Aber das freilich wollen unsere Kolonialpolitiker nicht. Unser Kollege hier im Reichstage, Dr. Arning, vertritt den Standpunkt, daß die Bildung der Schwarzen eine Gefahr für die weiße Herrschaft bedeutet. Daher fordert er verstärkte militärische Besatzung. Diese Politik wird auch für die deutschen Steuerzahler unabsehbare Folgen haben. Die Keime der Kolonialarmee werden sich ins ungeheure entwickeln. Die Militärpartei wird wieder Oberwasser gewinnen und der Geist Throtes den Geist Dernburgs besiegen. Wir Sozialdemokraten werden nicht aufhören, die Kolonialpolitik zu bekämpfen, die — ob heroisch oder kommerziell — eine Ausbeutungspolitik ist und bleiben wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Arning** (natl.) behauptet, daß die Handelsbilanz der Kolonien eine günstige sei, freut sich, daß die Negerinnen nicht mehr nackt herumlaufen, wünscht aber, daß sie mehr deutsches Zeug verwenden, wendet sich gegen die angebliche Bevorzugung der Inder in Ostafrika und wünscht eine Arbeitsordnung, die die „gerechten Beschwerden" der Pflanzer beseitigt und die Schwarzen zur regelmäßigen Arbeit anhält. Die Engländer fassen die Schwarzen auch nicht mit Glacéehandschuhen an. Redner verbreitet sich ausführlich über die Geschichte der Hottentotten und die angeblichen Verdienste des Herrn von Liebert, feiert den Herrn von Lindequist und verlangt einen intensiveren Bahnbau in den Kolonien. Redner plädiert auf mildernde Umstände für den starken Alkoholgenuß in den Kolonien und freut sich unter großer Heiterkeit der Sozialdemokraten über die gefundenen Diamanten.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) erkennt den Fortschritt der Kolonien an, betont aber, daß die Rechtspflege daselbst noch sehr im argen liege. Wir treiben keine Politik der Rache und der Verärgerung. (Lebh. Sehr richtig! im Zentrum.) Ich will gern die Verantwortung für die Folgen einer gerechten Eingeborenenpolitik übernehmen, wenn Herr Arendt die Verantwortung für die Folgen einer Politik übernehmen will, die zu

25 Aufständen unter einem einzigen Gouverneur

geführt hat. (Sehr gut! im Zentrum u. b. d. Soz.) Die Verteidiger der alten Prügel- und Hängepolitik sind seit den aufklärenden Prozessen in München und Köln etwas sehr kleinlaut geworden. (Sehr gut! b. d. Soz.) Nach der famosen Geschichtstheorie des Herrn Arendt brach wohl der Bauernkrieg und die russische Revolution wegen zu milder Behandlung aus. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir können dem Staatssekretär nur zurufen: Dernburg, bleibe hart gegenüber den Gewaltpolitikern! (Lebh. Beifall.) — Gegen die Ausbreitung des gefährlichen Mohammedanismus sind Missionen die beste Schutzwehr. Es ist schade, daß der Gouverneur v. Liebert nicht den schönen Eifer für Rechnungslegung besessen hat, den der Abg. Liebert an den Tag legt. (Sehr gut! im Zentr. und b. d. Soz.) — Die Abschaffung des Monopols der Firma Tippelskirch hat sehr günstig gewirkt. (Hört, hört!) Glücklicherweise läuft auch bald das Monopol der Oranienapotheke ab. Von dieser Apotheke konnte man singen: Ja, das ist ein Geschäft, das bringt noch was ein! (Gr. Heiterkeit.) — Wir sind Anhänger einer sparsamen, negerfreundlichen kulturbringenden und christlichen Kolonialpolitik! (Stürm. Beif. i. Zentr.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung. Sonnabend, den 27. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Moltke.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern.

Beim Einnahmetitel „Beihilfen für Unterstützungsbedürftige ehemaliger Krieger" wünscht

Abg. **Bayer**-Neustadt (Zentrum) eine Umänderung des Gesetzes. Es geht nicht an, daß man den ehemaligen Kriegern die Beihilfen entzieht, wenn ihr Einkommen einen gewissen Betrag übersteigt.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Beim Ausgabetitel „Gehalt des Ministers" wird zunächst die nordschleswigsche Frage besprochen.

Abg. Dr. **Schifferer** (natlib.): Die dänische Agitation, die im letzten Jahre eine beachtenswerte Stärkung erfahren hat, geht direkt auf die Lostrennung Nordschleswigs von Deutschland aus. Das hat der Abg. Hansen in einem gerichtlichen Protokoll auch ganz offen als Ziel seiner Partei zugegeben. Trotzdem verlangen wir keine Ausnahmegesetze gegen die Dänen. Wir wünschen aber, daß der Minister mit loyalen Mitteln den dänischen Zuzug fernhalten möge. Vielleicht könnte man die Zuwanderung, so wie es Dänemark tut, von einem bestimmten Geldbetrag abhängig machen. (Die dänischen Abgeordneten und einige Polen unterbrechen fortwährend den Redner durch Zurufe, worauf Präsident **Kröcher** um Ruhe bittet.) Die Ausweisung einiger dänischer Agitatoren begrüßen wir mit Freuden. Wir brauchten ein konsequentes, strenges Regiment. Statt dessen aber haben wir einen Zickzackkurs. (Lebh. Beifall b. d. Natlib.)

Abg. **Johannsen** (freikons.): Gegenüber der maßlosen dänischen Agitation müssen wir auf dem Posten sein. Weite Kreise der Bevölkerung sind, ebenso wie unsere Fraktion, der Ansicht, daß es hier gilt: Etwas mehr Dampf, Herr Minister! (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Graf **Reventlow** (kons.): Gegen die wüste dänische Agitation muß etwas geschehen. Vor einer dänischen Armee haben wir keine Angst. Wir würden sie beim Ueberschreiten der Grenze sofort verhaften. (Große Heiterkeit rechts.)

Schuß gegen die Tür ab, der durch die Tür hindurchdrang und dem Weite beide Gesäßbacken verletzte. Weite erstattete Strafanzeige, aber die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein, weil der uniformierte Revolverheld in — Notwehr gehandelt habe, trotz des Schusses durch die Tür! Nunmehr wurde der Spieß umgekehrt. Die Staatsanwaltschaft schritt gegen — die Weiteschen Eheleute wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung, verübt gegen den Polizeibeamten, ein. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Wedding ergab, wie der „Vorwärts" jetzt berichtet, nicht nur den geschilderten Sachverhalt, sondern noch eine Reihe anderer höchst interessanter Begebenheiten. Dieser selbe Kostgebeamte hat auch mit seinen Kollegen und Vorgesetzten wiederholt Zusammenstöße gehabt. Er war oft betrunken, in und außer dem Dienst. Er bedrohte seine Kollegen sogar mit Totschießen. Eines Tages hatte er mit dem ihm vorgesetzten Wachtmeister eine Auseinandersetzung, über die Megow so aufgebracht war, daß er ihm den Weg versperrte, als der Wachtmeister die Wache verlassen wollte. Zwei anderen Beamten war es nicht möglich, dem Wachtmeister den Weg frei zu machen, bis der Polizeisergeant Hillscher, ein Hüne von Gestalt, erschien, vor dessen Körperkraft Megow Angst hatte. Jetzt schlug Megow den Paletot zurück und faßte nach dem Revolver, um Hillscher niederzuschießen. Nur dem schnellen Zugreifen Hillschers ist es zu danken, daß die Kugel damals nicht losging. Weder der Wachtmeister noch Hillscher haben wegen dieses Vorfalles Anzeige erstattet. An demselben Tage, an welchem Megow später das Renkontre mit den Weiteschen Eheleuten hatte, hat er vorher eine Dame auf offener Straße zu umarmen versucht, war aber an die Richtige gekommen, denn er erhielt von ihr einen Stoß, daß er hinfiel. Kurze Zeit später las ihn der Nachtwächter Nürlich von der Straße auf. Er lag betrunken auf dem Damm, der Nachtwächter hob ihn auf und brachte ihn bis an die Haustür. Bei diesem Sachverhalt mußten natürlich die „Angeklagten" freigesprochen und auch die notwendigen Auslagen der Verteidigung auf die Staatskasse übernommen werden. Aber der uniformierte Ordnungsmann tut nach wie vor Dienst und „schützt" die Gesetze — noch preußischer Manier!

Die Uebungen mit dem Reichsmilitärluftschiff „Zeppelin I" begannen bei dem gegenwärtigen zwar kalten aber ruhigen Wetter nächsten Dienstag am Bodensee. Oberleutnant Mantius übt schon längere Zeit mit 4 Mann Militärluftschiffern an dem Mechanismus des Luftschiffes. In Friedrichshafen gesellten sich jetzt 66 Mann mit 3 Offizieren, die bereits hier eingetroffen sind. — Während demnächst das Reichsmilitärluftschiff „Zeppelin I" zum ersten Male mit militärischer Besatzung fährt, schreiten die Arbeiten auf dem neuen Areal der Luftschiffbau-Gesellschaft Zeppelin rüstig voran. Das über 600.000 Quadratmeter große Gelände ist nahezu geebnet, so daß am 1. März mit dem Bau der neuen Luftschiffhalle begonnen werden kann.

Ungetreuer Beamter. Der Bürgermeister David Horst aus Naumburg (Hessen) wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte Bestechungsgelder angenommen und die von ihm Beauftragten bei Stadtlieferungen besonders bevorzugt und weiter das Strohmandat gegen einen Mann zurückgezogen und die Akten vernichtet, weil er mit der Ehefrau und den Töchtern dieses Mannes in intimen Beziehungen stand.

Neue Erdstöße. Aus Messina, Reggio und Bagnara werden zwei starke Erdstöße gemeldet, welche unter der Bevölkerung eine Panik hervorriefen. In Bagnara leben noch vier Fünftel der Bevölkerung unter freiem Himmel, weil es an Barackenmaterial fehlt.

In Pholoen ereignete sich das Erdbeben zwölf Mal. Die Bevölkerung wurde von einer Panik erfaßt und kampiert im Freien, trotz der großen Kälte. Aus Jerusalem wird dazu gemeldet, daß die Ortschaft Maksen bei Nazareth infolge sintflutartiger Regengüsse eingestürzt ist und unter ihren Trümmern 150 Personen begraben hat.

Begnadigung. Das Dienstmädchen Frieda Helm, das wegen Kindesmord zum Tode verurteilt wurde, ist vom König begnadigt worden. Der Vater des Kindes, ein Sergeant, hatte das Mädchen mittellos sitzen lassen.

Soldatenprügelei. In der Artilleriekaserne zu Mainz kam es wieder einmal zu Schlägereien zwischen alten Soldaten und Rekruten. Die Rekruten ließen sich diesmal aber die Angriffe nicht ruhig gefallen, sie griffen zu den Säbeln und hieben rücksichtslos auf ihre Angreifer ein. Drei wurden schwer verletzt.

Goethe im Olymp. Unter dem Titel „Eine Nachfeier" veröffentlicht Marie v. Ebner-Eschenbach in der Neuen Freien Presse folgende Satire: Lange schon weilte Goethe im Olymp; er war dort heimisch geworden, hatte seine Kunst immer weiter ausgeübt, und sie entfaltete eine Blütenpracht, von der die Götter selbst geblendet waren. Der große Dichter nahm ihr Lob wie etwas Erfreuliches hin, und dennoch schwebte eine Sehnsuchtswolke auf seiner Stirn, und in seinen, vom Sonnengott selbst nur ihren Glanz beneidenden Augen schimmerte manchmal eine Träne. Vater Zeus bemerkte es und sprach:

„Deine olympische Zufriedenheit ist nun vollkommen. Was fehlt Dir, Wolfgang?"

„Bester", erwiderte Goethe, „der Umgang mit Menschen fehlt mir. Liebe Wesen haben mir während meines Erdendaseins freundliche Gesellschaft geleistet. Sie haben auch jedes Wort, das von meinen Lippen fiel, aufgehoben, artig einbalsamiert und mit emsigen Eifer registriert und bewahrt zum Nutzen und heiteren Genusse ihrer Nachwelt. Wie würde es mir jetzt doch willkommen sein, Vertreter dieser Nachwelt, besonders die jüngsten und also fortgeschrittensten, die Urenkel meiner Riemer, v. Müller, v. Meyer, Boissere, Eckermann und so weiter, hier zu sehen! Ich fühle mich oft gestimmt, ihnen einiges aus den wunderlichen Werken meiner olympischen Periode mitzuteilen."

„Ein bescheidener Wunsch, den ich gern erfülle", sprach Jupiter und winkte.

Im nächsten Augenblick war Goethe umringt von einer Schar fast noch kindlicher Jünglinge und Mädchen. Sie umjauchzten, umschwärmten, umschmeichelten, umarmten ihn. Er wurde angefleht, beschworen, ja bedroht und — schwieg. Immer höher erhob sich sein Haupt, immer strenger verzogen sich seine Lippen und — er schwieg. Schwieg wartend, wartete schweigend aber der Sturm legte sich nicht. Endlich streckte er den Arm aus ..... Zum Halbgott verklärt stand er da, frei von jedem Zug nach Irdischem; auf seiner Brust erlosch ein Stern; mit einer Gebärde, bei der die letzte Spur von Geheimnißlichkeit entwich, wies er den Bedrängern die Pforte.

„Ich staune", bemerkte Jupiter, „warum hast du sie weggeschickt, ohne ihnen etwas aus deinem aufgehäuften Geistesschätzen gespendet zu haben?"

„O du Guter!" lautete die Antwort, „ahnt dir, was sie wollten? Die einen Autographen, die andern wünschten mich zu interviewen, noch andere erkundigten sich, ob mein Verhältnis zu Charlotte v. Stein platonisch gewesen, einige schleppten einen ansehnlichen Trichter herbei und verlangten, daß ich meinen „Erlkönig" hineinsprechen möge."

„Die meisten werden aber doch nach deinen neuesten Werken gefragt haben?"

„Nein. Die meisten wollten mir die ihren vorlesen."

Humoristisches.

Auch eine Beschäftigung. „Sagen Sie, Baron, warum lassen Sie sich eigentlich einen Vollbart stehn?" — „Na, irgend eine Beschäftigung muß der Mensch doch haben."

Gut gemeint. Bei einem Scheidungstermin bringt die Frau unter anderem auch vor, ihr Mann habe ein ganzes halbes Jahr kein Wort mit ihr gesprochen, worauf der Richter mißbilligend zu dem Ehegatten spricht: „Nun, gar so trotzig brauchten Sie auch nicht zu sein!" — „Aber, Herr Richter", erwidert der Mann, „ich hab' 's ja nur gut gemeint — ich wollt' sie nicht unter-

Minister des Innern v. Moltke: Schuld an der neuen Beunruhigung in Nordschleswig ist der Optantenvertrag. Die Dänen sondern sich von den Deutschen ab und ihre Vereine nehmen zu. Schon die Jugend wird gewissenlos verhetzt. Die Deutschen werden boykottiert. Deshalb betreibt die Regierung eine Politik der nachhaltigen Förderung des Deutschtums und wird gegen die berufsmäßigen Agitatoren die schärfsten Mittel anwenden. (Beifall rechts.)

Abg. **Kloppenburg**-Skrumsager (Däne) schiebt die Schuld an der Verschärfung der Gegensätze auf den Vorsitzenden des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig, Hahn.

Abg. Graf **Moltke** (freikons.): Wir sind stolz auf Herrn Hahn, der ein echter deutscher Mann ist. (Bravo! rechts.) Wenn die Dänen ihn mit ihrem Hasse verfolgen, so ehrt ihn das nur. (Lautes Bravo! rechts.) Die Bestrebungen der Dänen laufen auf die Vereinigung Südjütlands mit Dänemark hinaus und müssen daher scharf bekämpft werden.

Damit schließt die Besprechung über diese Frage. Es folgt die allgemeine Besprechung. Es liegen dazu vor zwei Anträge der Abgg. Hirsch-Berlin u. Gen. (Soz.) Der eine Antrag ersucht die Regierung, sobald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den unter Aufhebung aller zurzeit in Preußen geltenden Stadt- und Landgemeinde-Ordnungen für den gesamten Umfang der Monarchie eine einheitliche Gemeindeordnung auf folgender Grundlage erlassen wird:

a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen; Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts: Aufhebung aller Besitzprivilegien; b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Beanstandung ungesetzlicher Verwaltungsakte der Gemeinden; Prüfung ihrer Gesetzmäßigkeit durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der die Selbstverwaltung einschränkenden Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Gemeinden.

Der zweite Antrag verlangt noch für diese Session einen Gesetzentwurf, wonach, soweit in Staatsgesetzen der Verlust öffentlicher Rechte von dem Bezug einer Armen-Unterstützung abhängig gemacht wird, als Armenunterstützung nicht anzusehen sind: 1. die Krankenhauspflege; 2. die einem Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen gewährte Anstaltspflege; 3. Unterstützungen zum Zwecke der Jugendfürsorge, der Erziehung oder der Ausbildung für einen Beruf; 4. sonstige Unterstützungen, wenn sie nur in der Form vereinzelter Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage gewährt sind; 5. Unterstützungen, die erstattet sind.

Ferner liegt ein Antrag Dr. Wendland (natl.) vor, die Regierung möge unverzüglich Anweisung geben, daß die Formulare für die Aufnahme der Wahlprotokolle in den Urwahlbezirken für Terminwahlen und Fristwahlen schon für die erforderlich werdenden Nachwahlen getrennt aufgestellt und verteilt werden, damit künftig die in zahlreichen, namentlich ländlichen Wahlbezirken vorgekommenen Irrtümer bei Streichung der nebeneinanderstehenden Texte, betr. Termin- und Fristwahlen, die zur Ungiltigkeits-Erklärung von Wahlmänner-Wahlen Veranlassung geben, vermieden werden.

Schließlich verlangt ein Antrag Dr. Bolker (Zentrum) die Unterstützung armer Grenzorte und ein Antrag Bartscher (Zentrum) die für Bochum-Herne und Gelsenkirchen geplante königliche Polizei auf die Landkreise Bochum und Gelsenkirchen auszudehnen.

Abg. **v. Heydebrand u. d. Lasa** (kons.): Den Antrag der Sozialdemokraten auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Kommunen lehnen wir ab. (Bravo! rechts.) Den anderen sozialdemokratischen Antrag und den Antrag Wendlandt bitten wir der Wahlprüfungskommission zu überweisen. Der Fall des Bürgermeisters Schücking hat im Vorjahr ein gewisses Aufsehen erregt. Unserer Partei gehört dieser Herr nicht an (Heiterkeit) und wir überlassen es der liberalen Partei, der Herr Schücking am nächsten steht, ihn zu verteidigen. Es wird nicht ganz leicht sein, diese Partei festzustellen (Heiterkeit rechts.) Ganz allgemein sind wir der Meinung, daß kein unmittelbarer Staatsbeamter wegen seiner politischen Gesinnung bedrängt werden soll. (Beifall rechts.) Nun hat der Abg. Dr. Wiemer im vorigen Herbst gesagt, die Weiterführung der Blockpolitik wäre aufs schwerste gefährdet, wenn nicht Remedur eintreten und Genugtuung wegen der Behandlung Schückings geschaffen würde. Ich glaube, man hätte dem ganzen Fall Schücking die Spitze abgebrochen, wenn die Regierung sofort erklärt hätte, daß Herr Schücking nicht wegen seiner liberalen Gesinnung, sondern wegen ganz anderer Dinge bestraft worden ist. Statt dessen hat die Regierung den Regierungspräsidenten geopfert und in einen Urlaub geschickt, aus dem er heute noch nicht zurückgekehrt ist. Das ist aber eine sehr bedenkliche Sache. (Sehr richtig! rechts.) Wo bleibt da die Autorität der Beamten? (Sehr gut! rechts.) Sollte sich irgend ein Organ des Reiches in die Erledigung des Falles Schücking eingemischt haben, so könnten wir uns in Preußen das unmöglich gefallen lassen. (Lebhafter Beifall rechts.) Sollte ferner bei diesem Fall sich irgend ein parlamentarischer Nebeneinfluß gemacht haben, so würden wir gleichfalls dagegen aufs schärfste protestieren. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Hoffentlich schließt sich dieser Anschauung auch die Linke an, die seiner Zeit kurz vor der Auflösung des Reichstages mit den schärfsten Worten sich gegen jede Nebenregierung des damals ausschlaggebenden Zentrums gewandt hatte. (Heiterkeit und lebhafter Beifall rechts.)

Minister des Innern v. Moltke: Ich kann erklären, daß irgend welche Rücksicht auf die Blockpolitik nicht zur Beurlaubung des Regierungspräsidenten geführt haben. Der Regierungspräsident hat den Urlaub selbst nachgesucht. (Lachen rechts.)

Abg. **Hirsch**-Berlin (Sozialdemokrat):

Der konservative Redner hat die erste Gelegenheit ergriffen, Angriffe gegen den Minister zu richten, die so scharf waren, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben. Und das alles nur, weil der Minister einige liberale Konzessionen gemacht haben soll. Wenn die Freisinnigen es wagen, die Blockpolitik auf Preußen zu übertragen, dann werden sie von der Rechten mit Hohn überschüttet. Für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen werden wir weiter mit der größten Entschiedenheit kämpfen. Wenn wir es für nötig halten, werden wir auch vor Straßendemonstration nicht zurückschrecken, denn sie sind ein durchaus erlaubtes Mittel. (Lärm und Ohorufe rechts.) Am Abend der letzten Reichstagswahl haben Sie selbst vor dem Palais des Fürsten Bülow demonstriert. Aber den Arbeitern soll es verboten sein! Nun hat man gesagt, die Führer blieben hinterm Ofen sitzen. Das ist nicht richtig. Die Straßendemonstrationen vor dem Abgeordnetenhause sind photographiert worden und auf diesem Bilde sind

die bekannten Führer der Sozialdemokratie

deutlich zu sehen. Führer, die zu Hause bleiben, würden wir überhaupt nicht dulden. Wenn Ungesetzlichkeiten bei den Demonstrationen vorgekommen sind, dann sind Polizeispitzel daran schuld. (Lachen rechts.) Der Berliner Polizeipräsident hatte gute Gründe, als er seinen Beamten die Genehmigung zur Aussage in dem großen Demonstrationsprozeß versagte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unter Zeugeneid ist dort ausgesagt worden, daß sich Kriminalbeamte an den Demonstrationszügen beteiligt haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Und das Urteil hat festgestellt, daß für die Wahrheit dieser Behauptung manches beigebracht worden ist. Wir haben in letzter Zeit überhaupt bei uns eine ganze Reihe solcher Spitzel entdeckt. Einige davon kann ich Ihnen hier im Bilde vorführen. (Heiterkeit.) Ein Hausdiener Ernst Philipp alias Kriminalschutzmann Paul Dietrich, ließ eines Tages seinen Ueberzieher hängen. In diesem Ueberzieher fanden wir ein Notizbuch, in dem genau verzeichnet stand, wie lange er sozialdemokratische Gemeindevertreter überwacht hat. Wir haben uns

ein Album für die Bilder dieser Männer

zugelegt. Geht es so weiter, wie in den letzten Jahren, so wird es bald den Umfang des Verbrecheralbums auf dem Berliner Polizeipräsidium erlangen. (Heiterkeit bei den Soz.) Ein anderer Kriminalschutzmann hat sich vor allem fleißig an der Agitation für die Landtagswahl beteiligt. Ihm mit ist es zu danken, daß wir hier reden können. (Heiterkeit bei den Soz.) Dieser Mann hat der Partei sogar seine Liebe geopfer, denn seine Bertha sagt sich von ihm los, weil er sich garnicht um sie gekümmert hat. Er hatte den Kopf voll von sozialistischen Ideen. (Heiterkeit und Hört, hört! bei den Soz.) Ein anderer Spitzel war als Goldarbeiter William Springer organisiert und wollte vor allem die Jugendorganisation zu Dummheiten veranlassen. Den beiden Vorsitzenden gab er 70 Mark für die Reise nach dem Nürnberger Parteitag. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Geld floß in unsere Parteikasse. Ein anderer Kriminalbeamter, der sich ebenfalls als Ausländer einführte, bedauerte, als Ausländer nicht zum Landtag wählen zu können. Aber wir beobachteten, wie er unter seinem richtigen Namen für die bürgerlichen Parteien stimmte. (Hört, hört! bei den Soz.) Ist der Minister von dem Treiben dieser Leute unterrichtet, billigt er es, oder will er von der Tribüne des Landtages herab dieses schmutzige Gewerbe verwerfen? Vielleicht überweist man

diese Kreaturen Herrn Strosser

als Versuchsobjekte, wenn ich auch sonst nicht für die Prügelstrafe schwärme. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Die Geheimnisse, die man mit diesen Spitzeln erfahren will, bestehen bei uns nicht. Unser Parteileben spielt sich in voller Oeffentlichkeit ab. Weiter will man die Sozialdemokratie zu Gewalttätigkeiten provozieren. (Widerspruch rechts.) Man will sich Material für ein neues Ausnahmegesetz beschaffen, das Fürst Bülow in seiner bekannten Rede angekündigt hat. Ein Ausnahmegesetz aber kann nur wünschen, wer glaubt, daß die Sozialdemokratie eine Revolution im Hengabelsinn beabsichtige. Auch im Ausland treiben deutsche Spitzel ihr Unwesen. In Zürich wurde ein Polizeispitzel entlarvt, der erklärte, daß die Berliner politische Polizei seine Notlage benutzt habe, um ihn in ihre Dienste zu zwingen.

Ebenso wichtig wie die Beseitigung der Dreiklassenwahl für den Landtag ist ihre Beseitigung für die

Wahlen zu den Gemeindevertretungen.

Wir wissen, daß wir mit dieser Forderung allein stehen. Aber das darf uns nicht abhalten, sie zu propagieren. Es schadet garnichts, wenn künftig mehr Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen sitzen. Denn selbst die Oberbürgermeister Adickes und Fuß haben sich anerkennend über die Tätigkeit sozialdemokratischer Stadtverordneten ausgesprochen. Die vielgepriesene Steinsche Städteordnung sah die geheime Wahl in demselben Standpunkt. Wir verlangen auch die Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs, weil namentlich in den Großstädten die Hausagrarier ein geradezu gemeingefährliches Element bilden, das jede gesunde Steuerreform und Bodenpolitik verhindert. Auch eine soziale Wohnungspolitik scheitert an dem Widerstand der Hausbesitzer. Wenn man die Schädlichkeit ungesunder Wohnungen anerkennt, dann muß man den Gemeinden die Möglichkeit geben, eine Reform vorzunehmen. Diese Möglichkeit ist den Gemeinden aber genommen durch das völlig veraltete Hausbesitzerprivileg. Wie steht es mit dem Wohnungsgesetzentwurf? Es ist eine Ungerechtigkeit, den Bezug von Armenunterstützung in Zusammenhang zu bringen mit dem Verlust des Wahlrechts. Weiter verlangen wir ein wirkliches Selbstverwaltungsrecht der Kommunen. Auch das Zentrum hat früher das verlangt, was unser Antrag herbeiführen will. Und selbst der konservative Freiherr v. Manteuffel hat erklärt, daß das Bestätigungsrecht der Regierung zu Widerwärtigkeiten und Gehässigkeiten führt. Eine Reform der Städteordnung ist also notwendig, denn sie steht noch immer auf dem Standpunkt der Zeit Friedrich Wilhelm IV. Viele Klagen zu führen haben wir über Verletzungen des Vereinsgesetzes. Die Polizeistunde wird widerrechtlich gegen sozialdemokratische Versammlungen in Anwendung gebracht. Sozialdemokratische Vereinsversammlungen sind in Dortmund, Magdeburg und anderen Städten zu öffentlichen Versammlungen gestempelt worden. Wir verlangen hier für uns das gleiche Recht, das den bürgerlichen Parteien ohne weiteres gewährt wird. (Zustimmung bei den Soz.) Es wird soviel vom Sparen gesprochen. Nun, es werden jetzt von den unteren Polizeiorganen Leute zur Anzeige gebracht, die vor Gericht dann freigesprochen werden, und die Staatskasse muß die Kosten tragen. Das Geld könnte gespart werden. Einen sonderbaren Eindruck machte es auf uns, daß bei der Beerdigung der Frau unseres verstorbenen Führers Liebknecht die Gendarmen mit Revolvern bewaffnet waren. Durch solche Mittel wird die Sozialdemokratie eher gestärkt als geschwächt. Den Legitimationszwang für ausländische Arbeiter halten wir nach wie vor für verfassungswidrig. Die Hauptsache bei der geplanten Verwaltungsreform ist, daß ein neuer Geist in die Verwaltung einzieht. Aber eine Freiheit, wie wir sie wünschen, ist unmöglich ohne eine freiheitliche Gesetzgebung. Und eine freiheitliche Gesetzgebung ist abhängig von einem freiheitlichen Wahlrecht. Deshalb ist der Weg für freiheitliche Reformen in Preußen erst frei, wenn das Dreiklassenwahlrecht beseitigt ist. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 1. März

Geschichtskalender.

2. März.

1481 Franz von Sikkingen *.
1829 Der amerikanische Staatsmann und deutsche Revolutionär Karl Schurz in Liblar bei Köln *.

Die Haftung des Staates für das Verschulden der Beamten.

Ueber dieses Thema hielt Justizrat Ollendorff im „Verein Jung-Freisinn" einen interessanten Vortrag. Zunächst verbreitete sich der Vortragende über die einschlägige Judikatur, um den Nachweis zu führen, daß die heutigen Zustände bezüglich der Haftung für öffentlich rechtliche Verfehlungen der Beamten dritten gegenüber unerträglich sind. Seit Jahrzehnten weist der Juristentag auf das unabweisbare Bedürfnis eines einheitlichen Haftungsgesetzes hin und der Handelstag hat sich dieser Forderung angeschlossen. Es sei ein Gebot der Pflicht und Gerechtigkeit des Staates, die durch seine Beamten geschädigten Personen zu entschädigen. Nach endlichen Bemühungen seitens der Fachkreise ist die Reichsregierung der Sache näher getreten; der Reichstag habe sich wohl für ein Haftungsgesetz ausgesprochen, doch nur für Reichsbeamte, die Haftung für Staatsbeamte soll den Bundesstaaten überlassen bleiben. Der Preußische Justizminister hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der sieben Paragraphen umfaßt. Der Vortragende vertritt den Standpunkt, daß, wenn man sich auch nicht mit allen Punkten einverstanden erklären könne, dieses Gesetz, wenn es im Landtage zur Annahme gelangt, einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt bedeuten würde. Der Staat übernimmt die Haftung der Verfehlungen der Beamten. Jedoch tut das der Staat nicht ohne weiteres, durch gerichtliche Entscheidung muß erst festgestellt sein, daß den Beamten tatsächlich eine Schuld trifft, dem gerichtlichen Verfahren soll aber erst eine Vorentscheidung vorausgehen, und in dieser soll der Kompetenzkonflikt in Anwendung kommen dürfen. Die Entscheidung über den Konflikt soll dem Oberverwaltungsgericht überlassen bleiben.

Erfreulicherweise haben sich im Abgeordnetenhause alle Parteien gegen diese Einschränkung erklärt. Allerdings fehle es nicht an Gegnern, die sich gegen das Gesetz überhaupt wenden; die Energie der Beamten würde erlahmen, die Prozesse würden sich zu sehr häufen und die Ausgaben noch mehr steigern. Die Konservativen besonders sind dagegen, weil sie befürchten, daß die ländlichen Schul- und Gemeindeverbände zu sehr in Anspruch genommen werden könnten. Wo es sich um Kommunal-, Schul- und sonstige Verbände handelt, tritt an Stelle des Staates der Verband ein. Fraglich erscheint es dem Referenten, ob bei Einführung des Haftungsgesetzes die alte gesetzliche Bestimmung in Wegfall kommen wird, daß die Gemeinden zum Schadenersatz verpflichtet sind, wenn ein Mitbewohner durch offene Gewalt eines Beamten an Leben und Gesundheit, wie im Falle Biewald, geschädigt wird. Nach seiner Ansicht müßte die Bestimmung unbedingt fallen. War das neue Gesetz bei dem Vorfall auf dem Striegauerplatz schon in Kraft, dann war an Stelle der Kommune der Staat zur Entschädigung verpflichtet. Eine Vorentscheidung mit dem Kompetenz-Konflikt wäre hier unmöglich gewesen, da der Uebeltäter nicht aufzufinden war. Angesichts der Tatsache, daß ein Abgeordneter für Breslau im Landtage den reaktionären Standpunkt vertritt, daß wieder zur Prügelstrafe zurückgegriffen werden müsse, kann nicht genug betont werden, daß die Einbringung des Haftungsgesetzes für Verfehlungen des Beamten von ungeheurem Werte sei. Es sei nur zu hoffen, daß das Gesetz Annahme finde.

---

* **Unzertrennlich sind sie von einander** — die Lügen und der Pastor Nitschke von der „Schlesischen Morgenzeitung". Mußte er sich erst neulich im Stadtverordnetenparlament von unseren Genossen den Vorwurf bewußter Unwahrheit wegen seiner Behauptung gefallen lassen, die Führer der Breslauer Sozialdemokraten hätten sich bei den letzten Wahlrechtsdemonstrationen nicht blicken lassen, so läßt er in der letzten „Sozialpolitischen Rundschau" seines Blättchens gleich eine ganze Lügenkollektion aufmarschieren.

Es sind die Arbeitslosen und die sich ihrer annehmende Sozialdemokratie, die er, teilweise wörtlich nach der „Arbeitgeber-Zeitung", nach Herzenslust anpöbelt. Um die von der Partei veranstalteten Arbeitslosenzählungen in den Schmutz zu ziehen, schreibt der edle Pastor im Sperrdruck:

Die städtischen Behörden in Halle veranstalteten, laut „Nat.-Ztg.", eine Nachprüfung der sozialistischen Arbeitslosenzählung und fanden da Namen von Invaliden, Pensionären, Hausfrauen, Heimarbeitern, ja sogar von Dirnen, Zuhältern usw. Da kam allerdings eine hohe Zahl heraus, mit der dann die Sozialdemokratie hausieren geht.

Diese Meldung der „National-Zeitung" hat sich inzwischen längst als Schwindel herausgestellt, ein Grund mehr für Nitschke, sie wieder aufzuwärmen. Um das Lügenmaß aber voll zu machen, gibt er dann in den geschwollensten Tönen eine Schilderung der harmlosen Ungezogenheiten, die beim Einzuge des englischen Königspaares in Berlin vorkamen, wo man die Fähnchen von den Straßenbahnwagen „zur Schande des eigenen Landes herunterriß und in den Straßenschmutz trat", um dann im direkten Anschlusse über die Tätigkeit der Breslauer Sozialdemokratie folgenden Schmutzkübel zu gießen:

Auf gleichem Niveau steht die Agitation der Breslauer Soz. in der Arbeitslosenfrage. Erst beschimpft man in der auch von uns mitgeteilten Petition an den Magistrat die bürgerliche Gesellschaft, und als der Magistrat die Petition wegen dieser Beleidigung zurückweist, spricht man von einer Beschimpfung der Breslauer Arbeitslosen.

Angesichts dieser Leistung müssen wir doch sagen, daß die Siegespalme in der Beschimpfung der Breslauer Arbeitslosen, die wir in diesen Tagen schon als unveräußerliche Trophäe des Dr. Oehlke ansahen, dem Dr. Nitschke mit fast noch größerem Rechte gebührt. Im Grunde hat die Breslauer Sozialdemokratie ein Schweineglück, daß sie in extremen politischen Lagern zwei gleich korrupte und gleich verlogene Gegner hat, die den Abstand der Blockparteien zur Sozialdemokratie gerade ins rechte Licht rücken.

* **Einen Beweis für ihre Organisationsfeindlichkeit** liefert das nachstehende Schriftstück, das ein Transportarbeiter erhielt, der sich schriftlich an eine auswärtige Firma wandte, die Arbeiter bei hohem Lohne suchte. Die Antwort lautete:

„An Herrn
. . . . . .
zu Brieg.

Auf Ihr Bewerbungsschreiben vom 31. v. Mts. teile ich Ihnen mit, daß ich eventuell nicht abgeneigt sein würde, Sie bei mir einzustellen und wollen Sie mir zunächst mitteilen:

a) Welchen Lohn Sie beanspruchen;
b) ob Sie einer Organisation angehören;
c) wann Ihr Antritt frühestens erfolgen kann.

Ich würde indes zur Bedingung machen, daß Sie eventuell auch anderweitig, vielleicht an der Nuten-Stoß-Maschine, verwendet werden, wenn die Fräsmaschine nicht voll beschäftigt wird.

Bei Ihrer Antwort wollen Sie mir auch Abschrift Ihrer neuesten Zeugnisse einsenden.

Ergebenst
August Dauber,
Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen,
Breslau, Gräbschenerstraße 80.

P. S. Ich möchte Ihnen aber schon im voraus mitteilen, daß Personal, welches einer sozialdemokratischen Organisation angehört, bei mir keinen Platz findet."

Wenn Herr Dauber alle Arbeiter, die einer von ihm so gefürchteten sozialdemokratischen Organisation angehören, entlassen würde, so müßte er gar bald seine Arbeit allein ausführen. Uebrigens scheint er doch Ursache zu haben, die sozialdemokratischen Organisationen zu fürchten!

* **Kunst und Wissenschaft fürs Proletariat.** Am gestrigen Sonntag hatten die Breslauer Arbeiter Gelegenheit, an zwei Quellen Belehrung und Erbauung zu schöpfen: Im Schauspielhause winkte ihnen am Vormittag eine Vorstellung von Goethes formschöner Dichtung „Iphigenie" und Abends besprach im Gewerkschaftshause Herr Ingenieur Schrader ein Kapitel der modernsten technischen Forschung, die Flugmaschinen.

Zum vollen Genuß der Goetheschen Dichtung gehört ohne Zweifel eine etwas innigere Bekanntschaft mit dem griechischen Sagenstoff, den der große Meister unter seinen Händen formte, und diejenigen, welche sich durch vorheriges Lesen des Werkes oder zum mindesten unserer Besprechungen auf das Schauspiel vorbereitet hatten, gingen voll hoher Befriedigung über das Gehörte aus dem Theater. Aber auch die anderen, denen keine Vorbereitung das Auge für die fremde Welt geöffnet hatte, die sich vor ihren Blicken ausbreitete, hörten voll achtungsvollem Respekt das hohe Lied an, das ihnen von der Bühne entgegentönte. Beide vereinten sich zu lebhaftem Applaus für die Künstler, der sich wiederholte, so oft der Vorhang fiel.

Vielleicht hatte die Mittagsvorstellung dem Besuch des Abendvortrages etwas Eintrag getan, trotzdem versammelte

len sich noch fast 500 Genossen und Genossinnen, um Herrn **Schraders** Vortrag anzuhören. Und die nicht kamen, haben tatsächlich eine Stunde fruchtbarer Belehrung verpaßt. Hier sprach ein Mann, der sein Gebiet beherrscht, der selbst „im Fache arbeitet" und der mit Hilfe seiner sauberen **Modelle** dem Hörer ein vollkommenes Bild vom augenblicklichen Stande der Flugtechnik zu geben imstande war. Da uns ein fachmännischer Bericht über den Vortrag zugesichert ist, können wir uns darauf beschränken, mitzuteilen, daß Herr Schrader alle drei Versuche der Luftüberwindung, Schlagflieger, Schraubenflieger und Drachenflieger in den Kreis seiner Darstellung zog und ihre verhältnismäßig junge Geschichte wie ihre Aussichten besprach. Etwas optimistisch schloß er, indem er uns schon für die nächsten Jahre einen brauchbaren Flieger in Aussicht stellte. Auch diesen Vortrag verließen die Genossen mit hoher Befriedigung über das Gehörte.

Herr Ablaß aus Hirschberg bei den Breslauer Detaillisten.

Erzählt die griechische Sage vom Könige Midas, daß sich alles in pures Gold verwandelte, was er berührte, so scheint das Geschick die Herren vom Breslauer Detaillisten-Verein mit einer ebenso zauberhaften, wenn auch nicht so leuchtenden Eigenschaft gesegnet zu haben: allen Dingen, die sie in Angriff nehmen, haftet unweigerlich von vornherein das Odium einer gewissen Lächerlichkeit an. In der Januar-Versammlung war es die Geschäftsführung und der Vorschlag mit den schwarzen Listen für faule Pumper, woran man diese merkwürdige Veranlagung der Breslauer Detaillisten studieren konnte. Diesmal legte das Arrangement eines Vortrags über die neuen Reichssteuervorlagen davon Zeugnis ab, den man sich am letzten Sonnabend von dem blockfreisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Ablaß-Hirschberg in der Lessing-Loge halten ließ.

In der Tat: nur der besonderen Begabung dieses Vereins konnte es passieren, einen ausgesprochenen Berufspolitiker mit einem ausgesprochen politischen Referat zu beauftragen, ohne daß er dabei irgendwelche politische Fragen berühren sollte! Wochenlang vorher muß dieses Problem schon die im Vorstand konzentrierte Intelligenz des Vereins beschäftigt haben, bis schließlich in die bürgerliche Presse Breslaus die Notiz lanziert wurde, Herr Ablaß werde „unpolitisch" reden, eine Diskussion werde nicht stattfinden und nur eine farblose Resolution werde vorgelegt werden, der die Anhänger der verschiedensten politischen Richtungen ruhig zustimmen könnten. Der böse Geist, der diese rühmenswerten Absichten zu einer nicht unebenen Blamage des Vorstandes umkehrte, war nun diesmal kein übelgesinnter Sozialdemokrat, sondern der bestellte Referent des Abends, Herr Ablaß selber. Unruhig schienen die Herren vom Vorstand auf ihren Stühlen zu rücken, als er gleich einleitend betonte, es hieße die Quadratur des Zirkels lösen und man habe sich mit diesen Fragen nie recht beschäftigt, wenn man bei einem solchen Vortrage nicht politisch werde! Und dann hielt er sein Referat, einen echten blockfreisinnigen Wald- und Wiesen-Vortrag, wie ihn Ablaß und seine Freunde vor den Wählern zu halten pflegen, jeder Satz ausgesprochen politisch. Ja, Herr Ablaß schien den „unpolitischen" Herren vom Detaillisten-Verein noch besondere kleine Freuden bereiten zu wollen. Fortwährend mischte er nämlich mit Behagen in seine Ausführungen die Wendung ein: „Wir von der liberalen Fraktionsgemeinschaft." War die Ironie auch ungewollt, so traf sie doch und hoffentlich legt der „junge Verein" diese neue Erfahrung so nutzbringend an, daß man ihn schließlich doch einmal mit ernsthafteren Augen betrachten kann.

Aber nun zur Rede des Herrn Ablaß! Es muß anerkannt werden, daß er zur Kennzeichnung der Reichsfinanzmisere so deutliche Worte fand, als sie eben ein Blockfreisinniger finden darf. Der jetzige Zustand der Reichsfinanzen sei unhaltbar; das deutsche Reich sei momentan in der Situation eines Bankerotteurs. Berücksichtige man, daß bei unseren Zuständen alle vier Wochen die Gefahr eines Krieges naherücke, so müsse man sagen, daß wir momentan finanziell nicht kriegsbereit seien. 500 Millionen neuer Steuern würden jetzt gefordert. Das sei verständlich bei den ungeheuer angewachsenen Schulden, die 1908 die Höhe von 4254 Millionen erreicht hätten. Rechne man die Schulden der Einzelstaaten, Kommunen und sonstigen Körperschaften hinzu, so habe das deutsche Volk jährlich nicht weniger als 955 Millionen zur Tilgung und Verzinsung der Schulden aufzubringen. Das seien 16,9 Prozent aller Verwaltungsausgaben überhaupt. Angesichts dieser unerhörten Zustände stehe man doch vor der Frage, ob nicht die Verantwortlichen geradezu bodenlos leichtsinnig gewirtschaftet hätten. Die Frage, warum jetzt seine Parteifreunde über diese Verantwortlichen eine Vertrauenskundgebung nach der anderen ausschütteten, beantwortete Herr Ablaß freilich nicht.

Nach einer Darlegung der Verpflichtungen der Einzelstaaten, die sie mit den Matrikularbeiträgen an das Reich übernommen hätten, kennzeichnete er als Kernpunkt der neuen Reichsfinanzreformvorlage: es solle nicht mehr alles wie bisher durch indirekte Steuern gedeckt werden. Die direkten Steuern verdienten wegen ihrer Gerechtigkeit den Vorzug, das habe auch der konservative Professor Wagner jüngst den Agrariern dargelegt, sei aber dafür mit den tollsten Beschimpfungen von ihnen mundtot gemacht worden. Den Standpunkt der Freisinnigen — man muß solche Aeußerungen für einen eventuellen späteren Umfall festnageln — kennzeichnete er folgendermaßen:

Die Deckung der enormen Reichsschuld lediglich durch indirekte Steuern muß von allen liberalen Männern abgelehnt werden. Die liberale Fraktionsgemeinschaft wird nur dann an dem Reformwerk weiter mitarbeiten, wenn ein erheblicher Teil durch direkte Steuern gedeckt wird.

Dann zog Herr Ablaß das bekannte freisinnige Register auf: schuld an den Zuständen sei die Zollgesetzgebung und die Wirtschaftspolitik des Reiches, und jetzt sei die Sparsamkeit an allen Ecken und Enden notwendig, vor allem auf dem Militäretat.

Ausführlich behandelte er darauf die neuen Vorlagen, zunächst die geforderten direkten Steuern. Die linksliberale Fraktionsgemeinschaft stehe völlig auf dem Boden der Regierungsvorlage! Im gegebenen Falle würde sie statt für die Nachlaßsteuer auch für die von den Nationalliberalen geforderte Reichsvermögenssteuer eintreten, der die Regierung freilich ablehnend gegenüberstehe. Zum Vermittelungsvorschlag Gamp-Herold, daß 150 Millionen von 1912 ab so aufzubringen seien, daß sie die Einzelstaaten in Gestalt von „Besitzsteuern" als Zuschläge zu den Einkommensteuern zu erheben hätten, betonte Herr Ablaß:

„Die liberale Fraktionsgemeinschaft hat zu erkennen gegeben, daß diese Art der Regelung nichts Verlockendes für sie hat. Die Steuern auf den Besitz müßten wenigstens zur gleichen Zeit beginnen, wo die indirekten Steuern beginnen."

Ganz klar sind wir bei diesen Ausführungen nicht geworden. Soll das etwa bedeuten, daß die Freisinnigen dem Vorschlage Gamp-Herold schon zustimmen würden, wenn er nur sofort die gleichen „Besitzsteuern" brächte? Nun, das Verhalten der Freisinnigen wird ja bald das Rätsel lösen.

Nach einer Rechtfertigung der Erbschaftssteuer erörterte Herr Ablaß sehr ausführlich die neuen Forderungen von indirekten Steuern. Der Plakat- und Inseratensteuer und der Gas- und Elektrizitätssteuer widersetzte er ein blockfreisinniges Unannehmbar entgegen, während er zu den übrigen Vorlagen bemerkte:

„Die Tabaksteuer kann in der Form der Zigarrenbanderolesteuer keinesfalls angenommen werden. Der vorherrschende kleine handwerksmäßige Betrieb wird dadurch unzweifelhaft ruiniert. Wir sind gegen das Branntweinmonopol, sondern werden nur der Reform der Branntweinbesteuerung unter Beseitigung der Liebesgabe unsere Zustimmung geben. Die Biersteuer muß als Verbrauchsabgabe eingerichtet werden, darf aber nicht das Gewerbe belasten.

Angesichts des Umstandes, daß die freisinnige Presse gerade in der letzten Zeit so eifrig die „opferwillige Bereitwilligkeit" der Freisinnigen betont, die von der Regierung geforderten indirekten Steuern zu bewilligen, sind diese Bemerkungen des Herrn Ablaß doppelt interessant. Was wird es da wieder für Umfälle geben!

Zum Schlusse berührte endlich Herr Ablaß jenes Gebiet, auf dessen Erwähnung wir den ganzen Abend geharrt hatten: die jetzige Blockkrise. Mit einem schönen, freilich etwas rostigen Pathos rief die „politische Null" des „Berliner Tageblattes" aus:

„Wie die jetzige politische Krisis gelöst werden wird, weiß man nicht. Ueber die letzten Einigungsversuche kann ich keine Auskunft geben. Die jetzige Zusammenstellung, die 1907 ihren Anfang nahm, ist ja nicht für die Ewigkeit bestimmt, und es ist überaus zweifelhaft, ob sie für die Zukunft weiter möglich sein wird. Jeder kann nur solange in dieser Gesellschaft bleiben, als er es mit seiner Ueberzeugung vereinbaren kann. Jedenfalls stehen wir vor großen Ereignissen in der nächsten Zeit!"

Diesen prophetisch-schleierhaften Worten folgte der stürmische Beifall der Detaillisten. Darauf gab es noch ein paar der üblichen Ueberraschungen: Der Vorsitzende eröffnete plötzlich eine Debatte, die von vornherein abgesagt war! Vor Erstaunen über diesen plötzlichen Gesinnungswechsel meldete sich aber niemand zum Wort, und dann wurde eine Resolution angenommen, in der — nur von der Gas- und Elektrizitätssteuer die Rede war. Das ist die Stellungnahme der Breslauer Detaillisten zu den neuen Steuervorlagen!

Da kann man es schließlich Herrn Ablaß nicht verdenken, daß er das Intellekt dieser harmlosen Leute nicht mit komplizierten politischen Begriffen belasten wollte und den ganzen Abend nicht ein einziges Mal die Worte „Block" und „Blockpolitik" erwähnte, obwohl es ihm tausendmal auf der Zunge gelegen haben muß. Oder ging er von dem Standpunkte aus, den Toten soll man nichts Übles nachreden? Das erstere ist im vorliegenden Falle zweifellos wahrscheinlicher.

---

* **Das neue Residenz-Theater,** Tonbild-Varietee (Gartenstraße 53 55) nimmt unter den hiesigen gleichartigen Unternehmungen einen neuen Platz ein. Die Darbietungen auf kinematographischem Gebiete sind gut. Das jeden Montag abwechselnde Programm bringt das allerneueste. Ernst und Scherz reihen sich in wirkungsvoller Weise aneinander. Aus dem Programm ist besonders hervorzuheben: Das Drama „Der Hochstapler" sowie der Schlager „Der Lebemann im Varietee". Nur eine Bitte hätten wir an die Leitung des Theaters, die oft überaus wehleidigen Erklärungen zu den Bildern auf ein gesundes Maß zurückzuführen. Ueberdies sind sie wegen der Kapitelüberschriften teilweise überflüssig.

* **Paul Keller,** der Breslauer Poet, las Sonntag Abend im Humboldt-Verein eigene Dichtungen. Im Gegensatz zu anderen Dichtern ist Paul Keller ein leidlich guter Interpret seiner Muse und das, was er uns gestern bot, (Unschuldige Kinder, Das Niklasschiff, Gedeon, Das Abenteuer auf der Themse etc.) las er mit Wärme und überzeugender Innigkeit. Zwischendurch sang Frau Elly Maribel ernste und heitere Lieder, die ebenso wie die Worte des Dichters bei dem zahlreich erschienenen Auditorium warmen Beifall auslösten. Am Flügel waltete mit bekanntem Geschick Herr Rektor Schinl seines Amtes.

† **Vermißt** wird seit Freitag Abend ein 77 Jahre alter Herr, mittelgroß, glattrasiert, trägt dunkelbraune Perücke, goldene Brille, geht gebückt, hat blasses Gesicht und ist mit schwarzem Cheviotanzug, dunkelblauem Ueberzieher mit schwarzem Sammetkragen und schwarzem steifen Hut bekleidet. Er führte einen Stock mit silberbeschlagenem Griff bei sich. Der Vermißte ist zeitweilig schwachsinnig. Obwohl nicht ausgeschlossen ist, daß ihm ein Unfall zugestoßen sein könnte, so liegt doch mehr die Befürchtung nahe, daß er das Opfer eines Verbrechens geworden ist, zumal er eine nicht unbedeutende Summe Geld bei sich trug. Angaben zur Ermittelung des Vermißten werden schleunigst nach Zimmer 39 des Polizeipräsidiums erbeten.

† **Gefunden** wurden ein Portemonnaie und zwei Handtäschchen mit Inhalt, eine weißbraune Hutfeder, ein eichener Spazierstock, eine Wagendecke, ein Paket mit Kleidungsstücken und eine Invalidenversicherungskarte.

Aus Schlesien und Posen.

Aus dem Genesungsheim Hohenwiese.

Im Anfange des Februar brachten wir eine Schilderung über die sattsam bekannten Verhältnisse aus dem Genesungsheim Hohenwiese. Es wurde in der kurzen Notiz geschildert, wie einem Pflegling, dem beim Schauern des Hausflures das Hemd zerrissen war, zugemutet wurde, das letztere zu bezahlen. Als er sich weigerte, sollte er zur Strafe im Maschinenhause schlafen. Da er jedoch auch hiermit nicht einverstanden war, wurde er sofort aus der Anstalt entlassen. Diese wahrheitsgemäße Schilderung hat nach Bekanntwerden einen Aufruhr bei der Anstaltsleitung hervorgerufen und wie immer bei solchen Gelegenheiten wurde den zum Essen im Speisesaal versammelten Pfleglingen die „völlig aus der Luft gegriffene Notiz der „Volkswacht" vorgehalten! Im Beisein der von fast allen Pfleglingen wenig beliebten Oberin Valentine und der beiden Assistenzärzte hielt der leitende Arzt Dr. Hasse eine seiner bekannten Reden gegen die „Volkswacht". In derselben bezeichnete er unser Blatt als ein gehässiges, lügenhaftes, das nur seine Aufgabe darin erblicke, die Arbeiter zu beschwindeln und die „Volkswacht" könne nicht bestehen, wenn sie nicht täglich mit lügenhaften Artikeln umgehe. Ihm, dem leitenden Arzt, tue jeder Arbeiter, der ein solches Blatt mithalte, wirklich leid, und so weiter und so weiter, und schließlich war er naiv genug, zu fordern, daß wir uns in solchen Fällen bei ihm Rat einholen sollen. Das hielten wir für überflüssig, weil die Verhältnisse ja schon seit Jahren Gegenstand der öffentlichen Kritik sind. In der Hausordnung steht zwar, daß politische Unterhaltungen nicht geduldet werden und politische Zeitungen nicht gelesen werden dürfen. Trotzdem liegt die „Schlesische Zeitung" und der unvermeidliche „General-Anzeiger" aus. Aber die Anstaltsleitung selbst kehrt sich nicht an die Hausordnung, deren strikteste Innehaltung den Pfleglingen zur Pflicht gemacht wird. So wurde zum Beispiel der Geburtstag Wilhelm II. durch eine patriotische Ansprache und Kaiserhoch gefeiert. In das letztere mußten auch die in der Anstalt zur Zeit befindlichen Sozialdemokraten einstimmen, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollten, das Heilverfahren vorzeitig abbrechen zu müssen. Dieser Vorgang und viele andere sind natürlich nicht geeignet, dem Ruhebedürfnis der Pfleglinge, von denen sich nun einmal der allergrößte Teil zu den Grundsätzen der modernen Arbeiterbewegung bekennt, sonderlich zu dienen. Wenn die Anstaltsleitung verlangt, daß politische Gespräche nicht geduldet werden, dann sollte sie sich in allererster Reihe darnach richten. In allen anderen Anstalten der Landesversicherung ist der geistigen Betätigung der Pfleglinge der weiteste Spielraum gelassen und von nirgends hört man so viele Klagen, als gerade von Hohenwiese.

Ohlau, 25. Februar. **Gewerkschaftskartell.** In der am Montag stattgefundenen Sitzung wurde als 2. Vorsitzender Genosse **Kraske** gewählt. Dem Kassierer, Genossen **Klipich,** wurde eine jährliche Entschädigung von 12 Mark für die Führung der Kassengeschäfte bewilligt und beschlossen, daß die hier durchreisenden organisierten Arbeiter, für die am Orte keine Zahlstelle besteht, vom Kartell eine Unterstützung erhalten. Die Auszahlung erfolgt jeden Mittag von 12—1 Uhr in der Wohnung des Kassierers, Ohlauerstr. 46. Eine lebhafte Debatte rief die Wieder-Eröffnung des Schmidtschen Lokales hervor. Nach langer und gründlicher Aussprache, wobei das Verhalten des Herrn Schmidt, der von den organisierten Arbeitern die Mittel zur Führung des Prozesses wegen der Konzessions-Entziehung erhielt und jetzt die Arbeiter und deren Führer auf das gröblichste verleumdet, gründlich beleuchtet wurde, beschloß das Kartell den Boykott über das Lokal zu verhängen. Getadelt wurde, daß einige Genossen und Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften es sich nicht versagen konnten, bei der Wieder-Eröffnung des Schmidtschen Lokales zugegen zu sein, trotzdem Schmidt nach seiner eigenen Angabe mit Arbeitern nichts mehr zu tun haben will. Hoffentlich ziehen alle Arbeiter aus dem Beschluß des Kartells die Konsequenzen, denn Boykottbruch ist dem Streikbruch gleich zu achten. Auch die Arbeiterschaft der umliegenden Orte wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Lokal von Schmidt in Ohlau gesperrt ist.

Schweidnitz, 25. Februar. Bürgerliche Mißwirtschaft. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten machte unsere sogenannte „Kläranlage" die Gemüter der Stadtväter wieder einmal erregen. Veranlassung hierzu gab ein Antrag des Magistrats, 1500 Mark zur Verbesserung dieses von Grund aus verpfuschten Projektes zu bewilligen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß mit der Errichtung dieser Anlage ein Mißgriff der schlimmsten Art gemacht und 100.000 Mark zum Fenster hinaus geworfen sind. Vor zirka zwei Jahren gab es eine ähnliche Debatte im Stadtparlament; die Enthüllungen, die der Stadtbaurat damals machte, wirkten geradezu verblüffend, und zur Beruhigung der erregten Gemüter gab Bürgermeister Cassebaum die Erklärung ab, daß die Stadt ihre Rechte gegenüber der bauenden Gesellschaft auf das nachdrücklichste zur Geltung bringen werde, eventl. auf gerichtlichem Wege. Heute ist es still geworden, sehr still, und auch in der letzten Sitzung schwieg man sich über diesen Punkt völlig aus. Es muß daher als feststehende Tatsache betrachtet werden, daß die Stadt von der Gesellschaft bös hineingelegt worden ist, ohne irgend etwas dagegen unternehmen zu können. Dieser Ansicht schien auch der Stadtverordnete Scharff zu sein, dessen Grimm sich in wenig parlamentarischer Ausdrücken gegen die Gesellschaft Luft machte. Aber der Herr Sanitätsrat hat mit seiner Kritik arg daneben geschossen, denn die eigentlich Schuldigen, es dürfte dem Herrn nicht unbekannt sein, sitzen doch ganz wo anders. Die Versammlung bewilligte die geforderte Summe; man erhofft von der geplanten Umkrempelung einen Reinigungsgrad von sechzig Prozent zu erzielen. Gegenwärtig beträgt derselbe 40—50 Prozent, die Regierung verlangt 70 Prozent mindestens; die Rechnung stimmt also noch nicht! Uebrigens ein lehrreiches Kapitel für die Arbeiter, aus welchem dieselben für die nächsten Stadtverordnetenwahlen viel lernen können.

Striegau, 1. März. Neue Straßenbenennung. Weil es öfters vorkam, daß Verwechselungen zwischen Jauerstraße und Jauer-Chaussee gemacht wurden, so ist die Jauer-Chaussee in Liegnitzerstraße umgetauft worden, während die neue Straße, die durch die neuen Beamtenwohnhäuser gebildet wird, den Namen Moltkestraße erhält.

— Geflügelmarder. Schon den ganzen Winter treibt eine Diebesbande ihr Wesen, ohne daß man derselben habhaft wird, und meist werden armen Arbeitern die Gänse und Kaninchen gestohlen. So wurden vorige Woche in Fehebeutel zwei Dominiumarbeitern 3 Gänse und 4 Kaninchen aus dem verschlossenen Stalle gestohlen, in Murau fielen ihnen 3 Gänse des Lohngärtners Müller in die Hände. Die Tiere wurden bald geschlachtet, die Köpfe liegen gelassen. In Grunau statteten die Diebe dem Gastwirt Langer einen Besuch ab. Diesem wurden 1 Hahn und 12 Hühner geschlachtet und mitgenommen.

— Betriebseinstellung. Am 1. April d. J. stellt die Zigarrenfabrik Lange u. Söhne in Bischofswerda den Betrieb ihrer seit etwa zwei Jahren hier eingerichteten Filiale ein. Von den ungefähr 70 Arbeitern und Arbeiterinnen haben bis jetzt nur ein kleiner Teil Aussicht, in anderen Zigarrenfabriken Arbeit zu erhalten. Die Firma Lange u. Söhne will zwar sämtliche hier in ihrer Filiale Beschäftigten in die Fabrik in Bischofswerda aufnehmen, doch trauen die Arbeiter nicht, da sich dort nur diese eine Fabrik befindet.

— Ein schöner Anblick. Seit einigen Tagen sind unsere Polizeibeamten mit Revolvern ausgerüstet, die sichtbar getragen werden. Striegau gehört zu Preußen!

Nimptsch, 1. März. Sturz aus dem Fenster. Auf eigentümliche Weise verunglückte in Bad Dirsdorf der Inwohner **Ernst Köhler.** Als er Nachts heimkehrte, öffnete er anstatt seine Stubentür versehentlich ein Flurfenster und stürzte durch dieses auf die Straße hinab, wo er mit gebrochenen Gliedern liegen blieb. Der Schwerverletzte wurde in das Brüder-Krankenhaus in Frankenstein überführt.

Eichenau, 28. Februar. Erschossen hatte sich gestern mit einem Revolver in seiner Wohnung, während seine Ehefrau abwesend war, der Viktualienhändler Maron hier. Das Motiv zur Tat ist unbekannt.

Löwenberg, 28. Februar. Eis-Stauungen. In Sirkwitz haben wieder Sprengungen in den dort angestauten Eismassen stattgefunden, jedoch hatten die Sprengungen auch diesmal nicht den gewünschten Erfolg.

Schmiedeberg, 1. März. Blutschande. An seiner eigenen 13jährigen Tochter hat sich der frühere Kesselheizer Wilhelm **Teubner** aus Schmiedeberg in unsittlicher Weise vergangen, einmal in Verbindung mit dem vollendeten Verbrechen der Blutschande. Er hatte sich deshalb am Sonnabend vor der Hirschberger Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlung fand hinter geschlossenen Türen statt. Das Urteil gegen den noch unbestraften 36jährigen Angeklagten lautet auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und sechs Jahre Ehrverlust.

Kattowitz, 28. Februar. Grubenbrand. Wahrscheinlich durch unvorsichtiges Umgehen mit der Grubenlampe wurde in der Donnersmarckgrube vor Ort einer Wetterstrecke ein Brand verursacht. Da es nicht gelang, an den Brandherd heranzukommen, wurde das Feuer abgedämmt.

Myslowitz, 1. März. Die parlamentarische Laufbahn Korfantys in Gefahr. Von gut unterrichteter Seite erfährt der „Myslowitzer Anzeiger", daß man im Lager der Polen mit der parlamentarischen Tätigkeit Korfantys in letzter Zeit sehr unzufrieden sei. Abgesehen davon, daß er sich im Januar und Februar fast garnicht im Reichs- und Landtage sehen ließ, wird ihm sein radikal-polnischer, zentrumsfeindlicher Standpunkt von führenden Polenkreisen stark verübelt. Es wird bereits der Gedanke in Erwägung gezogen, ob es angezeigt ist, Korfanty bei den nächsten Wahlen überhaupt noch kandidieren zu lassen.

Posen, 1. März. Geldschrankknacker. Ein größerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonnabend in den Bureauräumen der Firma Oskar Pahlau, Baumaterialienhandlung, verübt. Die Diebe stiegen über eine Mauer in den Hof und gelangten von dort aus in die im Seitengebäude befindlichen Bureauräume. Dort erbrachen sie den Geldschrank und entwendeten daraus etwa 1400 Mark in bar, das Löhnungsgeld, das abgezählt in dem Geldschrank aufbewahrt war. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Posen, 1. März. Mandatsmüde. Der Reichstagsabgeordnete für Posen, Rechtsanwalt Chrzanowski, wird, einem Berliner Blatt zufolge, sein Mandat niederlegen. Die Polen stellen den Arbeitersekretär Pietrowski als Kandidaten auf. Im Jahre 1907 war Herr von Chrzanowski mit 21 231 Stimmen gewählt worden, während der deutsch-nationale Kompromißkandidat 12 065 und der Sozialist 1877 Stimmen erhalten hatte.

Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegung der Arbeiter bei der Firma Gensberger in Colmar i. E. hat nun zur Arbeitsniederlegung geführt. Da die Firma auf die Forderungen der Arbeiter nicht eingehen, sondern nur 5 Prozent Lohnerhöhung bewilligen, dafür aber durch Entziehung der Vergütungen 25 Prozent abknöpfen und eine weitere Verschärfung des Strafsystems einführen wollte, hat die Arbeiterschaft am Sonnabend Nachmittag die Arbeit niedergelegt.